Sowjetunion

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941 rückten deutsche Truppen in das Gebiet des "jüdischen Ansiedlungsrayons" (čerta evreskoj osedlosti) des weiland zarischen Rußlands ein, in dem bis zu ihrer Emanzipation durch die Provisorische Regierung im März 1917 die größte geschlossene jüdische Gruppe durch Gesetz zu leben gezwungen war. Zwar hatten die Kämpfe um die Neuordnung Osteuropas in der Nachfolge des Ersten Weltkriegs und die Migration (Auswie Binnenwanderung) der jüdischen Bevölkerung zu erheblichen demographischen Veränderungen in diesem Raum geführt, doch geriet durch die deutsche Eroberung Ostpolens, Weißrußlands, der Ukraine und der seit 1940 baltischen Sowjetrepubliken Litauen, Lettland und Estland die noch immer bei weitem stärkste jüdische Gruppe Europas unter die Herrschaft des Nationalsozialismus.

Eine präzise Angabe der Stärke dieser Gruppe stößt allerdings auf einige Schwierigkeiten. Dabei wiegt das definitorische Problem noch am wenigsten: In den sowjetischen, polnischen, litauischen, lettischen und estnischen Statistiken finden sich Angaben über die Nationalitätenzugehörigkeit nach Bekenntnis und/oder Muttersprache sowie über die Religionsbekenntnisse der Bevölkerung. Im Falle der jüdischen Einwohner differieren sie gewöhnlich leicht, die Zugehörigkeit zur mosaischen Religion weist höhere Zahlen aus als das Bekenntnis zur jüdischen Nationalität bzw. Muttersprache, was zumeist Folge einer nationalen Assimilation sein dürfte, die überwiegend an das Staatsvolk erfolgte. Nationale Assimilanten ohne Religionszugehörigkeit, wie sie vor allem im altsowjetischen Bereich anzutreffen waren, oder zum Christentum Konvertierte sind in diesen Statistiken nicht als Juden oder Bürger jüdischen Glaubens erfaßt. Das "rassische" Kriterium des Nationalsozialismus – was immer dies sein mochte – war jedoch umfassender und schloß auch diese Gruppe mit ein: "rassisch" handelte es sich bei ihnen um Juden, ihnen war das gleiche Schicksal zugedacht wie nationalen oder religiösen Juden.

Neben diesem definitorischen Problem, der Varianz des Begriffes "Jude", entsteht, worauf Alec Nove und J.A. Newth in ihrer grundlegenden Studie hingewiesen haben¹, ein weiterer Unsicherheitsfaktor durch die Modalitäten der Datenerhebung bei den sowjetischen Volkszählungen der Jahre 1939 und 1959. Denn die Nationalitätenstatistik beruht auf den Angaben der Befragten über ihre Muttersprache, die nicht anhand der Personaldokumente, in denen die Nationalität seit 1934 verzeichnet ist, überprüft werden. Der soziale Druck führt daher öfter zu falschen Angaben, zumal die jüdische Minorität in sehr viel stärkerem Ausmaß als die "Staatsvölker" der einzelnen Unions-

¹ Alec Nove/J.A. Newth, The Jewish population. Demographic trends and occupational patterns, in: Lionel Kochan (Hrsg.), The Jews in Soviet Russia since 1917, London 1970, S. 125-158.

republiken auf die Beherrschung und den Gebrauch der Herrschaftssprache gedrängt war. Nove/Newth kommen anhand ihrer Untersuchung zu dem Schluß: "There exists at the present time, however, a completely separate system of national recording which is by no means necessarily compatible with census data ...".² Inwieweit ihre Vermutung ("It is non the less possible that perhaps several hundreds of thousands of individuals, who are entered as Jews on their passports, did not describe themselves as such to the census enumerator...")³ hinsichtlich der genannten Zahlen zutreffend ist, muß dahingestellt werden, doch sind die konstatierten "uncertainities both of definition and of enumeration"⁴ festzuhalten.

Die Inkonsistenz der Daten wird zusätzlich durch die Migrationen nach Beginn des deutschen Überfalls auf Polen noch vergrößert. Hier sind sowohl die jüdischen Flüchtlinge aus dem deutschen Okkupationsgebiet nach dem sowjetischen Ostpolen einzubeziehen wie auch die Fluchtbewegung nach Litauen. Exakte Zahlen hierfür, die zum Nachweis der unter sowjetischem Schutz stehenden Juden Anfang 1941 dienen könnten, sind nicht vorhanden oder nicht zugänglich. (Auch ist hier zweifelhaft, ob die sowjetischen Behörden bei der Registrierung der Flüchtlinge alle Ankömmlinge erfassen konnten, denn angesichts der bevorstehenden Verschickung der Flüchtlinge ins Landesinnere dürfte ein Teil bei Verwandten Unterschlupf zumindest gesucht haben.)

So ist man weitgehend auf Schätzungen angewiesen, die jedoch aufgrund der demographischen Wachstumsrate recht zuverlässig sind. Unsicher bleiben allerdings die Schätzungen der Migrationsgewinne und -verluste. Für die Sowjetunion wird die Zahl der jüdischen Einwohner nach Nationalitätenbekenntnis auf altsowjetischem Territorium, d.h. in den Grenzen vor dem 17. Oktober 1939, mit 3 020 171 für das Jahr 1939 angegeben. Das Hauptsiedlungsgebiet dieser Minderheit lag in den westlichen Teilen der Weißrussischen und Ukrainischen SSR, den ehemaligen Gebieten des Ansiedlungsrayons, auch in den westlichen Gebieten der RSFSR. Seit 1926, wo bei der Volkszählung 2 680 00 Juden registriert wurden, hatte die Binnenmigration innerhalb der UdSSR jedoch zu einer weiteren Verringerung des jüdischen Anteils in diesen beiden Unionsrepubliken geführt⁶:

³ Ebenda, S. 129. – Die Mischehenfrage, die die Autoren hier als weiteren datenverzerrenden Faktor anführen, ist m.E. Teil des definitorischen Problems.

Ebenda, S. 135. – Die resignierende Feststellung: "The total number of Jews at any moment of time is therefore a vague and uncertain quantity..." (ebenda, S. 130), dürfte dem Wunsch des Statistikers nach maximaler Präzision seiner Daten zuzuschreiben sein, sie kennzeichnet jedoch die Problematik.

Solomon M. Schwarz, The Jews in the Soviet Union, Syracuse 1951, S. 234, Anm. 3; Nove/Newth, Jewish population, S. 136 (gibt 2 900 000 für den europäischen Teil der UdSSR); Bolšaja Sovetskaja enciklopedija. Sovetskij Sojuz, Moskva 1947, Sp. 60. – Alfred Bohmann, Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im sowjetischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1970, S. 242, gibt eine Gesamtzahl für die UdSSR in den Grenzen vom 21. Juni 1941, die offensichtlich auf Schätzungen beruht (ohne Quellenangaben).

⁶ Nach Schwarz, Jews in the Soviet Union, S. 15; vgl. Nove/Newth, Jewish population, S. 132 f. Die Daten in Bolšaja Sovetskaja enciklopedija (Sp. 62) stammen aus der Volkszählung von 1926. Zur Frage des relativen Rückgangs der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion vgl. Salo W. Baron, The Russian Jew under Tsars and Soviets, New York 1964, S. 245-248.

² Ebenda, S. 126.

	1926 absolut	1939 (in % der absolut Gesamtbevölke- rung)		(in % der Gesamtbevölke- rung)
UkrSSR Weißr.	1 547 000	5,5	1 533 000	4,9
SSR	407 000	8,2	375 000	6,7

Die jüdische Bevölkerung war, wie im ganzen ehemaligen Ansiedlungsrayon, eine ganz überwiegend städtische Bevölkerung (fast zu 85%)⁷, ein Faktum, das durch ihre Geschichte bestimmt war⁸, das sie aber leichter kontrollier- und erfaßbar machte, als dies bei einer Minderheit im agrarischen Milieu möglich war.

Diese Siedlungsstruktur wies auch die jüdische Bevölkerung in den polnischen Ostgebieten auf, die durch den deutsch-sowjetischen Teilungsvertrag 1939 an die Sowjetunion fielen. Ihre Zahl betrug nach der polnischen Volkszählung des Jahres 1931 1222000 Personen. Hierin sind die jüdischen Einwohner des Wilna-Gebietes inbegriffen, die im Oktober 1939 zu Litauen kamen. Bei einer jährlichen Wachstumsrate von 0,9% dürfte, die Emigration einbezogen, die Zahl der in den ostpolnischen Wojewodschaften wohnenden Juden 1939 etwas über 1300000 betragen haben. Mit den im September 1939 an die Sowjetunion gefallenen Gebieten der Westukraine und des westlichen Weißrußlands stieg die Zahl der Juden in der UdSSR um 1200000 Personen (ohne das an Litauen cedierte Gebiet von Wilna).

Einen weiteren Zuwachs brachten die Flüchtlinge aus dem deutschen Okkupationsgebiet Polens. Schon vor der sowjetischen Annexion Ostpolens hatte eine beträchtliche Zahl – sie wird auf 250 000 geschätzt – polnischer Juden versucht, sich dem deutschen Zugriff durch die Flucht nach Osten zu entziehen, allerdings gelangte nur etwa ein Drittel über die Demarkationslinie vom 27. September.¹³ Eine weitere Flüchtlingswelle erreichte sowjetisches Gebiet im November und Dezember, darunter auch Gruppen, die von deutscher Seite über die Grenze getrieben wurden. Die Haltung der sowjetischen Behörden in der Flüchtlingsfrage schwankte in dieser Zeit, während in der zweiten Oktoberhälfte die Grenze geschlossen gehalten wurde, wurde

Niehe dazu Nove/Newth, Jewish population, S. 131 ff.; Baron, Russian Jews, S. 246. – Die einseitige Siedlungsstruktur der j\u00fcdischen Gruppe wurde durch ihre Zuschreibung zur Stadtbev\u00f6lkerung (me\u00e4\u00e4ane) bei der Inkorporation der polnischen Teilungsgebiete in das russische Reich bestimmt, eine Entscheidung, die durch die vorgegebene soziale Ordnung des Zarenreiches bedingt war. Die sich daraus ergebenden sozialen Benachteiligungen sind dagegen Ergebnis einer repressiven Politik, die auch nach der "Bauernbefreiung" des Jahres 1861 und der Reformperiode der sechziger und siebziger Jahre die Beschr\u00e4nknung der Mobilit\u00e4t der j\u00fcdischen Gruppe aufrechterhielt und so deren \u00fcberwiegendem Teil die Partizipation an der Modernisierung von Staat und Gesellschaft verwehrte.

⁸ Schwarz, Jews in the Soviet Union, S. 195.

⁹ Bernhard D. Weinryb, Polish Jews under Soviet rule, in: Peter Meyer (u.a.), The Jews in the Soviet satellites, Syracuse 1953, S. 331. – Dagegen gibt Schwarz (Jews in the Soviet Union, S. 220) die Zahl 1309 000. Vgl. Nove/Newth, Jewish population, S. 138 (hier die Zahlen mit Einschluß Wilnas).

¹⁰ Für die ostpolnischen Gebiete ergibt sich eine ähnliche Zuwachsrate wie für die Sowjetunion. Vgl. Nove/ Newth, Jewish population, S. 136.

¹¹ Ebenda, S. 138.

¹² Weinryb, Polish Jews, S. 331.

¹³ Ebenda, S. 342. Dagegen Nove/Newth (Jewish population, S. 138):the speed of the German advance was such that flight eastward into the Soviet zone was surely on an very small scale."

sie später an verschiedenen Stellen – genannt seien Przemyśl, Stanisław-Jarosław und Lubaczów-Belz – geöffnet, Ende Dezember 1939 wurde der Grenzübertritt strikt verboten¹⁴, doch gelangten auch danach noch Flüchtlinge auf sowjetisches Gebiet. Insgesamt wird die Zahl der nach Beginn des deutschen Angriffs auf Polen in die polnischen Ostgebiete zugewanderten Juden auf etwa 300 000 geschätzt.¹⁵

Dieser Zuwachs von insgesamt etwa 1 500 000 jüdischen Einwohnern der Republik Polen in den nunmehrigen Westgebieten der Sowjetunion wurde sowohl durch Umsiedlung und Deportationen wie auch durch Emigration verringert. Die Beschäftigungslage in den annektierten Gebieten wie auch die Versorgungslage zwang zu einer Umsiedlung der Flüchtlinge, denen es zumeist an Subsistenzmitteln fehlte (soweit sie nicht von Verwandten aufgenommen wurden). Daneben wurden potentielle Feinde des Sowjetsystems – neben politischen Gegnern wie zionistischen Aktivisten zählten auch die "buržui", Angehörige der Bourgeoisie wie Fabrikbesitzer und Kaufleute dazu, aber auch bestimmte Vertreter der Intelligenzschicht waren suspekt – in Straflager oder Sondersiedlungen deportiert. Außerdem bestand für die Flüchtlinge die Möglichkeit, sich bis zum Jahresende 1939 gegen eine Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Diese letztere Gruppe blieb klein¹⁶ – schon der Mangel der erforderlichen finanziellen Mittel zwang zum Bleiben in der Sowjetunion.

Die Gesamtzahl der aus den ostpolnischen Gebieten transferierten Juden ist schwer zu bestimmen, Weinryb gibt nach einer offiziösen polnischen Quelle die Zahl von 250 000, der größte Teil davon Flüchtlinge aus dem deutschen Okkupationsgebiet.¹⁷ Damit verblieben in der Westukraine und im westlichen Weißrußland etwa 1 250 000 jüdische Einwohner bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion.

Die Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina, die Rumänien nach dem sowjetischen Ultimatum vom 28.6.1940 an die UdSSR abtrat, brachte weitere jüdische Einwohner für die UdSSR. Ihre Zahl belief sich entsprechend den Daten der Volkszählung von 1930 auf 277 949 im Jahre 1940¹⁸, doch hat Fisher darauf hingewiesen, daß nach rumänischen Angaben diese Zahl geringfügig niedriger war¹⁹, so daß man für Bessarabien mit einem Zuwachs von 270 000 Juden rechnen kann.

Die Zahl der jüdischen Einwohner Litauens für den Zeitpunkt des deutschen Überfalls läßt sich nur annähernd berechnen. Auszugehen ist von der Volkszählung vom 17. September 1923, der einzigen während der Zwischenkriegszeit. Sie weist nach Nationalitätenbekenntnis eine jüdische Bevölkerung von 153743 Personen

¹⁴ Die Maßnahme sollte vor allem den starken Schmuggel unterbinden, war aber auch gegen die Einschleusung deutscher Agenten gerichtet.

Weinryb, Polish Jews, S. 342. Danach schwanken die Schätzungen der Flüchtlingszahlen zwischen 150 000 bis 600 000 und mehr. Unter Einbeziehung der September-Flüchtlingswelle wird die Zahl von 300 000, die auch Weinryb (ebenda) gibt, realistisch sein.

Ygl. dazu Mark Wischnitzer, To dwell in safety. The story of Jewish migration since 1800, Philadelphia 1948, S. 207 ff.

¹⁷ Weinryb, Polish Jews, S. 348.

¹⁸ Nicolas Sylvain, Rumania, in: Meyer, Jews in the Soviet satellites, S. 505, Tab. 3.

¹⁹ Julius Fisher (How many Jews died in Transnistria? in: Jewish Social Studies 20 (1958), S. 96, Anm. 6) berichtet, daß nach "Populatia Evreească in cifre" (Bucureşti 1954, S. 52 – das Werk war dem Verfasser nicht zugänglich) die Zahl der Juden in den abgetretenen Gebieten etwas niedriger gewesen sei als die sich aus der Volkszählung von 1930 ergebende Zahl 277 949.

aus²⁰, zur jüdischen Religion bekannten sich 153 527 Einwohner des Landes.²¹ Für das Jahr 1929 wird die jüdische Gruppe auf 163 894 Personen geschätzt²², doch erfolgte durch niedere Geburtenrate und relativ hohe Emigration²³ bis 1939 ein Rückgang, für 1939 wird mit einer Anzahl von 150 000 jüdischen Einwohnern gerechnet.²⁴ Unklar ist dabei, ob in dieser Zahl auch diejenigen Juden inbegriffen sind, die sich aus dem Memelgebiet in das verbleibende litauische Territorium zu retten vermochten, als Litauen Memel an das Deutsche Reich abtrat (22. März 1939). Zwar war die Zahl memelländischer Juden relativ gering – bei der Volkszählung vom 20. Januar 1925 betrug ihre Zahl nach Nationalitätenbekenntnis 578 (= 0,4% der Gesamtbevölkerung), nach Religionsbekenntnis allerdings 2402²⁵ –, doch war ihre Zahl durch Flüchtlinge aus Deutschland 1938/39 auf etwa 9000 angestiegen.²⁶ Zahlenangaben dazu liegen nicht vor, doch ist damit zu rechnen, daß die Erfahrungen der reichsdeutschen Flüchtlinge einen hohen Anteil in Litauen Zuflucht suchen ließen.

Zu Litauen gehörte seit Oktober 1939 (sowjetisch-litauisches Abkommen vom 10. Oktober 1939) auch das Wilna-Gebiet. Hier wohnten nach den Volkszählungsdaten des Jahres 1931 108 913 Personen jiddischer oder hebräischer Muttersprache (ein Nationalitätenbekenntnis wurde in der polnischen Publikation nicht aufgeführt), 110 821 bekannten sich zum jüdischen Glauben. Pablikation nicht aufgeführt), 110 821 bekannten sich zum jüdischen Glauben. Pablikation nicht aufgeführt), 110 821 bekannten sich zum jüdischen Volksvertretung vom 22. Juli 1940, Beschluß des Obersten Sowjet der UdSSR vom 3. August 1940) hatte sich diese Zahl durch Flüchtlinge vorwiegend aus dem deutschen Besatzungsgebiet noch erhöht. Da erst am 27. Oktober der Grenzverlauf festgelegt wurde, konnte sich eine Anzahl jüdischer Flüchtlinge über Wilna nach Litauen retten. Erst ab November wurde die Sperrung des Grenzgebietes dann so effektiv, daß der Übertritt nach Litauen praktisch unmöglich wurde. Erst vom Januar bis Juni 1940 gelang es einzelnen Flüchtlingen wieder, die Grenze zu überschreiten, doch blieb ihre Zahl gering. Insgesamt dürften 14000-

²⁰ Joseph Gar, Lithuania, in: Encyclopedia Judaica, Jerusalem 1971, Bd. 11, Sp. 374; Bohmann, Strukturwandel, S. 242; Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Breslau 1938, Bd. 3, S. 364.

²¹ Ezra Mendelsohn, The Jews of East Central Europe between the World Wars, Bloomington 1983, S. 225.

Vgl. Bohmann, Strukturwandel, S. 242. – Die Angabe bei Hans-Heinrich Wilhelm, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42. Eine exemplarische Studie, in: Helmut Krausnick/Hans Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-42, Stuttgart 1981, S. 317, die ohne Beleg gegeben wird, entspricht Bohmann.

Mendelsohn (Jews of East Central Europe, S. 225) spricht von einer "relativ hohen" Emigrationsrate der litauischen Juden, während Mark Wischnitzer (To dwell in safety, S. 207) die jüdische Emigration aus dem gesamten Osteuropa – Wischnitzer spezifiziert leider nicht nach Herkunftsländern – für die Jahre 1937-1939 als gering bezeichnet und eine jährliche Rate von 2500 angibt. Er stützt sich aber vorwiegend auf US-Materialien, so daß die Emigration nach Südamerika und Südafrika möglicherweise nicht oder nur unzureichend erfaßt ist.

²⁴ Yitzak Arad, "The Final Solution" in Lithuania in the light of German documentation, in: Yad Vashem Studies 11 (1976), S. 234; Mendelsohn, Jews of East Central Europe, S. 226.

²⁵ Bohmann, Strukturwandel, S. 194, 197.

²⁶ Gar, Lithuania, Sp. 374.

Nach Mendelsohn, Jews of East Central Europe, S. 31. Maly rocznik statystyczny 1939, Warszawa 1939, S. 22, Tab. 17 und S. 24, Tab. 18 gibt diese Zahlen auf Hundert gerundet. Die Angabe bei Wilhelm (Einsatzgruppe A, S. 318), 1931 habe die Zahl der Juden der Wojewodschaft Wilna 95 000 betragen, läßt die Hebräisch-Muttersprachlichen ebenso außer acht wie die Polnisch-Muttersprachlichen jüdischen Glaubensbekenntnisses. Arad ("Final Solution", S. 234, Anm. 1) gibt 80 000 (ohne Quellenangabe), dies ist entschieden zu niedrig.

15 000 Flüchtlinge in das Wilna-Gebiet entkommen sein.²⁸ Ferner konnten sich 2400 jüdische Flüchtlinge aus dem sogenannten Suwalki-Zipfel nach Litauen retten.²⁹

Es hat bis zum deutschen Überfall auf die UdSSR eine jüdische Emigration aus den baltischen Staaten gegeben, doch ist die Anzahl der Entkommenen nicht genau feststellbar, die Schätzungen bewegen sich um die Zahl 5000.30 Wenig wahrscheinlich ist, daß die Fluchtroute aus Polen via Italien nach Palästina, die bis zum Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 bestand³¹, von Juden aus den baltischen oder ostpolnischen Gebieten benutzt wurde. Wischnitzer ermittelte 4413 Flüchtlinge, die zwischen dem 1. Juli 1940 und dem 1. Juni 1941 in Kobe mit - wie sich dort herausstellte - ungültigen Visa nach Curação eintrafen. Ihre Emigration mit Transit durch die UdSSR wurde durch das Dekret des Obersten Sowjet der UdSSR möglich, das polnischen Flüchtlingen, die nicht die sowjetische Staatsbürgerschaft annehmen wollten, die Ausreise aus den baltischen Unionsrepubliken bis zum 31. Januar 1941 gestattete.³² Ob sich unter den in Shanghai 1941 lebenden 20000 jüdischen Flüchtlingen auch Emigranten dieser zweiten Emigration aus Osteuropa befanden, vermerkt Wischnitzer nicht.33 Schließlich konnten sich noch eine Anzahl Juden während der deutschen Okkupation mit Hilfe südamerikanischer Pässe retten.34

Entzogen wurden den deutschen Verfolgungen auch jene jüdischen Einwohner Litauens, die nach der Umwandlung des Landes in eine Sowjetrepublik in die Sowjetunion deportiert wurden. Auch hierüber liegen nur Schätzungen vor. Nach einer ersten Deportationswelle im Anschluß an die Sowjetisierung des Landes kam es zu einer zweiten, großen Verhaftungswelle am 14. und 15. Juni 1941. Die Gesamtzahl der Deportierten wird mit über 38 000 angegeben³⁵, die Zahl der jüdischen Opfer der zweiten Welle auf 6000-12000 geschätzt.36

Man wird, insgesamt betrachtet, davon ausgehen dürfen, daß am 21. Juni 1941 sich in der Litauischen SSR etwa 250 000 Juden befanden: rund 150 000 altlitauische, dazu die jüdischen Bewohner des Wilna-Gebietes und die Flüchtlinge aus Polen und dem Memelland abzüglich der Emigranten und Deportierten, deren Zahl auf ca. 15 000 veranschlagt werden kann.37

30 Gar (Lithuania, Sp. 385) beziffert die aus Litauen Entkommenen auf 5000, Bauer (Rescue operations, S. 222) nennt 4000, Arad ("Final Solution", S. 234, Anm. 1) gibt 4000-6000.

31 Wischnitzer, To dwell in safety, S. 224ff. Am 4. Juni 1940 verließ die "Rodi" mit 170 jüdischen Flüchtlingen aus Polen als letztes Schiff einen italienischen Hafen (ebenda, S. 239).

32 Ebenda, S. 233 f. Er erwähnt die Ankunft jüdischer Flüchtlinge aus Polen, die nach Litauen entkommen waren, im November 1940 in Kobe (ebenda, S. 233).

33 Ebenda, S. 234. Danach war Shanghai Durchgangsstation nach Palästina.

34 Nathan Eck, The rescue of Jews with the aid of passports and citizenship papers of Latin America states, in: Yad Vashern Studies 1 (1957), S. 125-152.

35 Georg von Rauch, Geschichte der baltischen Staaten, München 1977², S. 214.

³⁶ Arad, Concentration, S. 214. – Iosif Gar (Evrei v pribaltijskich stranach pod nemeckoj okkupaciej 1941-1944 gg., in: Ja. G. Frumkina/G.A. Aronsona/A.A. Gol'dvejzera, Kniga o russkom evrejstve 1917-1967, N ju Jork 1968, S. 97) gibt 5000 jüdische Deportierte - eine Zahl, die große Wahrscheinlichkeit

³⁷ M. Dvorjetski (Le Ghetto de Vilna. Rapport sanitaire, Genève 1946, S. 25f.) gibt an, beim Einmarsch der deutschen Truppen in Wilna hätten bereits 20000 - 30000 Juden das Wilna-Gebiet verlassen. Dabei bleibt der Zeitpunkt des Verlassens unklar. Für eine derart starke Emigration finden sich keinerlei Belege, es kann sich allenfalls um die Flucht ins Innere der UdSSR handeln.

²⁸ Yitzhak Arad, Concentration of refugees in Vilna on the eve of the Holocaust, in: Yad Vashem Studies 9 (1973), S. 209. Yehuda Bauer, Rescue operations through Vilna, in: Yad Vashem Studies 9 (1973), S. 215 gibt 14000 Flüchtlinge.

29 Bauer, Rescue operations, S. 223, Anm. 11.

In Lettland, dessen Großteil, das frühere Livland, zwar nicht zum jüdischen Ansiedlungsrayon des zaristischen Rußland gehört hatte, das aber insbesondere durch das ehemalige Herzogtum Kurland eine große jüdische Gruppe aufwies, war die jüdische Bevölkerung nach einem raschen, z.T. auf Wanderungsgewinnen (Immigration aus Sowjetrußland) beruhenden Wachstum zu Beginn der zwanziger Jahre - von 79655 im Jahre 1920 auf 95 675 im Jahre 1925 - in den dreißiger Jahren leicht gesunken, 1935 wurden nach Nationalitätenbekenntnis noch 93 479 Juden gezählt. 38 Auch hier, wie in Litauen, trugen neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die den baltischen Ländern als Folge der Weltwirtschaftskrise 1928/29 entstanden, die minoritätenfeindliche Politik des autoritären Regimes und der Antisemitismus der erstarkenden militanten nationalistischen Bewegung des Peronkrust zu einer wachsenden Emigrationsbereitschaft der jüdischen Gruppe bei. Man wird also für das Jahr 1939 mit einer Zahl von 93 000 - 94 000 jüdischen Einwohnern Lettlands zu rechnen haben, eine Zahl die nach der Errichtung der sowietischen Militärstützpunkte im Lande durch die Emigration begüterter Juden noch verringert wurde³⁹, wobei freilich die Zahl dieser Emigranten nicht bekannt ist. Den auch hier nach der Annexion des Landes durch die UdSSR von den Sowjetbehörden durchgeführten "Säuberungen" "bourgeoiser" und "sowietfeindlicher Elemente" fielen auch luden zum Opfer, ihre Zahl wird von Kaufmann mit "ca. 5000" angegeben, davon allein 3500 aus Riga.⁴⁰ Wilhelm bezeichnet diese Schätzung als "überhöht"⁴¹, da Kaufmann auch andernorts die Zahlen sehr hoch ansetzt⁴², wird man etwa mit 2500-3500 Deportierten rechnen müssen.⁴³ Bei Beginn des deutsch-sowietischen Krieges hatte sich die auf ca. 90 000 altlettische jüdische Einwohner belaufende Zahl durch die Zuwanderung jüdischer Funktionsträger aus der Sowjetunion erhöht - auch hierüber liegen keine Zahlen vor. Eine wesentliche Veränderung der jüdischen Einwohnerzahl der Lettischen SSR dürfte sich dadurch kaum ergeben haben, der Zuwachs dürfte etwa auf einige Hundert zu beziffern sein.

In Estland, das ebenfalls nicht zu dem durch die Grenzen der alten polnischen Adelsrepublik (bis 1772) bestimmten ostjüdischen Siedlungsgebiet gehörte, war die Zahl der jüdischen Einwohner gering: die ersten jüdischen Ansiedler rekrutierten sich

³⁸ Nach Bohmann, Strukturwandel, S. 294; ebenso Joseph Gar, Latvia in: Encyclopedia Judaica. Bd. 10, Sp. 1463 f.; Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 315 f.

³⁹ Max Kaufmann, Churbn Lettland. Die Vernichtung der Juden Lettlands, München 1947, S. 42.

⁴⁰ Ebenda, S. 43; ders., The Years in Latvia revisited, in: M. Bobe (Hrsg.), The Jews in Latvia, Tel Aviv 1971, S.

⁴¹ Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 315, Anm. 52.

⁴² Vgl. Kaufmann, Years in Latvia, S. 351: "The Latvian Jewish population in 1939 numbered nearly on hundred thousand."

⁴³ Der Gesamtbericht der Einsatzgruppe A bis 15. Oktober 1941 (IfZ, L-180, S. 115) berichtet: "Die Gesamtzahl der [durch die Sowjets] verhafteten und nicht wieder entlassenen Personen in Lettland beträgt 27768. Davon waren 22825 Letten, 2665 Russen, 787 Polen, 227 Deutsche und 810 Übrige, unter diesen auch die wenigen Juden." Diese Angaben stammen offensichtlich aus einer Erhebung des Lettischen Roten Kreuzes vom 1. Oktober 1941 (vgl. ebenda, S. 60), sie sind mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, soweit es die jüdischen Deportierten betrifft, zu niedrig angesetzt, wenn man die Rolle der Juden in der Wirtschaft des Landes und die Zahl der zionistischen Repräsentanten andererseits berücksichtigt (beide Gruppen, die wirtschaftliche und die zionistische Führungsschicht, gehörten zu den Opfern der "Säuberungen").

aus entlassenen Soldaten der zarischen Armee, dazu kamen später Immigranten aus Kurland und dem Ansiedlungsrayon.⁴⁴

Die Volkszählung des Jahres 1934 ermittelte 4302 jüdische Bürger (etwa 0,4% der Gesamtbevölkerung), von denen der Großteil – rund 3200 – in den beiden großen Städten Tallinn (Reval) und Tartu (Dorpat) lebten, ca. 900 lebten in den Kreisstädten, der Rest in Kleinstädten und Dörfern.⁴⁵

Wie groß die Zahl der jüdischen Estländer war, die bei Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion noch im Lande lebten, läßt sich nicht exakt beziffern. Es ist anzunehmen, daß ein gewisser Prozentsatz der 4302 Juden des Jahres 1934 emigriert war, analog zu den Ereignissen in den beiden anderen baltischen Staaten ist ein Maximum im Sommer 1940 angesichts der drohenden sowjetischen Okkupation zu vermuten. ⁴⁶ Ferner sind auch jüdische Einwohner Estlands von den sowjetischen Deportationen 1940/42 betroffen gewesen. ⁴⁷

Von den Verbliebenen konnte sich ein Großteil vor den heranrückenden deutschen Truppen durch Flucht auf unbesetztes sowjetisches Gebiet retten. Folgt man Wilhelm bzw. E. Amitan-Wilensky⁴⁸, so gerieten etwa 800–850 jüdische Estländer unter deutsche Besatzung – eine Zahl, die mit der sehr pauschalen Angabe Levins übereinstimmt.⁴⁹ Diese hohe Fluchtquote ist durch die fast einmonatige Unterbrechung des

Wilhelm (Einsatzgruppe A, passim) spricht irreführend von "Ansiedlungsrayons" (so S. 313: "Litauen und Lettland [!] hatten im Zarenreich zu den klassischen Ansiedlungsrayons für Juden gehört..."). Es gab im za ristischen Russand nur einen Ansiedlungsrayon (čerta evrejskoj osedlosti) für Juden, der im wesentlichen aus den polnischen Teilungsgebieten – ohne Kongreßpolen – und Kurland bestand und im Judenstatut von 1804 festgesetzt wurde. Später erweiterte man ihn um Bessarabien und drei südrussische (ukrainische) Gouvernements. Zur Entstehung vgl. Matthias Rest, Die russische Judengesetzgebung von der ersten polnischen Teilung bis zum "Polożenie dlja evreev" (1804), Wiesbaden 1975. Zur Geschichte der Juden in Estland siehe Emanuel Nodel, Life and death of Estonian Jewry, in: A. Ziedonis jr./W.L. Winter/M. Valgemäe (Hrsg.), Baltic History, Columbus, Ohio 1974, S. 227-236, hier S. 227 ff.

Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 319. Mendelsohn (Jews of East Central Europe, S. 253f.) nennt für 1934 irrigerweise die Zahl von 1922 (4566). Dov Levin (Estonian Jews in the U.S.S.R. [1941-1945], in: Yad Vashem Studies 11 (1976), S. 274) gibt als Ergebnis einer Zählung der (autonomen) Jüdischen Kulturverwaltung vom 24. März 1935 die Zahl von 3944 jüdischen Estländern. Die Angaben bei Ella Amitan-Wilensky (Estonian Jewry. A historical summary, in: Bobe, Jews in Latvia, S. 343) über die jüdischen Einwohner Tallinns und Tartus sind zu korrigieren. Wilhelm (Einsatzgruppe A, S. 319) irrt, wenn er die Gewährung der Kulturautonomie für die nationalen Minderheiten auf das Jahr 1924 datiert. Das Gesetz wurde am 25. Februar 1925 vom estnischen Parlament verabschiedet, der "Jüdische Kulturrat" tagte erstmals am 6. Juni 1926. Vgl. Amitan-Wilensky, Estonian Jewry, S. 342 f.

46 Angaben hierüber sind nicht verfügbar. Nodel (Life and death, S. 233) gibt eine Zahl von "nearly 500 young Jews", die zwischen 1936 und 1940 emigrierten.

⁴⁷ Seppo Myllyniemi (Die baltische Krise 1938-1941, Stuttgart 1979, S. 144) gibt 11 000 deportierte Estländer (die bei Rauch, Geschichte der baltischen Staaten, S. 214 genannte, auf Berechnungen Svabes beruhende Zahl von 60 973 ist weitaus zu hoch), differenziert aber nicht nach Nationalitäten. Dov Levin (Estonian Jews, S. 275) berichtet, daß sich unter den Deportierten des Juni 1941 (Aktion vom 13./14.) etwa 500 estländische Juden befanden. Nodel (Life and Death, S. 234) gibt keine präzisen Zahlen.

48 Vgl. E. Amitan-Wilensky, Estonian Jewry, S. 347. Wilhelm (Einsatzgruppe A, S. 320) spricht davon, daß beim Einmarsch der deutschen Truppen in Estland "ungefähr vier Fünftel der einheimischen Juden längst evakuiert" gewesen seien (neben den ins Land gekommenen jüdischen Angehörigen der sowjetischen Funktionseliten), d.h. 3400 – 3500 von 4300. Nodels Angabe (Life and Death, S. 234), etwa die Hälfte der Juden Estlands seien geflohen, steht isoliert und ist zu korrigieren.

49 Dov Levin (Estonian Jewry, S. 283): es seien etwa 3500 jüdische Estländer geflohen, evakuiert oder deportiert worden, "and about one thousand remained under German occupation", wobei er aber von einer Gesamtzahl von 4500 estländischen Juden ausgeht (S. 273). An anderer Stelle (S. 297) gibt er an, es seien mindestens 50% der Juden Estlands evakuiert worden, wobei er sich offenbar auf Nodels Angaben (Life and Death, Anm. 45) stützt. Möglicherweise sind Nodels und Levins Angaben durch die in der EM Nr. 111 vom 12. Oktober 1941 genannten Zahlen bestimmt.

deutschen Vormarsches in Estland an der Linie Dorpat (Tartu) – Fellin (Viljandi) – Pernau (Pärnu) nach der Einnahme Tartus (11. Juli 1941) sehr begünstigt worden. Erst nach der Eroberung Narvas (17. August) rückten die deutschen Einheiten in Estland weiter vor (Reval wurde am 18.8. eingenommen).⁵⁰

Diese Zahl von 800-850 im Lande verbliebenen estländischen Juden steht nur in scheinbarem Widerspruch zu den Angaben der Einsatzgruppe A in der Ereignismeldung Nr. 111, die von "etwa 2000 Juden" spricht⁵¹: Es ist damit zu rechnen, daß jüdische Flüchtlinge aus anderen Teilen des Baltikums vom deutschen Vormarsch in Estland überrascht wurden.

Das Schicksal derjenigen jüdischen Bürger, die in anderen von deutschen Truppen eroberten Teilen der Sowjetunion lebten – und dies war der weitaus größte Teil der sowjetischen Juden – unterschied sich jedoch grundlegend von jenen der Estnischen SSR: Sofern sie nicht im wehrdienstfähigen Alter waren und bei Kriegsbeginn noch zur Roten Armee einrückten, wurden sie zum allergrößten Teil vom deutschen Vormarsch überrollt und gerieten unter deutsche Herrschaft. Nur ein geringer Teil, Angehörige der politischen Kader und Fachleute, besonders aus dem industriellen Bereich, wurden evakuiert, wobei diese Maßnahmen erst relativ spät ergriffen wurden.⁵²

Es traf die jüdische Bevölkerung hart, daß die sowjetischen Behörden keine Maßnahmen für eine allgemeine Evakuierung vorbereitet hatten. Doch wird man dabei zu beachten haben, daß dies eine beträchtliche organisatorische Aufgabe bedeutete – eine Arbeit, die für die ohnehin stark belastete Führungsschicht, deren mittlere Kader zumeist infolge der "Säuberungen" der Jahre 1934-1938 recht jung und wenig erfahren waren, eine starke zusätzliche Belastung bedeutet hätte. Zudem war die gesamte sowjetische Politik seit August 1939 darauf bedacht, Hitler keinen Vorwand für antisowjetische Maßnahmen oder gar einen Krieg zu bieten: Evakuierungspläne aber waren, wenn sie effektiv vorbereitet werden sollten, nicht geheim zu halten. Und schließlich

⁵⁰ Seppo Myllyniemi, Die Neuordnung der baltischen Länder 1941-1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik, Helsinki 1973, S. 73.

⁵¹ EM Nr. 111 (12. Oktober 1941).

⁵² Eine systematische Darstellung der Evakuierung der Bevölkerung liegt nicht vor, auch die Untersuchungen über die Bevölkerungsbewegungen im besagten Zeitraum enthalten keine Angaben hierüber. Verstreute Angaben finden sich in: Geschichte des Zweiten Weltkriegs 1939-1945. In zwölf Bänden. (Istorija Vtoroj mirovoj vojny 1939-1945 gg., dt.) Bd. 4. Berlin (1980), S. 171-176; Éželony idut na vostok. Iz istorii perebazirovanija proizvoditel'nych sil SSSR v 1941-1942 gg. (Sbornik statej i vospominanijach), Moskva 1960; A.M. Belikov, Transfert de l'industrie soviétique vers l'est (juin 1941-1942), in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 43 (1961), S. 43 f., u.a. Auch Dokumentationsveröffentlichungen wie: Kazachstan v period Velikoj Otecestvennoj vojny Sovetskogo Sojuza 1941-1945. Sbornik dokumentov. Tom 1-2, Alma-Ata 1964 (hier Band 1) u.a. Publikationen über die frontfernen Gebiete und ihren Beitrag zur Kriegsführung enthalten Materialien. Als erste Maßnahme zur Evakuierung erwähnt Geschichte des Zweiten Weltkriegs (S. 66) die Schaffung eines besonderen Evakuierungsrates am 24. Juni 1941, dem auch die Evakuierung der Bevölkerung übertragen war. Belikov (Transfert, S. 43f.) führt eine Verordnung des Rates der Volkskommissare (Sovnarkom) vom 27. Juni über die Organisation von Evakuierungstransporten und eine Ausführungsbestimmung vom 5. Juli an. Geschichte des Zweiten Weltkriegs (S. 66) nennt als entscheidend die Direktive des Sovnarkom und des ZK der KPdSU (B) vom 29. Juni 1941 (Text in: Kommunisticeskaja Partija Sovetskogo Sojuza v rezoljucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK. Izd. 8. Tom 6, Moskva 1971, S. 18f.). Die Studie von Klaus Segbers, Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im "Großen Vaterländischen Krieg" 1941-1943, München 1987, enthält einen guten Überblick (S. 167-183), kann aber zur Frage der Flucht/Evakuierung jüdischer Bürger nicht beitragen. Die Darstellung der Ereignisse in Pliskov (S. 173) kann nicht verallgemeinert werden, auch ist der Quelle gegenüber Skepsis angebracht (vgl. S. 175).

ist hierbei das psychologische Moment zu berücksichtigen: Evakuierungspläne bedeuteten die Möglichkeit, sowjetisches Gebiet dem Feind überlassen zu müssen – ein solcher Gedanke allein war Defaitismus. Dazu kamen die Realia: das sowjetische Transportwesen war kaum in der Lage, unter Kriegsbedingungen eine derartige Aufgabe zu bewältigen.⁵³

Für diejenigen, die sich aus eigener Initiative auf den Weg nach Osten machten, tauchte ein Hindernis besonderer Art auf, an dem ein Teil scheiterte: Die sowjetischen Grenztruppen an der früheren sowjetisch-polnischen Grenze hatten die Anweisung, Einwohner der inkorporierten Gebiete nicht ohne Bewilligung in altsowjetisches Gebiet wechseln zu lassen. Mangels einer Gegenanordnung hielten sich die Wachen zumindest teilweise – und wohl auf die ersten Kriegstage beschränkt – an diese Bestimmung und verwehrten den Übertritt. Diese Scheidelinie war freilich gezogen worden, um eine unkontrollierte Einwanderung aus den annektierten Gebieten zu verhindern, weil es zu Störungen der zentralen Planwirtschaft und zu erheblichen Versorgungsschwierigkeiten in diesen Immigrationsgebieten hätte führen können.

Die Separierung der neuerworbenen von den altsowjetischen Gebieten intendierte auch die Be-, wenn nicht gar Verhinderung eines staatlich nichtkontrollierten Informationsaustausches zwischen deren Bewohnern. Dies wurde für die jüdische Bevölkerung jener Gebiete, die in den ersten Wochen des Krieges von deutschen Truppen erobert wurden, vor allem der Ukraine, verhängnisvoll. Denn die Kenntnisse der Flüchtlinge aus dem deutschen Besatzungsgebiet Polens über die nationalsozialistischen Judenverfolgungen blieben ihnen dadurch weitgehend unbekannt.⁵⁵ Da die sowjetischen Massenmedien strikt der Moskauer Appeasementpolitik nach Abschluß des Ribbentrop-Molotov-Paktes folgten, nämlich alles zu unterlassen, was Hitler reizen oder ihm einen Vorwand zu Aktionen gegen die UdSSR bieten könne, wurden die Repressalien gegen die Juden im deutschen Machtbereich wie auch der erklärte militante Antisemitismus des NS-Regimes verschwiegen. So war die jüdische Bevölkerung in den altsowjetischen Gebieten bei Beginn des deutschen Angriffes – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht informiert, welches Schicksal ihr die nationalsozialistische Führung zugedacht hatte.

Dies hat sich nach den ersten Kriegswochen geändert – allerdings befand sich zu dieser Zeit bereits der größte Teil des jüdischen Siedlungsgebietes in deutscher Hand. Auch konnten die jüdischen Bewohner bedrohter Gebiete in zunehmendem Maße evakuiert werden oder fliehen. 56 Daß die estnischen Juden sich zum größten Teil retten konnten, wurde bereits erwähnt. Über die Zahl der deutscher Herrschaft entkom-

55 Die Orientierungslosigkeit der jüdischen Bevölkerung sehr instruktiv bei Samuil Gringauz, Gibel' o

evrejskoj Kovne, in: Knigga o russkom evrejstve, S. 122.

⁵³ Geschichte des Zweiten Weltkriegs, S. 75; zum Transportwesen I.V. Kovalev, Transport v Velikoj Otečestvennoj vojne (1941-1945 gg.), Moskva 1981, S. 10 ff., 86 ff.

⁵⁴ Weinryb, Polish Jews, S. 353; Schwarz, Jews in the Soviet Union, S. 222.

⁵⁶ EM Nr. 59 vom 21.8.1941 (S. 10) berichtet: "Wie überall wurde auch hier die Feststellung gemacht, daß die maßgebenden Juden und Funktionäre geflüchtet" sind (EKdo 6 /EGr C aus Korosten"). Am 4. September meldet die EGr B /EM Nr. 73, S. 18): "Den intellektuellen Großstadtjuden ist es in weitem Maße gelungen, vor den deutschen Armeen nach Osten zu flüchten", EGr C konstatiert am 20. Oktober 1941 (EM Nr. 119, S. 5f.), daß infolge der deutschen Verfolgungen die jüdische Bevölkerung fliehe, und am 14. November meldet EGr B (EM Nr. 133, S. 18): "Die Fluchtbewegung der Juden nach Osten hat, wie auch in dieser Berichtszeit festgestellt werden konnte, ihren Fortgang genommen." In den Städten Jarcevo, Vjaźma, Gžatsk, Možajsk, Juchnov und Brjansk seien keine jüdischen Einwohner mehr angetroffen worden.

menen Juden liegen keine Angaben vor, Schätzungen sprechen von über einer Million.⁵⁷ Da von den mehr als fünf Millionen jüdischer Sowjetbürger (1941)⁵⁸ über vier Millionen in Gebieten wohnten, die von den deutschen Truppen erobert wurden, blieben rund 3-3,2 Millionen Juden, die der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in der UdSSR ausgeliefert waren.

Bestimmend für das Schicksal dieser großen jüdischen Gruppe unter deutscher Herrschaft war die Einstellung der nationalsozialistischen Führungsschicht. Hitler hatte die Militanz seines Antisemitismus schon früh dokumentiert, sie war konstitutives Element der Ideologie seines Regimes. Zu dem allgemeinen, die Repressionen legitimierenden "rassischen" Negativfaktor traten jedoch im Falle der Sowjetunion noch zwei Komponenten verschärfend hinzu: eine kulturelle und eine eigentlich ideologische. Die kulturelle Komponente hatte sich bereits in Polen gezeigt: die traditionsverhaftetere ostjüdische Bevölkerung war nicht in dem Ausmaß akkulturiert wie die Juden West- und Mitteleuropas, die in die Gesellschaft ihrer Länder integriert waren. Die Diskrepanz in Erscheinungsbild⁵⁹ und Verhaltensweisen wurden im polnisch-sowjetischen Raum noch durch dessen allgemeines Modernisierungsdefizit, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im ehemals ostpolnischen Teil und im altsowjetischen Gebiet durch die Schwierigkeiten infolge des tiefgreifenden sozio-ökonomischen Transformationsprozesses der dreißiger Jahre verschäft, der "Ostjude" fungierte geradezu als Bestätigung der behaupteten "Minderwertigkeit".

Ideologisch aber vereinte sich im Falle der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion militanter Antisemitismus mit einem ebenso ardenten Antimarxismus und Antikommunismus, dem der "Bolschewismus" als Kulmination dieser angeblich wesentlich jüdisch geprägten, verderbten und verderblichen Ideologie galt und als Herrschaftssystem, maßgeblich von Juden bestimmt, Instrument ihres Trachtens nach "Weltherrschaft". So ward der "jüdische Bolschewismus" zur "jüdisch-bolschewistischen Gefahr", dem "Weltfeind Nr. 1" – und der "jüdische Bolschewist" gleichsam zur Inkarnation des Bösen schlechthin. Damit war aber jeder jüdische Bürger der Sowjetunion bedroht: als potentieller Kommunist und Nutznießer des Systems. Die – relativ – große Zahl der in deutsche Hand gefallenen Juden spitzte das Problem noch zu, sie bestärkte die Wahnvorstellung der "jüdischen Gefahr".

Dem Krieg gegen die Sowjetunion wurde seitens der nationalsozialistischen Führung als "Weltanschauungskrieg" eine besondere Qualität zugemessen: Er galt nicht nur der Niederwerfung eines politischen Gegners durch Vernichtung der Streitkräfte

⁵⁷ Schwarz, Jews in the Soviet Union, S. 197. Die Zahl geht offenbar auf die Angabe Corliss Larnonts (The peoples of the Soviet Union, New York (1946), S. 85) zurück: "More than 1 000 000 (Jews) were safely evacuated." Dagegen Baron, Russian Jews, S. 297, der die Zahl für zu hoch hält und ihre Verbreitung der "war time propaganda" zuschreibt. Dennoch beziffert er die Zahl der unter deutsche Herrschaft geratenen sowjetischen Juden auf drei Millionen und schreibt weiter: "From some nine hundred thousand in January, 1939, it [die Zahl der Juden in den nichtbesetzten Gebieten der UdSSR] increased to well over two Million by the end of 1941" (S. 298). – Die Angabe bei A.A. Gol'dstejn, Sud'ba evreev v okkupirovannoj nemcami Sovetskoj Rossii, in: Kniga o russkom evrejstve, S. 71 f., ist fehlerhaft.

⁵⁸ Wilhelm (Einsatzgruppe A, S. 621) gibt ihre Zahl mit 4,7 Millionen.

Vgl. dazu die Abbildungen bei Hans-Peter Seraphim, Das Judentum im osteuropäischen Raum. Hrsg. unter Mitwirkung des Instituts für osteuropäische Geschichte der Universität Königsberg, Essen 1938, die ungeachtet ihrer diffamierenden Intention und ihres denunziatorischen Charakters das Modernisierungsdefizit sichtbar machen; sie übergehen allerdings völlig, daß die nichtjüdische Umwelt des ostpolnisch-galizischen Raumes sich von der jüdischen nicht unterschied.

und Eroberung des Territoriums, sondern es war darüber hinaus auch die feindliche Ideologie auszumerzen, und das bedeutete die Liquidierung ihrer Träger, die systematische "Beseitigung" wenn nicht der gesamten Elite, so doch zumindest der politischen Führungsschicht bis hinab zu den untersten Rängen.

Hierfür waren schon vor Beginn des deutschen Überfalls Vorkehrungen getroffen. Die Einbeziehung der Wehrmacht in diesen Prozeß der "verfahrenslosen Liquidierung"60 durch den "Kommissarbefehl" und die "Richtlinien über das Verhalten der Truppe in Rußland"61 sollte einesteils die Durchführung dieses Vorhabens ermöglichen, sie machte aber auch die Heeresführung wie die Truppe zu Komplizen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Hatte sich im Herbst 1939 in Polen noch Widerstand der Truppenführung gegen die Aktionen von SS und SD energisch artikuliert, so fehlte er 1941 zumindest bei der Heeresführung. Neben der psychologischen Wende, die die militärischen Erfolge des Jahres 1940 und des Balkankrieges zur Folge hatten, trug dazu besonders der Zerfall des Gruppenkonsenses im Heer bei, an dem die zunehmende Umstrukturierung des Offizierskorps mit der Eingliederung der stärker dem Regime hörigen, weil ideologisch indoktrinierten jüngeren Jahrgänge beträchtlichen Anteil hatte. Und schließlich wirkte die Konkurrenz des "politischen Soldatentums" der Waffen-SS als Konformitätsdruck.62

Ungeachtet dieser Bestrebungen, das Heer in den "Weltanschauungskrieg" einzubeziehen, konnte die geplante systematische Liquidierung der sowjetischen Führungsschicht nicht der kämpfenden Truppe übertragen werden. Den eigentlichen "ideologischen" Krieg zu führen, behielt sich denn auch das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) vor und traf entsprechende Vorkehrungen: In Gestalt der "Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD" (EGr)⁶³ stellte es zur "Durchführung besonderer sicherheitspolizeilicher Aufgaben außerhalb der Truppe" eigene Exekutivorgane bereit als die eigentlichen Instrumente nationalsozialistischer Vernichtungspolitik in den Gebieten unter Militärverwaltung. Deren Verhältnis zum Heer wurde zwischen Reinhard Heydrich als RSHA-Chef und dem Generalquartiermeister des Heeres Eduard Wagner Ende März 1941 abgeklärt; der Oberbefehlshaber des Heeres von Brauchitsch unterzeichnete am 28. April die Vereinbarung.⁶⁴ Danach unterstanden die Einsatzgruppen dienstlich allein Himmler (als Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei) bzw. – nachgeordnet – dem RSHA, lediglich die Logistik war dem Heer übertragen. Die hier noch festgelegte Aufgabentrennung der Einsatzgruppen und ihrer Kom-

⁶⁰ Nach Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Stuttgart 1978. S. 44.

⁶¹ So gemeinhin in der Literatur, richtig: "Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa und über besondere Maßnahmen der Truppe" (freundlicher Hinweis von Alfred Streim). – Siehe hierzu vor allem Helmut Krausnick, Kommissarbefehl und 'Kriegsgerichtsbarkeitserlaß Barbarossa' in neuer Sicht, in: VfZ 25 (1977), S. 682-738, auch Hans-Adolf Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates. Bd. 2, München 1979², S. 135-232; Helmut Krausnick, Die Einsatzgruppen vom Anschluß Österreichs bis zum Feldzug gegen die Sowjetunion. Entwicklung und Verhältnis zur Wehrmacht, in: Krausnick/Wilhelm, Truppe des Weltanschauungskrieges, S. 116-141; ein kurzer und prägnanter Überblick bei Streit, Keine Kameraden, S. 33-61.

⁶² Vgl. dazu Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im SS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 390-422. Vgl. auch Krausnick, Einsatzgruppen, S. 107-115.

⁶³ Zur Genese siehe Krausnick, Einsatzgruppen, S. 19-106.

⁶⁴ Ebenda, S. 127-137. Text der Vereinbarung bei Jacobsen, Kommissarbefehl, S. 170f. – Heydrich billigte nur den Entwurf, der im wesentlichen von Schellenberg und Wagner ausgearbeitet worden war. Der gültige Text stammt vom OKH/GenStdH/GenQu (freundlicher Hinweis von Alfred Streim).

mandos zwischen rückwärtigem Armee- und rückwärtigem Heeresgebiet ist in der Praxis jedoch sehr rasch geschwunden⁶⁵: Die im rückwärtigen Armeegebiet vorgesehene Beschränkung auf Sicherstellung von relevanten Materialien und "besonders wichtiger Einzelpersonen" wurde auch hier durch die "Erforschung und Bekämpfung der staats- und reichsseindlichen Bestrebungen" abgelöst, die dort eingesetzten "Sonderkommandos" (SK) unterschieden sich in ihrer Tätigkeit, wie die "Ereignismeldungen UdSSR" (EM) des RSHA zeigen⁶⁶, nicht von den "Einsatzkommandos" (EK), die im rückwärtigen Heeresgebiet operierten. Auch die Einsetzung der Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF), denen auch im rückwärtigen Heeresgebiet – gewissermaßen im Vorgriff auf dessen spätere Eingliederung in das Gebiet der Zivilverwaltung – wie im Zivilverwaltungsbereich die dortigen "SS- und Polizeitruppen und Einsatzkräfte der Sicherheitspolizei" unterstellt waren, war bereits im Mai vereinbart. Himmler "hatte sich dadurch auch – mit Zustimmung der Heeresführung – im Okkupationsraum ein ihm persönlich verfügbares Instrument politischer Leitung geschaffen".⁶⁷

Entsprechend der Gliederung des Ostheeres in drei Heeresgruppen war anfangs der Einsatz von drei Einsatzgruppen vorgesehen, später wurde noch eine vierte hinzugefügt. Die Einsatzgruppe A unter Walter Stahlecker mit den Sonderkommandos⁶⁸ 1a und 1b und den Einsatzkommandos 2 und 3 operierte im Baltikum (Heeresgruppe Nord), die Einsatzgruppe B (bis 11.7.1941: C) unter Arthur Nebe mit den Sonderkommandos 7a und 7b und den Einsatzkommandos 8 und 969 sowie einem "Vorkommando Moskau" (ab Februar 1942: Sonderkommando 7c) war im weißrussischen Raum (Heeresgruppe Mitte) eingesetzt, Einsatzgruppe C unter Otto Rasch (bis 11.7.1941: B) erhielt die nördliche und mittlere Ukraine (Heeresgruppe Süd) zugewiesen und Einsatzgruppe D unter Otto Ohlendorf mit den Sonderkommandos 10a und 10b und den Einsatzkommandos 11a, 11b und 12 ward die Südukraine, die Bukowina, Bessarabien, die Krim und das Kaukasusgebiet als Einsatzgebiet (11. Armee) zugeteilt. Die Führung der Einsatzgruppen und der Kommandos wurde ausgesuchten Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD übertragen – die Chefs der Einsatzgruppen standen im Range eines SS-Brigadeführers und Generalmajors der Polizei. Das sonstige Personal rekrutierte sich im allgemeinen aus Beamten der Geheimen Staatspolizei und Kriminalpolizei sowie des SD, als Hilfspersonal - wie Funker, Fahrer, Dolmetscher u.ä. - wurden z.T. auch Nicht-SS-Mitglieder herangezogen. Ergänzt wurde dieses Personal der Einsatzgruppen durch Einheiten der Polizeireserve und der Waffen-SS sowie indigene Helfer. Die Stärke der einzelnen Einsatzgruppen war unterschiedlich, sie betrug zwischen ca. 1000 (Einsatzgruppe A) und 600 (Einsatzgruppe D) Mann, insgesamt belief sie sich auf ca. 3000 bis 3200 Mann. 70 Da die HSSPF nicht nur für das Gebiet der Zivilverwaltung, sondern auch für das rückwärtige Heeresgebiet Zuständigkeit beanspruchten, erwuchs den Einsatzgruppen eine beträchtliche Unter-

⁶⁵ Dazu Krausnick, Einsatzgruppen, S. 210 f.; vgl. auch Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 285.

⁶⁶ Siehe dazu Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 333-348; Krausnick/Wilhelm, Truppe des Weltanschauungskrieges, Dokumentenanhang, S. 650ff. (gibt die Nummern mit Datierung und Dokumentenbezeichnung, Fundstellen ebenda, S. 649f.).

⁶⁷ Krausnick, Einsatzgruppen, S. 138.

^{68 1942} wurden die SK in EK umgewandelt.

⁶⁹ Die Nummern der SK und EK sind beim Wechsel der EGr-Bezeichnung am 11.7.1941 nicht mit verändert

⁷⁰ Dazu Krausnick, Einsatzgruppen, S. 145-148, vgl. Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 287.

stützung durch die dem HSSPF unterstehenden Polizei- und SS-Verbände, die durch einheimische Hilfspolizeikräfte – sie firmierten unter Bezeichnungen wie "Schutzmannschaft", "Selbstschutz" u.ä. – erheblich verstärkt wurden.⁷¹

Ein schriftlicher Befehl zur allgemeinen Vernichtung der Juden in den Gebieten der Sowietunion, die erobert wurden, ist bekanntlich nicht überliefert und auch nicht belegt, seine Existenz auch in den vielfältigen relevanten Zeugnissen nicht nachweisbar. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß ein derart sensibler Bereich schriftlich abgehandelt wurde⁷² – die verschiedenen Versuche, die Morde sprachlich zu camouflieren, wie sie sich etwa in den Ereignismeldungen UdSSR spiegeln⁷³, zeigen deutlich die Bemühungen, den gesamten Komplex zu verschleiern und zumindest keine präzisen nachweisbaren Kenntnisse über den engen Kreis der Informierten hinausdringen zu lassen. Heydrich instruierte die Führer der Einsatzgruppen und ihrer Kommandos persönlich am 17. Juni in Berlin, seine "wichtigsten Anweisungen" hat er wenig später "in gedrängter Form" fixiert. Neben organisatorischen und ordnungspolitischen Aufgaben wurden Grundsätze der Nationalitäten-("Volkstums"-) und Kirchenpolitik dargelegt, die stark von den in Polen gemachten Erfahrungen geprägt waren. Dominierend aber war die sicherheitspolitische Aufgabe, die vom Prinzip der präventiven Exekution politischer Widersacher bestimmt war. Die Liste der zu Exekutierenden ist sehr unsystematisch (offenbar besaß der Ausfertigende der Weisungen recht wenig Kenntnisse über seinen "Hauptfeind")⁷⁴, angeführt werden nämlich alle

"Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin)

die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, des Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees

Volkskommissare

Juden in Partei und Staatsstellungen

sonstige radikale Elemente (Saboteure, Propagandeure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.)**.75

⁷¹ Über die Bildung von Selbstschutzverbänden aus Volksdeutschen siehe EM Nr. 89 (20.9.41), 95 (26.9.41), 107 (8.10.41) und 108 (9.10.41). EM Nr. 154 (12.1.1942) meldet die Eröffnung einer "estnischen Sicherheitspolizei-Schule". Vgl. Ingeborg Fleischhauer, Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 101-116, 125 ff., 138-146; Meir Buchsweiler, Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und Beginn des Zweiten Weltkrieges – ein Fall doppelter Loyalität?, Gerlingen 1984, S. 364-383; Myllyniemi, Neuordnung, S. 103 ff., 226 ff.

⁷² Ausführlich erörtert bei Krausnick, Einsatzgruppen, S. 150-172.

Niehe dazu etwa die EM Nr. 73 (4.9.41), 92 (23.9.41), 108 (9.10.41), 124 (25.10.41), 133 (4.11.41), 148 (19.12.41). Als Begründung wird u.a. angeführt: Brandstiftung, Hetze, Verstöße gegen deutsche Anordnungen, Opposition gegen Ghettoisierung, Plünderung u.ä. Gelegentlich mußte schon der "Verdacht" der Brandstiftung als Begründung herhalten. Der "Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 5" für die Zeit vom 15.-30.9.1941 (Nbg. Dok. NO-2655) meldet demaskierend: "An Orten, an denen eine verstärkt auftretende propagandistische Tätigkeit festzustellen war, wurde die jüdische Einwohnnerschaft erschossen." Und EGr C meldet in der EM Nr. 128 (3.11.41) unter "Vollzugstätigkeit": "Was die eigentliche Exekutive anbelangt, so sind von den Kommandos der Einsatzgruppe bisher etwa 80000 Personen liquidiert worden. Darunter befinden sich etwa 8000 Personen, denen aufgrund von Ermittlungen eine deutschfeindliche oder bolschewistische Tätigkeit nachgewiesen werden konnte. Der verbleibende Rest ist aufgrund von Vergeltungsmaßnahmen erledigt worden." Vgl. auch EM 111 (12.10.41), wo u.a. "jüdischer Sadismus und Rachgier" als Gründe – neben anderen – angeführt werden und schließlich lakonisch: "Juden allgemein" als Motiv für die Morde genannt wird, also die bloße Zugehörigkeit zum jüdischen Volk.

⁷⁴ Ein eindrucksvolles Zeugnis des geringen Kenntnisstandes liefert die "Sonderfahndungsliste UdSSR", vgl. Werner Röder, Sonderfahndungsliste UdSSR, Erlangen 1976.

⁷⁵ Zitiert nach Krausnick, Einsatzgruppen, S. 157.

Auffallend hierbei ist, daß "Juden in Partei- und Staatsstellungen" gesondert erwähnt werden, obwohl sie in den aufgeführten Gruppen ja bereits erfaßt sind.

Bemerkenswert ist jedoch ganz besonders die letzte Kategorie der Opfer: sie gibt gewissermaßen die Stichworte, mit der die Ermordung zumindest eines Teils der jüdischen Bevölkerung verschleiert wurde; in den Ereignismeldungen tauchen diese Bezeichnungen immer wieder als "Rechtfertigung" für die Ermordungen auf. Sie sind derart unpräzis, das sie einen weiten Interpretationsraum des Sachverhalts gestatten: "Hetze" konnte schon eine Unmutsäußerung über die eigene Lage sein, "Propaganda" die Feststellung, daß es vor der deutschen Okkupation besser gewesen sei – dem Erfindungsreichtum der Mörder war keine Grenze gesetzt.

Als erster Verband überschritt die Einsatzgruppe A⁷⁶ die deutsch-sowjetische Grenze. Aus ihrem Bereitstellungsraum Danzig kurz vor Beginn des deutschen Angriffs nach Gumbinnen vorverlegt, rückte schon am 25. Juni, kurz nach der Eroberung der litauischen Hauptstadt, ein Kommando unter der Führung des Einsatzgruppen-Leiters Walter Stahlecker in Kaunas (Kowno) ein. Von dort stieß er über Schaulen (Šiauliai) nach Riga vor, das am 1. Juli, zusammen mit dem über Schaulen und Mitau vorgerückten Einsatzkommando 2, erreicht wurde.⁷⁷ Stahlecker und seine Kommandos folgten der kämpfenden Truppe auf dem Fuß – anders als an anderen Frontabschnitten zeigte die Führung der Heeresgruppe Nord erhebliches Entgegenkommen und bestand nicht darauf, daß die Einsatzgruppen mit ihren "Sonderkommandos" nur im rückwärtigen Armeegebiet tätig wurden.

Das Sonderkommando 1a rückte von Bad Schmiedeberg im Küstenstreisen vor, erreichte am 27. die Gegend von Libau (Liepaja) und am 28. Mitau (Jelgava), am 4. Juli tras es in Riga ein. Bas Einsatzkommando 3 wurde in Kaunas stationiert, um "sicherheitspolizeiliche Aufgaben in Litauen" zu übernehmen, sein Bereich wurde am 9. August um das Gebiet Wilna, das es vom Einsatzkommando 9 der Einsatzgruppe Bübernahm, und ab 2. Oktober um das bis dahin dem Einsatzkommando 2 unterstellte Gebiet von Schaulen erweitert. P

Erst am 10. Juli folgten die Sonderkommandos 1a und 1b den bereits nach Norden vorgestoßenen Wehrmachtseinheiten. Sonderkommando 1a ging über Pernau (Pārnu), Reval (Tallinn), Dorpat (Tartu) nach Narva, Sonderkommando 1b über Pleskau (Pskov) und Ostrow nach Oprotschka (Opročka). In Erwartung einer baldigen Einnahme Leningrads wurden nicht nur entsprechende Vereinbarungen über den frontnahen Einsatz der Einsatzgruppe bei der Panzergruppe 4 (Generaloberst Hoeppner) und der SS-Division "Totenkopf" getroffen, sondern auch Teile der Einsatzkommandos 2 und 3 nach Pleskau vorgezogen⁸⁰, wo sich seit dem 18. Juli der Einsatzgruppen-Stab befand.⁸¹

⁷⁶ Die Routen der Einsatzgruppen und -kommandos k\u00f6nnen hier nur grob skizziert werden. -- Zu Bestand und Organisation der EGr A siehe Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 281-293.

⁷⁷ EM Nr. 9 (1.7.41). – Die hier genannten Daten nach den EM. Tatsächlich können die genannten Orte bereits früher erreicht worden sein.

⁷⁸ EM Nr. 9 (1.7.41), 12 (4.7.41).

⁷⁹ Siehe: Bericht des SS-Staf. Jäger, in: Adalbert Rückerl, NS-Prozesse. Nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten – Grenzen – Ergebnisse, Karlsruhe 1971, Anhang.

⁸⁰ EM Nr. 24 (16.7.41), 26 (18.7.41), 31 (23.7.41). – In den EM wird der Name "Leningrad" geflissentlich gemieden, statt dessen "Petersburg" gegeben.

⁸¹ EM Nr. 26 (18.7.41).

Als der deutsche Vormarsch auf die Stadt der Oktoberrevolution ins Stocken geriet, wurden Teile der Einsatzgruppen erstmals zur Bekämpfung der anwachsenden Partisanenbewegung eingesetzt⁸², die Hauptkräfte blieben weiter auf Leningrad gerichtet, und Anfang Oktober erreichte die Einsatzgruppe Krasnogwardejste (Krasnogvardejsk) (ca. 40 km südwestlich Leningrad), das bis zur letzten Ereignismeldung vom 24.4.1942 als Standort gemeldet wurde.⁸³

Der Aufbau einer Zivilverwaltung in den eroberten Gebieten zog eine Einbeziehung der Einsatzgruppen in die Administration nach sich. Schon am 29. September benutzte Einsatzgruppen-Leiter Stahlecker den Titel eines "Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD" (BdS) mit Sitz in Riga84, das Sonderkommando 1a wurde zur Dienststelle des "Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) für den Generalbezirk Estland" mit Sitz Reval und Außenstellen in Narva, Pernau, Dorpat und Arensburg (Kuressare, seit 1952 Kingisepp) auf Ösel, Einsatzkommando 2 wurde entsprechend zur Dienststelle des KdS für den Generalbezirk Lettland mit Sitz in Riga und Außenstellen Schaulen und Libau, und Einsatzkommando 3 zur Institution des KdS für den Generalbezirk Litauen mit Sitz in Kaunas und Außenstelle Wilna (Vilnius).85 Im Oktober wurde das am 1. September gebildete Generalkommissariat Weißruthenien der Einsatzgruppe A unterstellt, die Dienststelle des KdS für den Generalbezirk Weißruthenien bildete das Sonderkommando 1b86 mit Standort Minsk und Außenstelle Baranowitschi (Baranoviči).87 In der Folgezeit hatte es einzelne Veränderungen besonders bei den Außenstellen gegeben, grundsätzlich aber hat sich die institutionelle Ordnung nicht wesentlich geändert⁸⁸, doch wurde als Standort der Einsatzgruppe unter dem nunmehrigen BdS Ostland im Spätherbst 1942 der Ort Nataljewka (Natal'evka) gemeldet.⁸⁹ Allerdings haben neben den stationaren Dienststellen noch mobile Kommandos bestanden, so die der Sonderkommandos 1a und 1b im Frontbereich Leningrad.90

Die Einsatzgruppe B unter Arthur Nebe traf erst am 24. Juni in Warschau ein und nahm dort die Verbindung zur Heeresgruppe Mitte und dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes 102 (Mitte) auf. ⁹¹ Über Wilna, wo es am 3. Juli durch das Einsatzkommando 9 abgelöst wurde, rückte das Sonderkommando 7a nach Minsk vor, wo es mit dem über Brest-Litowsk, Slonim und Baranowitschi vorgestoßenen Sonderkommando 7b zusammentraf, auch der Stab der Einsatzgruppe machte die weißrussi-

⁸² EM Nr. 48 (10.8.41).

⁸³ EM 126 (29.10.41) gibt unter "Standorte und Nachrichtenverbindungen" für Krasnogvardejsk als Datum den 7. Oktober, in den EM wird es als Standort erstmals in EM Nr. 116 (17.10.41) genannt, letzte Erwähnung in EM Nr. 195 (24.4.42). "Krasnogvardejsk" hieß 1929-1944 das aus zaristischer Zeit bekannte Gatschina (Gatčina).

⁸⁴ W. Stahlecker, Einsatzgruppe A. Gesamtbericht bis zum 15. Oktober 1941, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. 14.10.1945-1.10.1946. Bd. 37, S. 703. – Nach Wilhelm (Einsatzgruppe A, S. 288) handelt es sich dabei um einen Vorgriff Stahleckers, die Bestallung zum BdS Ostland sei erst Anfang Dezember 1942 erfolgt.

⁸⁵ EM Nr. 126 (29.10.41).

⁸⁶ EM Nr. 146 (15.12.41)

⁸⁷ "Baranowitsche" in den EM.

⁸⁸ Detailliert bei Krausnick, Einsatzgruppen, S. 178f.

⁸⁹ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 28 (6.11.1942).

⁹⁰ EM Nr. 149 (22.12.41), 150 (2.1.42), 151 (5.1.42), 190 (8.4.42).

⁹¹ EM Nr. 17 (9.7.41).

sche Hauptstadt vorübergehend zu seinem Standort.⁹² Ungleich der Einsatzgruppe A, deren Vorkommandos der kämpfenden Truppe dichtauf folgten, hatte die Einsatzgruppe B größeren Abstand zu halten, so ließ das AOK 9 einen Vormarsch nach dem schon am 1. Juli eroberten Minsk anfangs nicht zu, da "die Wälder voll russischer Verbände und russischer Soldaten in Zivilkleidern sind".⁹³

Während das Sonderkommando 7a zusammen mit einem für den Einsatz in Moskau vorgesehenen, zumeist "Vorkommando Moskau" benannten Detachement der Einsatzgruppe dem zum Angriff auf die sowjetische Hauptstadt bestimmten Panzer-AOK 4 zugeordnet wurde, blieb die Einsatzgruppe in Minsk und führte von hier aus Aktionen gegen "Widerstandsbewegungen, Partisanen, rote Funktionäre und Juden" im rückwärtigen Heeresgebiet durch.94 In den ehemaligen polnischen Gebieten waren inzwischen "Unterstützungstrupps" - später: "Einsatzgruppe z.b.V."95 unter dem KdS Lemberg -, die der BdS Generalgouvernement zusammengestellt hatte und die ihm unterstanden, eingetroffen, um die Einsatzgruppe B zu entlasten. Dennoch erwies sich der Einsatzbereich dieser Gruppe bei weiterem Vormarsch auf Moskau als zu groß; so wurde der "Generalbezirk Weißruthenien" Anfang Oktober dem BdS Ostland/Einsatzgruppe A unterstellt.96 Denn die Einsatzgruppe B war, im Unterschied zur Einsatzgruppe A, im alten ostjüdischen Siedlungsraum eingesetzt, fand daher eine stärkere jüdische Bevölkerung vor. Es war zugleich altsowjetisches Gebiet, bereitwillige Kollaborateure wie in den baltischen Ländern fanden sich hier weniger, stattdessen bot das Land mit seinen großen Wald- und Sumpfgebieten den sich bald bildenden Partisanengruppen einen guten Rückhalt, wobei die gering entwickelte Infrastruktur eine wirksame Bekämpfung erschwerte.

Die für den Einsatz im rückwärtigen Heeresgebiet bestimmten Einsatzkommandos 8 und 9 rückten aus ihrem Bereitstellungsraum Warschau "nach Weisungen des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebietes" erst Ende Juni auf sowjetisches Gebiet vor. Finsatzkommando 8 meldete am 1. Juli Białystok, Mitte des Monats Baranowitschi (Baranoviči) und am 26. Juli Minsk als Standort, im Zuge der "Operation Taifun", des deutschen Angriffs gegen Moskau, verlegte es vor und stand am 9. September in Mogilew (Mogilev). Einsatzkommando 9 rückte über Wilna, Wilejka (Vilejka) und Molodetschno (Molodečno) nach Witebsk (Vitebsk), das Anfang August Standort wurde, und verlegte im Oktober nach Wjasma (Vjaz'ma). Der sowjetische Gegenangriff führte zum Rückzug nach Smolensk im Dezember, im Februar 1942 war wieder Witebsk Standort. Infolge der Weite des Einsatzgebietes, aber auch der sehr viel größeren Zahl jüdischer Zentren ist in den Berichten dieser Kommandos – wie auch in denen der Einsatzgruppe C – sehr viel häufiger von Aktionen einzelner Trupps die

⁹² EM Nr. 10 (2.7.41), 11 (3.7.41), 13 (5.7.41), 14 (6.7.41), 15 (7.7.41), 29 (21.7.41), 30 (22.7.41).

⁹³ EM Nr. 9 (1.7.41).

⁹⁴ EM Nr. 17 (9.7.41), 21 (13.7.41).

⁹⁵ EM Nr. 25 (17.7.41).

⁹⁶ Krausnick, Einsatzgruppen, S. 180.

⁹⁷ EM Nr. 17 (9.7.41); vgl. Korpsbefehl des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebietes 102 vom 27.6.1941 (IfZ, MA 856).

⁹⁸ EM Nr. 9 (1.7.41), 17 (9.7.41), 24 (16.7.41), 27 (19.7.41), 31 (23.7.41), 90 (21.9.41), 124 (25.10.41), 133 (14.11.41); Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 6 (5.6.42), 26 (23.10.42) (IfZ, MA 439).

⁹⁹ EM Nr. 17 (9.7.41), 21 (13.7.41), 24 (16.7.41), 31 (23.7.41), 34 (26.7.41), 126 (29.10.41), 149 (22.12.41), 150 (2.1.42), 168 (13.2.42), 186 (27.3.42).

Rede als in jenen der Einsatzgruppe A. Zu einer Einrichtung stationarer Dienststellen wie im Bereich des BdS Ostland ist es für die Einsatzgruppe B nicht gekommen, infolge des Scheiterns von "Taifun" wurde ein kleineres Gebiet zum "politischen Raum" erklärt und als Generalbezirk Weißruthenien dem BdS Ostland unterstellt. 100 Das Vorkommando Moskau, das bis zum Beginn der Offensive beim Stab der Einsatzgruppe blieb, rückte dann, dem AOK 4 attachiert, nach Medyn und Malojaroslawez (Malojaroslavec) vor, mußte sich aber Ende Dezember nach Roslawl zurückziehen. Anfang April wird es in den Ereignismeldungen nicht mehr erwähnt. 101 Das Sonderkommando 7a erreichte im Zuge dieses Angriffs in der zweiten Oktoberhälfte Rshew (Ržev) und Anfang November Kalinin, mußte sich aber über Wjasma nach Klinzy (Klincy) zurückziehen, bevor es im Sommer 1942 erneut Rshew als Standort bezog. im Februar 1943 stand es bei Smolensk. 102 Das Sonderkommando 7b, das im September in Tschernigow (Cernigov) stand, war dem AOK 2 zugeteilt und rückte mit dem rechten Flügel der Heeresgruppe Mitte vor, es erreichte am 21. Oktober Orel und Brjansk, wo es, von kurzzeitigen Standortwechseln, u.a. nach Kursk, bis Februar 1943 stehenblieb.103

Die Einsatzgruppe C war der Heeresgruppe Süd zugeteilt. Ihr Stab traf am 1. Juli, einen Tag nach dem Sonderkommando 4b, in Lemberg (L'vov) ein und rückte dann über Dubno und Rowno (Rovno) nach Zwiahel (Novograd Volynskii), am 18./19. Juli war Shitomir erreicht. In der zweiten Augusthälfte verlegte er nach Pervomajsk und Nowo-Ukrajinka (Novo-Ukrainka), am 25. September wurde Kiew (Kiev) Standort¹⁰⁴, das Sitz des Einsatzgruppen-Leiters blieb, der ab April 1942 auch als BdS Ukraine fungierte. 105 Das später so berüchtigte Sonderkommando 4a rückte von Krakau über Zamość vor und erreichte am 30. Juni Sokal, am 6. Juli stand es bereits in Rowno, am 11. in Zwiahel. 106 Da der Vormarsch der Truppen bei Shitomir (Žitomir) durch einen sowjetischen Gegenstoß aufgehalten wurde, erreichte das Sonderkommando die Stadt erst am 18./19. Juli und behielt hier seinen Standort bis zur Beendigung der großen Kesselschlacht um Kiew Mitte September. Die ukrainische Hauptstadt wurde am 19. September erreicht, im Verlauf des November verlegte das Sonderkommando über Perejaslaw (Perejaslav) nach Charkow (Charkov), wo es seit Ende des Monats stand. 107 Erst im Herbst 1942 rückte es nach Kursk vor, wo es bis zum sowjetischen Angriff im Februar 1943 blieb, der Rückzug erfolgte über Konotop und Bobrujsk nach Minsk. Hier wurde das Sonderkommando 4a aufgelöst und seine Angehörigen der Dienststelle des BdS Rußland-Mitte und Weißruthenien unterstellt. 108

¹⁰⁰ EM Nr. 106 (7.10.41).

¹⁰¹ EM Nr. 106 (7.10.41), 126 (29.10.41), 129 (5.11.41), 149 (22.12.41), 150 (2.1.42), 172 (23.2.42). Das Kommando wurde ab EM 191 (10.4.42) nicht mehr erwähnt.

EM Nr. 126 (29.10.41), 129 (5.11.41), 133 (14.11.41), 150 (2.1.42), 155 (14.1.42); Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 4 (22.5.42), 6 (5.6.42), 15 (7.8.42); Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 40 (5.2.43) (IfZ, MA 439, 440).

¹⁰³ EM Nr. 90 (21.9.41).

¹⁰⁴ EM Nr. 10 (2.7.41), 19 (11.7.41), 28 (20.7.41), 55 (17.8.41), 58 (20.8.41), 97 (28.9.41), 106 (7.10.41).

¹⁰³ EM Nr. 191 (10.4.42). – Krausnick, Einsatzgruppen, S. 195, Anm. 219, weist darauf hin, daß dies "offenbar" "bereits nach dem Einrücken in Kiew" erfolgt sei – also parallel zur Schaffung des BdS Ostland.

¹⁰⁶ EM Nr. 8 (30.6.41), 14 (6.7.41), 19 (11.7.41).

¹⁰⁷ EM Nr. 28 (20.7.41), 97 (28.9.41), 138 (26.11.41).

¹⁰⁸ Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 20 (11.9.42), 26 (23.10.42), 40 (5.2.43) (IfZ, MA-284, MA-440); das Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C und die mit diesem Kommando eingesetzten Einheiten. Abschlußbericht (IfZ, Gy 10, S. 84, 100).

Das Sonderkommando 4b traf am 30. Juni 1941 in Lemberg ein und ging von dort über Tarnopol und Proskurow (Proskurov) nach Winniza (Vinnica) vor, das in der zweiten Julihälfte Standort wurde. Im August stand es in Kirowograd (Kirovograd), Anfang September in Krementschug (Kremenčuk) am Dnepr und Ende des Monats in Poltawa. Von hier aus ging es Anfang Dezember bis Kramatorskaja vor, im März 1942 befand es sich in Gorlovka. 109 Der Angriff im Sommer 1942 ließ es bis Rostow am Don (Rostov-na-Donu) vorrücken, bis es in den allgemeinen Rückzug der Südfront hineingezogen wurde. 110

In Lemberg trafen ebenfalls die Einsatzkommandos 5 und 6 der Einsatzgruppe C in den ersten Julitagen ein, wo sie das Sonderkommando 4b ablösten. Einsatzkommando 5 ging über Dubno nach Berdicev vor und war im September im Raum Kiew im Einsatz. Tscherkassy (Čerkassy) und Uman waren weitere Stationen, bis es im Oktober Kiew als Standort erhielt. Hier ist es, vermutlich im Januar 1942, aufgelöst worden und zum Teil in die Dienststelle des KdS "Kijew" eingegliedert worden.¹¹¹ Das Einsatzkommando 6 ging von Lemberg nach Zloczów (Zoločev) vor, war auch im Gebiet von Winniza im Einsatz und Anfang August in Proskurow gemeldet, danach stieß es zum Stab der Einsatzgruppe in Nowo-Ukrajínka und stand im September in Kriwoj (Krivoj) Rog. Anfang Oktober scheint Dnjepropetrowsk sein Standort gewesen zu sein, als das Gebiet des Dneprbogens "gesäubert" wurde, und im November verlegte es über Zaporoshje nach Stalino.¹¹² Erst ab September 1942 wird Rostow als neuer Standort gemeldet, es blieb es bis zum Rückzug 1943.¹¹³

Das Einsatzgebiet der Einsatzgruppe C war, ähnlich jenem der nördlichen Nachbargruppe, sehr weiträumig, und so wurden auch hier Entlastungen vorgenommen: Die ehemals polnischen Ostgebiete gingen – wie die der Einsatzgruppe B – in den Zuständigkeitsbereich des BdS Generalgouvernement über, dessen "Unterstützungstrupps" die Einsatzkommandos im Verlauf des Juli ablösten¹¹⁴, und der Höhere SS- und Polizeiführer Rußland Süd, SS-Obergruppenführer Jeckeln, setzte die ihm unterstellten starken Kräfte – die 1. SS-Brigade, fünf Polizeibataillone, das Polizeiregiment Süd und seine Stabskompanie – schon im August und September zu "Aktionen" ein, denen allein im August einer Meldung zufolge "insgesamt 44 125 Personen, meist Juden", zum Opfer fielen¹¹⁵ und während einer drei Tage dauernden "Aktion" in Kamenetz-Podolsk weitere 23 600. ¹¹⁶ Die Einrichtung stationärer Dienststellen erfolgte später als im Bereich der Einsatzgruppen A und B, Anfang Februar 1942 werden die KdS für die Generalbezirke Nikolajew (Nikolaev) und Charkow¹¹⁷ und wenige Tage später für

¹⁰⁹ EM Nr. 9 (1.7.41), 13 (5.7.41), 14 (6.7.41), 24 (16.7.41), 60 (22.8.41), 88 (19.9.41), 141 (3.12.41), 144 (10.12.41), 183 (20.3.42).

¹¹⁰ Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 20 (11.9.42), 26 (23.10.42), 40 (5.2.43) (IfZ, MA-284, MA-440).

¹¹¹ EM Nr. 47 (9.8.41), 86 (17.9.41), 88 (19.9.41), 94 (25.9.41), 106 (7.10.41), 119 (20.10.41), 152 (7.1.42), 153 (9.1.42), 154 (12.1.42).

¹¹² EM Nr. 8 (30.6.41), 19 (11.7.41), 45 (7.8.41), 61 (23.8.41), 63 (25.8.41), 94 (25.9.41), 126 (29.10.41), 129 (5.11.41), 138 (26.1.42).

¹¹³ Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 20 (11.9.42), 40 (5.2.43) (IfZ MA-284, MA-440).

¹¹⁴ EM Nr. 11 (3.7.41), 25 (17.7.41), 28 (20.7.41).

¹¹⁵ EM Nr. 94 (25.9.41).

¹¹⁶ EM Nr. 80 (11.9.41).

¹¹⁷ EM Nr. 165 (6.2.42).

die Generalbezirke Kiew, Shitomir, Wolhynien (in Rowno) Dnjepropetrowsk erwähnt¹¹⁸, im April kommen die KdS für die Generalbezirke Tschernigow und Stalino hinzu, zugleich erscheint der Leiter der Einsatzgruppe C als BdS Ukraine (in Kiew).¹¹⁹ Allerdings sind die beiden Sonderkommandos der Einsatzgruppe und Einsatzkommando 6 weiterhin als mobile Kommandos bestehen geblieben, und der Führer der Einsatzgruppe, der als BdS Ukraine Kiew als seinen Standort hatte, stand mit seinem Einsatzgruppenstab im September 1942 in Starobelsk und im Februar 1943 in Poltawa.¹²⁰

Neben diesen drei, jeweils einer Heeresgruppe zugeordneten Einsatzgruppen wurde noch die Einsatzgruppe D zusammengestellt, die der 11. Armee (im Verband der Heeresgruppe Süd) zugeteilt wurde. Ihr Einsatzziel war der Kaukasus.¹²¹ Sie erreichte erst Anfang Juli ihre Ausgangsstellung in der nördlichen Moldau, wo Piatra-Neamt erster Standort wurde. Hier kam es zu ernsten Differenzen mit dem AOK über den Einsatz der Einsatzgruppe im Armeegebiet; Ohlendorf, der Einsatzgruppen-Führer, mußte sich den nachdrücklichen Weisungen des AOK fügen. 122 So wurde der Einsatzgruppe befohlen, die Absperrung im Grenzgebiet zu den Rumanen - am Dnestr zu übernehmen und die rumänischen Versuche zu verhindern, die jüdische und russische Bevölkerung ihres Okkupationsgebietes abzuschieben. Anfang August setzte das AOK die Einsatzgruppe ein, um gemeinsam mit der Geheimen Feldpolizei "das gesamte rückwärtige Gefechtsgebiet" nach sowjetischen Soldaten zu durchkämmen. 123 Die Befehle des AOK, die der Generalstabschef der 11. Armee, Oberst Otto Wöhler, zeichnete, die aber zumindest die Billigung des Oberbefehlshabers der Armee, Generaloberst Eugen Ritter von Schobert besaßen, gaben der Einsatzgruppe kaum Gelegenheit zu eigenen Initiativen - der Vergleich zwischen den Entscheidungsspielräumen der Einsatzgruppe A und D zeigt die Möglichkeiten, die sich für die Truppenführung boten. Erst am 22. Juli wurde die Verlegung der Einsatzgruppe nach Iași befohlen, der Standort Olschanka (Olšanka) mußte auf Befehl des AOK 11 am 8. August für den Stab der italienischen Truppen geräumt werden. Mitte August stand die Einsatzgruppe in Ananjew (Anan'ev), in der zweiten Septemberhälfte gestattete das AOK, nach Nikolajew (Nikolaev) vorzuverlegen.¹²⁴ Anfang November 1941 befand sich die Einsatzgruppe in Simferopol' auf der Krim und rückte erst im Juli 1942 nach Taganrog, im August dann nach Woroschilowsk (Vorošilovsk) (Stavropol') im Nordkaukasusgebiet.¹²⁵ Im Februar 1943 zog sie sich nach der Katastrophe von Stalingrad aus dem Kaukasusgebiet zurück. Der Standort Simferopol' aber konnte nicht lange gehalten werden, die Einsatzgruppe verlegte nach Owrutsch (Ovruč) am Pripjet, wo die Einheiten der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Partisanen eingesetzt wur-

¹¹⁸ EM Nr. 166 (9.2.42).

¹¹⁹ EM Nr. 191 (10.4.42); vgl. Anm. 105.

¹²⁰ Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 20 (11.9.42), 40 (5.2.43) (IfZ, MA-284, MA-440).

¹²¹ Tätigkeits- und Lageberichte der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD in der UdSSR Nr. 1 (31.7.41) (Nbg. Dok. NO-2651).

Die Auseinandersetzung ausführlich bei Krausnick, Einsatzgruppen, S. 196-201.

¹²³ AOK 11, Abt. 1c/AO an EGr D vom 22.7.1941 (Nbg. Dok. NOKW-3435).

¹²⁴ Krausnick, Einsatzgruppen, S. 200.

¹²⁵ Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 40 (5.2.43), 54 (15.5.43) (IfZ, MA-440).

¹²⁶ EM Nr. 129 (5.11.41); Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 14 (31.7.42) (IfZ, MA-440).

den.¹²⁶ Ihrer ursprünglichen Aufgabe konnte sie nicht mehr nachgehen, sie sei, so berichtete Ohlendorf dem Nürnberger Militärtribunal, nur noch eine kämpfende Truppe gewesen.¹²⁷

Das Sonderkommando 10a wurde im Juli vom AOK nach Belzy (Bel'cy) entsandt, es rückte über Jampol' Ende des Monats nach Beresowka (Berezovka) und war im Gebiet zwischen Bug und Dnestr eingesetzt. Im September wurde es dem vorstoßenden XXXX. Armeekorps nachgezogen und stand in Taganrog mit Außenposten in Mariupol', Melitopol' u.a. Städten nördlich des Asowschen Meeres. Mit der Offensive des Sommers 1942 verlegte es nach Krasnodar vor und entsandte Außenkommandos in das Kuban-Gebiet und die Hafenstädte am Schwarzen Meer, u.a. nach Novorossijsk. Im Februar 1943 begann es den Rückzug nach dem Westen. 128 Sonderkommando 10b rückte am 6./7. Juli in Czernowitz (Cernauti), der Hauptstadt der Bukowina, ein, wurde nach einem Einsatz bei Chotin zur Einsatzgruppe nach Czernowitz zurückbefohlen und stand Ende Juli in Tighina (Bendery), Anfang August in Mogilew (Mogiley) Podolski. In der zweiten Septemberhälfte war es am unteren Dnepr eingesetzt und verlegte Anfang November auf die Krim, wo Feodosija Standort wurde, mit Außenposten in Kertsch (Kerč'), Alusta und Sudak. Die sowietischen Landungen bei Kertsch und Sudak zwangen zum Rückzug von Feodosija Ende Dezember, doch schon in der zweiten Januarhälfte wurde die Stadt wieder Standort des Sonderkommandos. Während der Okkupation des Nordkaukasusgebietes stand das Sonderkommando in Prochladnyi und Naltschik (Nal'čik), Außenstellen bestanden u.a. in Mosdok (Mozdok) u.a. Orten bis zum Rückzug im Februar 1943.¹²⁹

Von den beiden Einsatzkommandos der Einsatzgruppe D ist das Einsatzkommando 11 bereits im Verlaufe des Juli aufgegliedert worden, die zwei Detachements erscheinen dann als Sonderkommandos, d.h. waren für den Einsatz im rückwärtigen Armeegebiet bestimmt. Schon Mitte des Monats stand das nunmehrige Sonderkommando 11a bei Kischinew, übernahm dann mit anderen Einheiten der Einsatzgruppen die Absperrung an der deutsch-rumänischen Demarkationslinie entlang des Dnestr und wurde schließlich zum LIV. Armeekorps beordert. Mitte August erreichte es Nikolajew und am 20. dieses Monats Cherson, wo es im September und Oktober eingesetzt war. Nach der Erstürmung des Isthmus von Perekop wurde im November Jalta, Mitte Dezember Bachtschisarai (Bachčisaraj) auf der Krim Standort, doch wurde das Sonderkommando im April 1942 nach Kokkosy bei Jalta verlegt, um die Bekämpfung der sehr aktiven Partisanengruppen im Jailagebirge zu verstärken. Ein Teil der Kommandos wurde nach dem Fall Sevastopols in diesen wichtigen Schwarzmeerhafen verlegt, er scheint in die Dienststelle des KdS für den Generalbezirk Taurien eingegliedert worden zu sein. Der Rest bildete mit dem Sonderkommando 11b wieder

¹²⁷ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. 4, S. 373.

EM Nr. 25 (17.7.41), 129 (5.11.41), 132 (12.11.41), 136 (21.11.41); Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 14 (31.7.42); Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 18 (28.8.42) (IfZ, MA-440).

¹²⁹ EM Nr. 22 (14.7.41); Krausnick, Einsatzgruppen, S. 197; EM Nr. 39 (31.7.41), 45 (7.8.41), 126 (29.10.41), 132 (12.11.41), 139 (28.11.41), 141 (3.12.41), 152 (7.11.41), 157 (19.1.42), 165 (6.2.42); Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 26 (23.10.42), 40 (5.2.43) (IEZ MA-440).

¹³⁰ Krausnick, Einsatzgruppen, S. 196.

das Einsatzkommando 11.¹³¹ Der KdS Taurien mit Standort Simferopol' war die einzige stationäre Dienststelle der Einsatzgruppe D – der Grund für diese Sonderstellung der Krim dürfte darin zu suchen sein, daß der Halbinsel in den Nachkriegsplänen Berlins besondere Bedeutung zukam.

Das Sonderkommando 11b wurde nach Südbessarabien entsandt und stand in Izmail und Akkerman (Cetatea Albă, Belgorod Dnestrovskij), es rückte dann in das Gebiet des hartnāckig verteidigten Odessa, in das es nach der Eroberung am 16. Oktober einzog. In der ersten Novemberhālfte verlegte es auf die Krim, wo ab Mitte Dezember Simferopol' als Standort gemeldet ist. Nach der erneuten Bildung des Einsatzkommandos 11 rückte dieses bis ins Nordkaukasusgebiet vor und hatte seinen Sitz in Majkop mit einer Reihe von Außenposten. Wie auch die anderen Einheiten der Einsatzgruppe mußte es Anfang 1943 den Rückzug antreten und wurde mit ihnen zusammen schließlich im Gebiet der Pripjet- (Pripjat'-)Sümpfe zur Partisanenbekämpfung eingesetzt. 132

Das Einsatzkommando 12 schließlich rückte nach Iaşi (Jassy) und beteiligte sich in diesem Raum an der Sperrung der Dnestrlinie, sicherte Mitte August die Brücken bei Wosnessensk (Vosnessensk) und wurde danach zur Betreuung der Volksdeutschen in Bessarabien eingesetzt, als das Gebiet an Rumānien kam. Erst nach Eintreffen des Kommandos der "Volksdeutschen Mittelstelle" (VoMi) wurde es für den Einsatz bei Nikolajew frei und war im Dneprbogen bei Zaporoshje eingesetzt. Ende Oktober stand das Einsatzkommando im Raume Melitopol' und Stalino (Doneck). Im Juli 1942 verlegte es nach Nowotscherkassk (Novočerkassk) vor und stand Ende August im Nordkaukasusgebiet um Pjatigorsk. Von dort trat es Anfang 1943 den Rückzug an, der es mit den anderen Kommandos der Einsatzgruppe in das Pripjet-Gebiet führte. 133

Diese Nennung der Standorte und der Bewegungen der Einsatzgruppen markiert nur annähernd die Räume, in denen diese Einheiten ihr unmenschliches Werk verrichteten. Sie griffen dabei durch Außenposten und Teilkommandos weit über den Bereich des jeweiligen Standortes hinaus, die "Ereignismeldungen UdSSR" geben von diesen Aktivitäten und ihrem Umfang ein ungefähres, wiewohl nicht lückenloses Bild. 134

Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung war jedoch nur eine der Aufgaben, mit denen die Einsatzgruppen und die BdS-Dienststellen betraut waren, und angesichts der Größe des Raumes und der relativ geringen Personalausstattung war daher die Heranziehung indigener Hilfskräfte notwendig. Hierfür boten sich besonders die verschiedenen nichtrussischen nationalistischen Gruppen an, in deren Vorstellungen sich

¹³¹ EM Nr. 107 (8.10.41), 126 (29.10.41), 129 (5.11.41), 132 (12.11.41), 135 (19.11.41), 146 (15.12.41), 152 (7.1.42), 173 (23.2.42); Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 9 (26.6.42) (Nbg. Dok. NO-5156); Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 13 (24.7.42), 18 (28.8.42) (IfZ, MA-447, MA-440).

¹³² Krausnick, Einsatzgruppen, S. 199; EM Nr. 89 (20.9.41), 126 (29.10.41), 136 (26.11.41), 178 (9.3.42); Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 54 (15.5.43) (IfZ, MA-440).

EM Nr. 67 (29.8.41), 89 (20.9.41), 107 (8.10.41), 126 (29.10.41), 129 (5.11.41), 135 (19.11.41), 138 (26.11.41),
 141 (3.12.41), 162 (30.1.42), 171 (20.2.42), Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 4 (22.5.42), 6 (5.6.42) (IfZ, MA-439); Anlage zu den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 18 (28.8.42), 40 (5.2.43) (IfZ, MA-440).

¹³⁴ Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 333-347 ("Die 'Ereignismeldungen UdSSR' als historische Quelle").

zumeist Antikommunismus und Antisemitismus vereinten. Neben der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die sich freilich in zwei rivalisierende Gruppen um Bandera und Mel'nyk gespalten hatte¹³⁵, waren dies vor allem die baltischen Nationalisten. Die Instrumentalisierung dieser nationalistischen Bewegungen ist daher in Berlin auch bald erwogen worden, man war allerdings nicht bereit, auf ihre Forderungen nach Selbstbestimmung einzugehen: Das Baltikum war zum "germanischen" Siedlungsraum ausersehen¹³⁶, die Ukrainer aber gehörten als slawisches Volk zu den "rassisch Minderwertigen".¹³⁷

Himmler hatte in seinem Einsatzbefehl Nr. 1 daher besondere Anweisungen für das Verhalten gegenüber diesen Gruppen gegeben: "Den Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer und antijüdischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten ist kein Hindernis zu bereiten. Sie sind im Gegenteil, allerdings spurenlos, auszulösen, zu intensivieren, wenn erforderlich, und in die richtigen Bahnen zu lenken, ohne daß sich diese örtlichen "Selbstschutzkreise" später auf Anordnungen oder auf gegebene politische Zusicherungen berufen können … Die Bildung ständiger Selbstschutzverbände mit zentraler Führung ist zunächst zu vermeiden; an ihrer Stelle sind zweckmäßig örtliche Volkspogrome, wie oben dargelegt, auszulösen."138

"Spontane" Pogrome ließen sich, wie Himmler konstatierte, glaubwürdig nur unmittelbar nach der Eroberung der Orte inszenieren, sie sind vor allem im Einsatzbereich der Einsatzgruppe A und C zu verzeichnen. In Litauen kam es vor allem in Kaunas zur Ermordung jüdischer Einwohner durch litauische Nationalisten, Einsatzkommando 1b berichtete am 30. Juni "in Kowno ... nachts schwere Schießereien zwischen litauischen Freischärlern, Juden und Irregulären", und fügt hinzu: "Litauische Partisanen-Gruppen in den letzten Tagen mehrere Tausend Juden bereits [!] erschossen."139 Tags darauf meldete Einsatzkommando 7a aus Wilna mit wörtlichem Bezug auf Himmlers Befehl: "Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer und antijüdischer Kreise werden intensiviert."140

Im "Gesamtbericht" Stahleckers über die Tätigkeit seiner Einsatzgruppe A bis zum 31. Januar 1942 erschien dann die "Spontaneität" in ihrem wahren Licht: "Bei den allerdings unter wesentlicher Mithilfe von Sipo und SD durchgeführten Progromen [!] von Litauen wurden in Kauen (Kaunas) 3800, in den kleineren Städten 1200 Juden beseitigt."¹⁴¹ Dies zeigt zugleich, daß dieser Vernichtungsmethode Grenzen gesetzt waren, selbst in Litauen, dessen Nationalisten stark antisemitisch eingestellt waren, vor allem die in der Organisation "Geležinis Vilkas" (Eiserner Wolf) zusammengeschlosse-

OUN = Organizacija Ukraïns'kych nacionalistiv (Organisation ukrainischer Nationalisten). Siehe John A. Armstrong, Ukrainian Nationalism, 1939-1945, New York 1955, S. 23 ff., 73 ff.; Roman Ilnytzky (Ilnyc'kyj), Die Ukraine und das Reich. Tatsachen europäischer Ostpolitik. Ein Vorbericht. Bd. 1-2, München 1955, besonders Bd. 2, S. 165 ff.; Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Russland 1941-1944. Eine Studie in Besatzungspolitik, Düsseldorf (1958), S. 117 ff. Vgl. EM Nr. 15 (7.7.41).

¹³⁶ Myllyniemi, Neuordnung, S. 145 ff., bes. S. 159-175.

¹³⁷ Dallin, Deutsche Herrschaft, S. 441 ff.

¹³⁸ Zitiert nach Krausnick, Einsatzgruppen, S. 166 f.

EM Nr. 8 (30.6.41). – Die Morde wurden von einer, ca. 300 Mann starken, litauischen Partisanengruppe unter Führung des einheimischen Journalisten Klimaitis begangen (Myllyniemi, Neuordnung, S. 77, Anm. 30). – Myllyniemis (Neuordnung, S. 77) Angabe, die Zahl der Pogromopfer habe "fast 7000" betragen, läßt sich in den Quellen nicht verifizieren.

¹⁴⁰ EM Nr. 9 (1.7.41).

¹⁴¹ Gesamtbericht der EGr A vom 16.10.1941-31.1.1942 (IfZ, Fb 101/35, S. 60).

nen Anhänger Augustin Voldemaras'. 142 In Lettland hatten die Einsatzgruppen-Bemühungen weniger Erfolg. Zwar berichtete der KdS Lettland, Lange, in seinem Bericht vom Januar 1942: "Dazu [zu den Opfern des Einsatzkommandos 2] kommen noch einige tausend Juden, die von den Selbstschutzformationen aus eigenem Antrieb beseitigt worden sind, nachdem ihnen entsprechende Anregungen gegeben worden sind"143, aber in den Ereignismeldungen findet sich dazu nur die Meldung unter dem 16. Juli 1941 des Einsatzkommandos 2: "Umgekommen sind in Riga durch Pogrome 400 Juden."144 In Estland gar scheiterten die Bemühungen, Pogrome zu entfesseln, gänzlich. Das Sonderkommando 1a meldete unter dem 12. Oktober 1941 resignierend: "Spontane Kundgebungen gegen das Judentum unterblieben, da es weitgehend an der Aufklärung der Bevölkerung fehlte."145

Auch die anderen Einsatzgruppen konnten keine großen Pogrom-Erfolge vermelden. Einsatzgruppe B berichtete zwar aus Grodno "Pogrome eingeleitet", doch konnten keine Opfer gemeldet werden, sondern nur Sachschäden: "Starke Zerstörung. Kaussäden geplündert und demoliert" – ein Fehlschlag also. 146 Nur in Minsk hatten die Bemühungen Erfolg: Als eine Reihe von Holzhäusern der von Flüchtlingen überfüllten Stadt einem Brand zum Opfer sielen, wurden die jüdischen Einwohner, die aus diesen Gebäuden vertrieben worden waren, der Brandstiftung verdächtigt. "Die Bevölkerung ist nunmehr in Pogromstimmung. Ihre Wut hat gegen die Juden gewisse Aktionen ausgelöst. Es sind für diese Tat eine Anzahl Juden liquidiert worden" – wobei die Formulierung die Möglichkeit offen läßt, daß die "Liquidierung" auch von der Einsatzgruppe vorgenommen wurde. 147 Ansang August meldete die Einsatzgruppe dann: "Pogrome zu inszenieren ist jedoch bisher wegen der Passivität und der politischen Stumpsheit der Weißrussen nahezu unmöglich gewesen. "148

Im Einsatzgebiet der Einsatzgruppe kam es unmittelbar nach der Einnahme Lembergs zu Pogromen, denen etwa 1000 Juden zum Opfer fielen. Es handelte sich dabei angeblich um eine Vergeltung für die Opfer des von der Bandera-OUN inszenierten Aufstandes, der von sowjetischen Sicherheitskräften niedergeschlagen wurde, und die Pogromisten (russ. pogromščiki) gehörten Banderas OUN an. Bei dieser militant antisemitischen Gruppe bedurfte es allerdings keiner Inspiration seitens der Einsatzgruppen. 149 Eine Erfolgsmeldung konnte sie hingegen aus Tarnopol geben: "Im Zuge der vom Einsatzkommando 4b inspirierten Judenverfolgung, Liquidierung von 600 Juden 150, und einige Tage später: "In Sambor wurden 50 Juden von der empörten Volksmenge erschlagen. 151 Aus "Krzemieniec" (Krzemiewice?) wurde am 20. Juli berichtet: Es "sind etwa 100 bis 150 Ukrainer von den Russen ermordet worden. Die

¹⁴² Myllyniemi, Neuordnung, S. 29 f.; Rauch, Geschichte der baltischen Staaten, S. 155 f. – Zu den Ursachen s. Mendelsohn, Jews of East Central Europe, S. 227, 238 f.; Dov Levin, The Jews in Soviet Lithuanian establishment, 1940-41, in: Soviet Jewish Affairs 10 (1980), S. 24.

¹⁴³ Bericht des KdS Lettland (Fragment) (IfZ, Fb 101/29).

¹⁴⁴ EM Nr. 24 (16.7.41).

¹⁴⁵ EM Nr. 111 (12.10.41).

¹⁴⁶ EM Nr. 13 (5.7.41).

¹⁴⁷ EM Nr. 20 (12.7.41). - Das Fehlen einer Zahl der Opfer macht allerdings wahrscheinlich, daß es sich um echte Pogromopfer handelt.

¹⁴⁸ EM Nr. 43 (5.8.41).

Ausführlicher Bericht in EM Nr. 24 (16.7.41), Bl. 9-11. Vgl. dazu Dallin, Deutsche Herrschaft, S. 129.

¹⁵⁰ EM Nr. 19 (11.7.41), Meldung von EK 4b.

¹⁵¹ EM Nr. 24 (16.7.41).

Ukrainer haben im Wege der Selbsthilfe als Vergeltung 130 Juden mit Knüppeln totgeschlagen. "152 Auch aus Chorostow (Chorostov) konnten Pogrommorde, die durch "Liquidierungen" jüdischer Einwohner durch das Einsatzkommando ausgelöst wurden, gemeldet werden. 153 Trotzdem erfüllten sich die Hoffnungen der Einsatzgruppe nicht: "Die seinerzeit unternommenen Versuche", hieß es am 4. August, "Judenpogrome in vorsichtiger Weise zu inspirieren, haben leider nicht den erhofften Erfolg gezeitigt. Lediglich in Tarnopol und Chorostkow [Chorostov] ist es gelungen, auf diese Weise 600 bzw. 110 Juden zur Erledigung zu bringen. "154 Das Alibi des Pogroms blieb den Einsatzgruppen versagt – die "Lösung der Judenfrage" mußten Einsatzgruppen und die den BdS unterstehenden Einheiten selbst in Angriff nehmen, wenngleich sie sich dabei einheimischer Hilfskräfte bedienen konnten.

Genaue Zahlenangaben über die Stärke jener indigenen Kräfte, die die Einsatzgruppen unterstützten, lassen sich nicht ermitteln. Zwar ist bekannt, daß die Stärke der krimtatarischen Verbände, die auf deutscher Seite kämpften, etwa 10 000 Mann betrug, die acht "Schutzmannschaftsbataillone" (Nr. 147-154) bildeten. Ihre Anwerbung (und Überprüfung) war durch die Vereinbarung zwischen AOK der 11. Armee und Ohlendorf als Einsatzgruppenleiter von 2. Januar 1942 der Einsatzgruppe vorbehalten¹⁵⁵, auch haben diese Einheiten die Einsatzgruppe unterstützt, doch ist nicht feststellbar, in welchem Umfang die krimtatarischen Verbände an der "Liquidierung" der jüdischen Bevölkerung beteiligt waren¹⁵⁶ – vorrangig waren sie zur Bekämpfung der sehr aktiven sowjetischen Partisanen im Jaila-Gebirge eingesetzt. Mit größter Wahrscheinlichkeit haben dem KdS Taurien noch andere krimtatarische Hilfskräfte zur Verfügung gestanden: Die notorische Personalknappheit der deutschen Stellen zwang zum Rekurs auf einheimische Helfer. Freilich ist weder deren Zahl noch jene ihrer möglichen jüdischen Opfer zu ermitteln.

Diese Schwierigkeiten ergeben sich auch für die anderen Operationsgebiete der Einsatzgruppen. Nur für Litauen sind einige annähernde Zahlen vorhanden: Bis Anfang Dezember 1941 wurden 22 000 jüdische Einwohner von den einheimischen "Partisanen" aus eigener Initiative ermordet; hinzu kam eine nicht präzisierbare, aber relativ große Zahl von Opfern, die litauische Kollaborateure im Rahmen von Aktionen des Einsatzkommandos, zu denen sie herangezogen wurden, getötet haben.

Weitere litauische Hilfskräfte konnten für die Polizeieinheiten gewonnen werden. Ihre Zahl ist ebenfalls nicht fixierbar, doch waren sie in den dem KdS Litauen unterstehenden Verbänden stark vertreten: Für das in Kaunas stehende Polizeibataillon 11 beziffert Wilhelm den litauischen Anteil auf "mindestens" die Hälfte. Auch ihre Opfer

¹⁵² EM Nr. 28 (20.7.41).

¹⁵³ EM Nr. 38 (30.7.41).

¹⁵⁴ EM Nr. 47 (9.8.41).

¹⁵⁵ Zu den "Tatarenformationen auf der Krim" siehe Joachim Hoffmann, Die Ostlegionen 1941-1943. Turkotataren, Kaukasier und Wolgafinnen im deutschen Heer, Freiburg 1976, S. 39-50.

Das Zentrale Sowjetische Fernsehen berichtete in der Sendung vom 23.7.1987 (19.10 Uhr) zum Problem der Krimtataren und ihrer Forderung nach Rücksiedelung nur pauschal: "Im Verlauf der Strafoperationen wurden unter Teilnahme von Nationalisten aus den Krim-Tataren 86 000 friedliche Bewohner der Krim vernichtet ... Vernichtet wurden vor allem Russen, Ukrainer, Juden, Griechen und Zigeuner. In der Sowchose "Krasnyj" wurden von Verbrechern aus dem 147. und 152. Bataillon der Krim-Tataren Öfen errichtet, in denen rund um die Uhr Menschen bei lebendigem Leibe verbrannt wurden." (Zitiert nach: Ost-Informationen vom 24.7.1987). – Das Schutzmannschaftsbataillon 147 hatte den Standort Simferopol', 152 Džanskoj (Hoffmann, Ostlegionen, S. 47).

lassen sich nicht zahlenmäßig erfassen: Sie wurden allenfalls für die Einheit ausgewiesen, im allgemeinen jedoch nur für die einzelnen Mordaktionen pauschal genannt. 157 Auch hat der KdS Litauen in der Folgezeit, dem Beispiel anderer Einsatzgruppen-Einheiten folgend, die Zahl der Opfer nicht mehr für Einsatzkommandos und indigene Hilfseinheiten gesondert ausgewiesen, so daß allenfalls vage Schätzungen möglich sind: Wilhelm beziffert den Anteil der Litauer an den Ermordungen jüdischer Einwohner im Einsatzbereich des Einsatzkommandos 3 auf "mindestens ein Drittel. vielleicht aber auch die Hälfte oder zwei Drittel"158 - eine Angabe, die für sich selbst spricht. Noch größer sind die Unsicherheiten hinsichtlich der anderen Teile des Besatzungsgebietes. In Lettland ist zwar die grauenvolle Tätigkeit des Kommandos Viktor Arajs bekannt¹⁵⁹, doch nicht die Zahl seiner Opfer, ebensowenig wie jene der lettischen Hilfspolizei, die vom Einsatzkommando aufgebaut wurde und die dem KdS Lettland unterstand. 160 Sie hat im ländlichen Gebiet sehr selbständig, wenn auch in der Verantwortung des KdS, agiert. In Estland scheint das Sonderkommando 1a seine Aktionen ohne Unterstützung von Einheimischen durchgeführt zu haben; diese war hier angesichts der geringen Zahl von Juden auch kaum erforderlich, sieht man vom Problem der Informationsbeschaffung rsp. Denunziation jüdischer Mitbürger ab. Erst spåter traten estnische Hilfskräfte bei der Bewachung der Konzentrationslager in Erscheinung. 161

Im Falle der baltischen Völker und der Krimtataren beruhte die Unterstützung der deutschen Besatzungsmacht – und damit auch der Einsatzgruppen – auf der Hoffnung nationaler und nationalistischer Kreise, mit deutscher Hilfe das Selbstbestimmungsrecht zurückzugewinnen – zumindest in Form einer Autonomie. Diese Hoffnung, die deutscherseits in den ersten Kriegswochen noch geschickt, aber bewußt unverbindlich genährt wurde, trog: Eine nationale Selbstbestimmung im Baltikum und auf der Krim entsprach nicht den nationalsozialistischen Plänen. Mit zunehmender Kenntnis der deutschen Ziele reduzierte sich daher die Zahl der zur Zusammenarbeit Bereiten auf eine kleine Gruppe militanter Antikommunisten und Antisemiten wie die lettischen Aizargi. Der slawischen Bevölkerung blieben, sieht man von den mit verschiedenen deutschen Stellen zusammenarbeitenden Emigranten ab, der-

¹⁵⁷ Die eingesetzten Einheiten bei Georg Tessin, Die Stäbe und Truppeneinheiten der Ordnungspolizei, in: Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936-1945, Koblenz 1957, S. 218 ff.

¹⁵⁸ Wilhelm, Einsatzgruppe A, Š. 596.

Vgl. dazu die Berichte der Libauer und Skedener Untersuchungskommissionen von 1945 (IfZ, Fb 101/28); Kaufmann, Churbn Lettland, München 1947, S. 301-304 und passim; Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. 32, S. 435 f.

¹⁶⁰ Krausnick/Wilhelm, Truppe des Weltanschauungskrieges, S. 664, gibt die Leiter der EK und SK der EGr A.

Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 597. Die Frage der Kollaboration ist in der Literatur vielfach erörtert, so bei Armstrong, Dallin, Ilnytzkyj, Hoffmann, Myllyniemi u.a. Grundsätzlich dazu Werner Brockdorff, Kollaboration oder Widerstand. Die Zusammenarbeit mit den Deutschen während des Zweiten Weltkrieges und deren schreckliche Folgen, München 1968.

¹⁶² Umfassend zum Verhältnis von nationalen Gruppen und deutscher Besatzungspolitik Dallin (Deutsche Herrschaft), für das Baltikum Myllyniemi (Neuordnung), ferner Martin Broszat, Die nationale Widerstandsbewegung in Litauen im Zweiten Weltkrieg, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. Bd. 1, München 1958, S. 102-183. Zu Krimtataren, Kaukasiern und Wolgafinnen Hoffmann (Ostlegionen). Der Sammelband "Ukraine during World War II. History and its aftermath. A symposium" (hrsg. v. Yury Boshyk with the assistance of Roman Waschuk and Anriy Wynnyckyj, Edmonton 1986) bringt kein neues Material, insbesondere enttäuscht der Beitrag von Taras Hunczak "Ukrainian-Jewish relations during the Soviet and Nazi occupation" (S. 39-57), der hinter dem Forschungsstand weit zurückbleibt.

artige Illusionen erspart. In Weißrußland existierte eine Eigenstaatlichkeit intendierende Nationalbewegung als politische Kraft überhaupt nicht; was sich aus der kurzlebigen, im Kampf zwischen Ukrainern und Bol'ševiki zerriebenen Republik der Zeit 1918/19 in die Emigration hatte retten können, war zahlenmäßig äußerst gering und ohne Einfluß und Anhang im Lande selbst. 163 Hingegen fand sich ein Nationalbewußtsein unter den Ukrainern, wo es sich mit Antikommunismus und teilweise mit Antisemitismus verband. Doch die Vorgänge um den Lemberger Staatsstreich vom 30. Juni 1941 mit der Proklamation eines "Ukrainischen Staates" durch den OUN-Flügel um Stepan Bandera (OUN-B)164 waren ein frühes Warnzeichen, die wenige Wochen darauf einsetzende Bekämpfung der OUN-B durch Einsatzgruppen und KdS und, wenn auch etwas später, auch des Mel'nyk-Flügels der ukrainischen Nationalisten (OUN-M) führten zu einem eskalierenden Konflikt der ukrainischen Nationalbewegung mit der deutschen Besatzungsmacht¹⁶⁵, die sich so eines massenwirksamen Mobilisierungsinstrumentes beraubte. Die Praxis der nationalsozialistischen Herrschaftsausübung im Zeichen der NS-Rassen, lehre", verbunden mit der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes und seiner Arbeitskräfte, haben ein übriges getan.

So ist eine ukrainische Unterstützung vorwiegend auf die Frühphase der Besatzungszeit beschränkt geblieben, in der die Einsatzgruppen antikommunistische und antisemitische Kräfte für sich nutzen konnten. Geblieben sind im weißrussischen und ukrainischen Raum die, zumeist schon früh, für die Dienste der Einsatzgruppen/KdS gewonnenen Helfer, die als V-Leute und Agenten, als Hilfspolizei oder als Selbstschutz die Arbeit der Einsatzgruppen unterstützten. Über ihre Zahl liegen ebenfalls keine Angaben vor, doch läßt sich mit Sicherheit sagen, daß sie beträchtlich war: Das – wenn auch nicht reibungslose – Funktionieren der deutschen Verwaltung war ohne eine große Zahl indigener Hilfskräfte nicht möglich. 1666

Der Nachweis der Kollaboration sowjetischer Bürger – auch großrussischer, ukrainischer und weißrussischer Nationalität (narodnost') ist durch die sowjetischen Untersuchungskommissionen für die NS-Verbrechen in der UdSSR und in den verschiedenen relevanten Kriegsverbrecherprozessen in der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland erbracht worden 167, allein im Prozeß um Krasnodar vom 14.-17. Juli 1943, als nur erste Kenntnisse vorlagen und man mit der Aufklärung des Gesamtkomplexes erst am Anfang stand, das ganze Ausmaß noch nicht kannte, wurden elf sowjetische Bürger wegen Beteiligung an den Verbrechen des Sonderkommandos 10a

¹⁶³ Dallin, Deutsche Herrschaft, S. 211-237.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 129ff.; ausführlich zur Problematik: Ilnytzkyj, Deutschland und die Ukraine; Armstrong, Ukrainian Nationalism; Aus nationalukrainischer Sicht auch: Družyny ukrains'kych nacionalistiv v 1941-1942 rokach, (o.O.) 1953.

¹⁶⁵ Armstrong, Ukrainian Nationalism, S. 72-137; Dallin, Deutsche Herrschaft, S. 133-178; Ilnytzkyj, Deutschland und die Ukraine, Bd. 2, S. 249 ff.

Die Problematik wird sichtbar, wenn, einer Meldung der "Deutschen Bug-Zeitung" vom 2.12.1942 zufolge, das deutsche Personal des Generalbezirks Nikolaev (Reichskommissariat Ukraine), der 1,92 Millionen Einwohner zählte, ganze 500 Mann betrug (nach Armstrong, Ukrainian Nationalism, S. 212).

Das einschlägige Material ist in der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg gesammelt (dort auch einige Übersetzungen sowjetischer Materialien), teilweise findet es sich auch im Institut für Zeitgeschichte, München. – Zum Problem siehe Alfred Streim, Zum Beispiel: Die Verbrechen der Einsatzgruppen in der Sowjetunion, in: Rückerl, NS-Prozesse, S. 65-106.

angeklagt und verurteilt. 168 Insgesamt wird man davon auszugehen haben, daß nicht nur der Kommandoführung, sondern auch den verschiedenen Trupps und Außenstellen einheimische Helfer in verschiedenen Funktionen zur Hand gingen. Dies darf jedoch keinesfalls als eine Entlastung oder Minderung der Verantwortung der Einsatzgruppen und BdS samt der ihnen unterstehenden, überwiegend sich aus Deutschen rekrutierenden Einheiten betrachtet werden.

Festzuhalten ist: Die Verantwortung – die rechtliche wie die moralische – für die Ermordung der jüdischen Bürger der Sowjetunion liegt ausschließlich auf deutscher Seite.

Welches antisemitische Potential in den eroberten Gebieten der Sowjetunion auch immer vorhanden war: Es wurde allein durch die deutsche Besetzung aktiviert, und da sich Wehrmacht und Zivilverwaltung als "Ordnungsmacht" gerierten, war es an ihnen, Verbrechen aller Art, und damit auch die Ermordung jüdischer Bürger, zu unterbinden. Stattdessen sind die indigenen Antisemiten deutscherseits zu Verbrechen ermuntert worden. Die Hilfskräfte der Einsatzgruppen und BdS waren lediglich Elemente deutscher Besatzungspolitik, deren Ziele eines die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung war. Sie haben stets im Auftrag der deutschen Stellen gehandelt, und wenn sie, wie das Arajs-Kommando, ohne besonderen Einsatzbefehl mordeten, so durften sie sicher sein, den Intentionen ihrer Herren gemäß zu handeln, nicht als Verbrecher zur Rechenschaft gezogen, sondern als Vollstrecker nationalsozialistischer Rassenpolitik sich verdient gemacht zu haben.

Dies gilt auch für die Gruppe der Volksdeutschen in der Sowjetunion. Sie war der Aufmerksamkeit der Einsatzgruppen, aber auch anderer deutscher Stellen in besonderem Maße ausgesetzt. Einerseits galt ihr die Fürsorge jener Berliner Stellen, die sich die "Sammlung des deutschen Volkstums" zur Aufgabe gesetzt hatten, insbesondere das SS-Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi) unter SS-Obergruppenführer Werner Lorenz, das Himmler als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums (RKFDV) unterstand. 169 Schon die Einsatzgruppen hatten Auftrag, sich der Volksdeutschen besonders anzunehmen, in den Meldungen nehmen sie einen eigenen Platz ein. 170 Aber auch andere deutsche Stellen, auch die Wehrmacht, suchten sich den Dienst dieser sprach- und landeskundigen Personen zu sichern. 171

Prozeß in der Strafsache gegen die faschistischen deutschen Okkupanten und ihre Helfershelfer wegen ihrer Bestialitäten im Gebiet der Stadt Krasnodar und des Krasnodarer Gaus während der zeitweiligen Besetzung dieses Gebietes. Verhandelt am 14.-17. Juli 1943, Moskau 1943 (Sudebnyi process po delu o zverstvach nemecko-fašistskich zachvatnikov i ich posobnikov na territorii gor. Krasnodara i Krasnodarskogo kraja v period ich vremennoj okkupacii, dt.). – Vgl. Emanuel Brand, Nazi criminals on trial in the Soviet Union (1941-1945), in: Yad Vashem Bulletin 19 (1966), S. 36-44; Fall 9. Das Urteil im SS-Einsatzgruppenprozeß gefällt am 10. April 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof II der Vereinigten Staaten von Amerika. Hrsg. v. Kazimierz Leszczyński mit einer Einleitung von Dr. Siegmar Quilitzsch, Berlin (Ost) 1963.

Siehe dazu Robert L. Koehl, RKFDV: German resettlement and population policy, 1939-1945. A history of the Reich Commission for Strengthening of Germandom, Cambridge 1957, S. 90 ff.

EM Nr. 12 (4.7.41), 26 (18.7.41), 67 (29.8.41), 75 (6.9.41), 80 (11.9.41), 81 (12.9.41), 85 (16.9.41), 86 (17.9.41), 103 (4.10.41), 104 (5.10.41), 107 (8.10.41), 108 (9.10.41), 121 (22.10.41), 133 (14.11.41), 151 (5.1.42), 169 (16.2.42), 176 (4.3.42), 186 (27.3.42), 187 (30.3.42), 189 (3.4.42), 191 (10.4.42), 194 (21.4.42). EM Nr. 13 (5.7.41) und 24 (16.7.41) berichten über Erschießungen von Volksdeutschen, die der Sympathien mit Deutschland geziehen wurden, durch abrückende Sowjets.

¹⁷¹ Siehe etwa Nbg. Dok. NOKW-2115; Ingeborg Fleischhauer, Das Dritte Reich, S. 86-93.

Allerdings mußten die Einsatzgruppen feststellen, daß die Volksdeutschen die deutschen Eindringlinge keineswegs überall freudig als ihre "Befreier" begrüßten - Einsatzgruppe C meldete am 18. Juli aus Zwiahel, ihr Verhalten sei "freundlich, aber reserviert". 172 Besonders die östlich des Dnepr lebenden Ukrainedeutschen zeigten sich, wie das Streudeutschtum in Weißrußland, recht zurückhaltend, das städtische Deutschtum gar, so mußte man konstatieren, besaß weithin kein "volksdeutsches Bewußtsein" mehr, ja es war teilweise sogar "bolchewisiert".173 Gegen jene Volksdeutsche, die "aktiver kommunistischer Betätigung" verdächtigt oder beschuldigt wurden, ging man mit geradezu antihäretischer Strenge vor, "mit den schärfsten Maßnahmen", wie es hieß, um "das Vertrauen der volksdeutschen Bevölkerung" zu stärken¹⁷⁴: Sie wurden zumeist erschossen.¹⁷⁵ Positiv wurde hingegen durchwegs die Haltung der Volksdeutschen in Bessarabien, der rechtsufrigen Ukraine und im Schwarzmeergebiet beurteilt¹⁷⁶, doch dürfte im Fall der Bessarabiendeutschen zumindest der Schutz vor rumänischen Übergriffen durch die Einsatzgruppe D mitbestimmend gewesen sein. Auch die ökonomische und rechtliche Privilegierung der Volksdeutschen¹⁷⁷ gegenüber der sie umgebenden andersvölkischen Majorität und die so entstandene Isolierung legte eine Annaherung der Minderheit an "das Reich" nahe. Die Mehrheit der Volksdeutschen aber scheint in ihrer Akzeptanz der ihnen zugedachten Rolle durch die Morde an ihren jüdischen Mitbürgern zumindest irritiert worden zu sein¹⁷⁸, für sie dürfte gelten, daß sie sich den Anordnungen der deutschen Stellen fügte, wobei offen bleiben muß, ob Furcht und resignative, durch Einsicht in die aktuellen Machtverhältnisse bestimmte Hinnahme oder Einverständnis - in welchem Ausmaß und mit welchen individuellen Vorbehalten auch immer - mit den getroffenen Maßnahmen das Motiv bildeten.

Zu ihrer Unterstützung zogen die Einsatzgruppen auch in den deutschen Dörfern den "Selbstschutz" heran. Diese Verbände sollten, so ihre offizielle Bestimmung, den Schutz der Dörfer gegen Partisanen, Agenten und Saboteure übernehmen, doch ergab es sich bald, daß der Begriff "Schutz" recht weit und "präventiv" auszulegen war, soweit dies die Einsatzgruppen-Kommandos bestimmten. In der Anfangsphase des Selbstschutzes, nach der Übernahme des Gebietes durch die Einsatzgruppen aus den Händen der Wehrmacht, handelte es sich um verhältnismäßig schwache Gruppen.

¹⁷² EM Nr. 26 (18.7.41).

¹⁷³ EM Nr. 187 (30.3.42). EGr C berichtet mit Befremden, "wie wenig deutschbewußt und wie gemeinschaftsfremd diese Personen sind. Nur wenige von ihnen werden nach gründlicher Auslese und Schulung geeignet und würdig sein, als Reichsbürger anerkannt zu werden."

¹⁷⁴ EM Nr. 86 (17.9.41), 103 (4.10.41).

¹⁷⁵ EM Nr. 80 (11.9.41), 86 (17.9.41), 103 (4.10.41), 104 (5.10.41); Fleischhauer, Das Dritte Reich, S. 116, 133.

¹⁷⁶ EM Nr. 75 (6.9.41), 81 (12.9.41), 85 (16.9.41), 86 (17.9.41).

¹⁷⁷ Fleischhauer, Das Dritte Reich, S. 151-192, besonders S. 162 ff.

¹⁷⁸ Ebenda, S. 114. Meir Buchsweiler (Ethnic Germans in the Ukraine towards the Second World War. A case of double loyality? Tel Aviv 1980) geht zu weit, seine pauschale Verurteilung der Volksdeutschen beruht auf einer Verallgemeinerung, die zumindest problematisch erscheint: Fleischhauer (Das Dritte Reich, S. 111) führt ein Beispiel an, in dem sich ein Dorf für "seine" Juden verwendete – es ist zu fragen, ob diese oder ähnliche Solidarität nicht auch in anderen Fällen gezeigt wurde (die Generalverurteilung der Volksdeutschen in der Sowjetunion dürfte derartige Fragen obsolet gemacht haben). Es sei hier u.a. auf EM Nr. 104 (5.10.41) hingewiesen, in der darüber Klage geführt wird, "daß die Volksdeutschen nach dem Einmarsch der deutschen Truppen gegen die verbliebenen Juden keinerlei Maßnahmen ergriffen und sie als harmlose und ungefährliche Menschen bezeichneten", daß ihre Haltung den Juden gegenüber "vorwiegend indifferent" sei. Vgl. auch Anm. 173.

Ihre Angehörigen wurden den Einsatzgruppen-Kommandos von den Bürgermeistern empfohlen, die sich zuverlässige Männer aussuchten. Dies waren oftmals Angehörige von Opfern der "Großen Säuberungen" der Jahre 1934-1938 oder jener Personen, die von den sowietischen Behörden in den Aktionen zur Ostverlagerung von Produktionsmitteln - und das hieß im Agrarbereich von Vieh und Landmaschinen - als Transportpersonal zwangsweise evakuiert worden waren, also Manner, die als Gegner des Sowjetsystems oder des Stalinismus angesehen wurden. Daß sich aus diesem ressentimentbelasteten Personenkreis, der zudem von seiner intellektuellen Kapazität her der Argumentation der Einsatzgruppen-Leute kaum etwas entgegenzustellen hatte, willfährige Helfer gewinnen ließen, kann nicht verwundern: Die Einsatzgruppen griffen in den deutschen Dörfern auf jene Praxis zurück, die sich in den ukrainischen und baltischen Gebieten bereits bewährt hatte. Die Selbstschutzverbände wurden später, als die VoMi-Dienststellen die Einsatzgruppen im Reichskommissariat Ukraine bzw. Ostland ablösten¹⁷⁹, erheblich verstärkt, um der wachsenden Partisanenbewegung entgegenzuwirken, es kam zur systematischen Rekrutierung der männlichen Volksdeutschen. 180

Die Einsatzgruppen-Kommandos haben sehr rasch erkennen müssen, daß die Selbstschutz-Einheiten nicht nur eine militärische Unterweisung brauchten (es dürfte sich um taktische Belehrung gehandelt haben: die Handhabung der Waffen – gemeinhin waren die Verbände mit erbeuteten sowjetischen Handfeuerwaffen, überwiegend Gewehren, ausgerüstet – war ihren Angehörigen aus dem Militärdienst vertraut), sondern insbesondere eine intensive ideologische Schulung notwendig war¹⁸¹, um sie zu einem brauchbaren Element der NS-Besatzungspolitik zu machen, denn es war offensichtlich, "daß diese Deutschen für eine zukünftige Verwaltung der Ukraine ein unentbehrliches Element darstellen". ¹⁸²

Eine annähernde Vorstellung von der Relation zwischen Einsatzgruppen-Personal und einheimischen Hilfskräften können die Angaben vermitteln, die für den relativ gut dokumentierten Zuständigkeitsbereich der Einsatzgruppe A (der allerdings besonders "günstige" Voraussetzungen aufwies) vorliegen, und zwar im "Stahlecker-Bericht" über die Tätigkeit der Einsatzgruppe bis zum 15. Oktober 1941 und im "Gesamtbericht" für die Zeit bis zum 31. Januar 1942.183 Mitte Oktober 1941 bestand die Einsatzgruppe aus 990 (Ende Januar 1942 aus 909) Mann, darunter befanden sich ausgewiesen 87 einheimische Hilfspolizisten sowie eine ungenannte Zahl von Dolmetschern, Sekretärinnen u.a. einheimischen Hilfskräften. In Lettland stand dem Personal des KdS (Einsatzkommando 2) mit 170 Mann¹⁸⁴ eine lettische Hilfspolizei in Stärke von 8218 Mann zur Seite, der KdS Litauen verfügte zur gleichen Zeit über 833 litauische Hilfspolizisten, doch konnte ihre Stärke im folgenden Jahr auf 17 130 Mann erhöht werden. Für das gesamte Einsatzgebiet der Einsatzgruppe A – das riesige Reichskommissariat Ostland mit den Generalbezirken Litauen, Lettland, Estland und Weißrußland – standen im Herbst 1942 bei fast unverändertem Personalbestand der Ein-

¹⁷⁹ Koehl, German resettlement, S. 148 ff. und passim; Fleischhauer, Das Dritte Reich, S. 118 ff.

¹⁸⁰ Nach Fleischhauer (Das Dritte Reich, S. 110) handelte es sich dabei um die Jahrgänge 1914-1918.

¹⁸¹ EM Nr. 187 (30.3.42); Fleischhauer, Das Dritte Reich, S. 109.

¹⁸² EM Nr. 85 (16.9.41).

^{183 &}quot;Stahlecker-Bericht": Nbg. Dok. L-180; Gesamtbericht EGr A bis 31.1.42 (IfZ, Fb 101/35).

¹⁸⁴ Die bei Wilhelm (Einsatzgruppe A, S. 291 ff.) gegebene "Übersicht über die Stellenbesetzung des Einsatzkommandos 2" ist unvollständig.

satzgruppe 4500 Mann deutsche Ordnungspolizei und Schutzmannschaften in Stärke von 56000 Mann dem BdS zur Verfügung. 185 Diese Zahlen besagen allerdings wenig über den tatsächlichen Wert der Hilfspolizei bzw. Schutzmannschaften für die Einsatzgruppe. Aus Berichten über den Widerstand in Weißrußland ist bekannt, daß die Einsatzgruppe auf die Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit gerade der "Schutzmannschaft" nur bedingt bauen konnte und daß sie unter dem zunehmenden Druck der Partisanenbewegung immer fragwürdiger wurde. 186 Die Aktionen in Weißrußland sind denn auch z.T. von litauischer oder lettischer Hilfspolizei unterstützt worden. 187 Eine Übertragung dieser Daten (oder gar der Relation) auf die Einsatzräume der Einsatzgruppen B, C und D und das Reichskommissariat Ukraine verbietet sich, denn im Reichskommissariat Ostland dürfte es sich um Maximalwerte handeln, die auf spezifischen Verhältnissen in Litauen und Lettland beruhten.

Auch Heereseinheiten haben verschiedentlich bei der Ermordung jüdischer Sowjetbürger mitgewirkt. Dies geschah zum Teil in Form gemeinsamer "Aktionen" mit Einsatzgruppen-Kommandos, teilweise aber auch selbständig und aus eigener Initiative im rückwärtigen Gebiet. Über den Verlauf einer "Vergeltungsaktion" meldete Einsatzkommando 4a aus Luck: "Nachdem am 2.7. die Leichen von insgesamt 10 deutschen Wehrmachtangehörigen aufgefunden wurden, wurden zur Vergeltung für die Ermordung der deutschen Soldaten und Ukrainer¹⁸⁸ unter Hinzuziehung eines Zuges Ordnungspolizei und eines Zuges Infanterie 1160 Juden erschossen."189 Auch bei der Erschießung von 98 Einwohnern von Kodyma - "meist Juden" - fand das Einsatzgruppenkommando Hilfe: die Exekution fand unter Beteiligung der Wehrmacht statt, die ein Exekutionskommando in Stärke von 24 Mann stellte, während das Exekutionskommando der Sicherheitspolizei aus 12 Mann bestand."190 Es ist aber auch im Rahmen der Einsatzgruppen-Tätigkeit und der nationalsozialistischen "Rassenpolitik" zu unkoordinierten "Ausschreitungen" seitens der Wehrmachtangehörigen gekommen, etwa in Uman, wo sich noch 8000 jüdische Einwohner fanden. Einsatzgruppe C meldete: "Zur Bekämpfung ... wurde eine zweitägige Aktion festgesetzt. Entgegen der Planung kam es in Uman bereits am 21.8.1941 zu Ausschreitungen gegen die Juden durch Angehörige der ukrainischen Miliz unter Beteiligung zahlreicher Wehrmachtangehöriger ... " Daß wenig später berichtet wird, Wehrmachtangehörige, nicht aber die Ukrainer, hätten die jüdischen Wohnungen geplündert, legt den Schluß nahe, daß die "Ausschreitungen" in der Anwendung physischer Gewalt bestanden und Tote forderten. Wenn diese nicht genannt werden, so dürfte dies auch auf die Verärgerung des Einsatzgruppen-Kommandos zurückzuführen sein: Der Pogrom veranlaßte einen großen Teil der Umaner Juden zur Flucht, die Aktion des Einsatzkommandos 5 entsprach nicht dem, was man erwartet hatte. 191

¹⁸⁵ Ebenda, S. 287, 478.

¹⁸⁶ Siehe Wilatij Wilenchik, Die Partisanenbewegung in Weißrußland 1941-1944, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 34 (1984), S. 129-297, hier S. 175 ff.

¹⁸⁷ Siehe z.B. Nbg. Dok. 1104-PS, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. 27, S. 4–8. Geheimbericht des Gebietskommissars von Sluck an Generalkommissar Kube vom 30.10.1941.

¹⁸⁸ Bezieht sich auf zuvor genannte 2800 ukrainische Opfer der abziehenden Sowjets.

¹⁸⁹ EM Nr. 24 (16.7.41).

¹⁹⁰ Dazu Nbg. Dok. NOKW-586, NOKW-650; Krausnick, Einsatzgruppen, S. 239. – Der gesamte Vorgang in Kodyma ebenda, S. 238 ff.

¹⁹¹ EM Nr. 119 (20.10.41).

Besonders eng war durch die partiell gleiche Aufgabe die Zusammenarbeit zwischen Einsatzgruppen und Geheimer Feldpolizei sowie Sicherungsdivisionen. Vielfach übergaben auch Feldgendarme von ihnen aufgegriffene entflohene Kriegsgefangene oder "Verdächtige" den Einsatzgruppen-Kommandos, die die Ausgelieferten erschossen¹⁹², in Minsk führte die Einsatzgruppe B gemeinsam mit der Feldgendarmerie "Aktionen" durch, denen Tausende zum Opfer fielen. 193 Kommandanten von Kriegsgefangenenlagern halfen bei der Suche nach jüdischen Kriegsgefangenen, Ortskommandanten forderten die Einsatzgruppen zur "Umsiedlung" der jüdischen Bevölkerung auf u.ā.¹⁹⁴ Aber auch materielle Hilfe verschiedenster Art leisteten Wehrmachtstellen, so stellte etwa die Feldkommandantur Shitomir Lastwagen für den Abtransport der jüdischen Bevölkerung zur Erschießung zur Verfügung. 195 Eine indirekte Hilfe für die Einsatzgruppen war die Registrierung und Kennzeichnung der jüdischen Bevölkerung, die die deutschen Ortskommandanten durchführten bzw. veranlaßten: sie erleichterten den Einsatzgruppen die Erfassung der Juden ganz erheblich. 196 Und dem Massenmord an 33 771 jüdischen Einwohnern Kiews assistierte der Stadtkommandant, General Kurt Eberhard, als er nach einigen Sprengstoffattentaten sowjetischer Untergrundkämpfer die Einwilligung zu der Aktion der Einsatzgruppe C gab und in seinem Aufruf die Kiewer Juden aufforderte, sich zur "Umsiedlung" an einem bestimmten Platz zu versammeln - von wo sie das Einsatzgruppen-Kommando mühelos zu ihrer Ermordung abholen konnte. 197

Die erhaltenen Dokumente¹⁹⁸ zeigen aber offenkundig nicht das ganze Ausmaß der Involvierung von Wehrmachtangehörigen und -einheiten in den Genozid an der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion auf. Eine Reihe von Befehlen höherer Truppenführer¹⁹⁹ zwingt – selbst unter Berücksichtigung einer präventiven Funktion – zu dem Schluß, daß sich einzelne Einheiten und Soldaten in sehr viel stärkerem Maße als belegbar an der Ermordung von jüdischen Menschen beteiligten. Für die verantwortlichen Truppenführer war es eine schwierige Situation: sie mußten ihre traditionellen Auffassungen vom Soldatentum mit den Forderungen des "Weltanschauungskrieges" vereinbaren. Charakteristisch für das Dilemma ist ein Befehl des Kommandierenden Generals des XXX. Armeekorps, Hans von Salmuth, vom 2. August 1942, in dem es

193 EM Nr. 36 (28.7.41), 67 (29.8.41), 73 (4.9.41), 92 (23.9.41). EM Nr. 73 (4.9.41) berichtet über eine "Großaktion" von EGr und Feldgendarmerie im Ghetto Minsk, die 2278 jüdische Opfer forderte.

196 Text bei Streit, Keine Kameraden, S. 113.

198 Vgl. die Angaben bei Krausnick, Einsatzgruppen, S. 232-249, 261-278; Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 598-605; Streit, Keine Kameraden, S. 114f., 118f.

¹⁹² EM Nr. 43 (5.8.41), 90 (21.9.41). Siehe dazu Streit, Keine Kameraden, S. 354, Anm. 264, auch S. 118, S. 352, Anm. 223, 225, S. 349, Anm. 179. Zur Auslieferung durch die Truppe siehe: Nbg. Dok. NOKW-1294, NOKW-1630; Krausnick, Einsatzgruppen, S. 232 ff. – Zur Frage der Sicherungsdivisionen Streit, Keine Kameraden, S. 350, Anm. 195; Krausnick, Einsatzgruppen, S. 274. – In den Berichten der Feldkommandanturen wird öfter gemeldet, daß Juden von der Geheimen Feldpolizei selbst erschossen oder an den "SD" übergeben wurden (IfZ, MA-488/1-2).

Vgl. EM Nr. 132 (28.9.41); Nbg. Dok. NOKW-1532 (Armjansk), NOKW-2272 (Kremenčug); Krausnick, Einsatzgruppen, S. 241 ff.; Streit, Keine Kameraden, S. 100 ff.

¹⁹⁵ EM Nr. 106 (7.10.41). – Zum Einsatz von Wehrmachtspionieren bei Babi Jar, durch Sprengungen die Massengräber zu verschütten, siehe Krausnick, Einsatzgruppen, S. 237 f.

¹⁹⁷ EM Nr. 97 (28.9.41), 101 (2.10.41), 106 (7.10.41), 128 (3.11.41). Vgl. auch Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 6 (1.10.-31.10.41) (Nbg. Dok. NO-2656). Unterstützung der "Durchkämmung" Žitomirs durch General Reinhard: EM Nr. 38 (30.7.41).

¹⁹⁹ Streit, Keine Kameraden, S. 119-125; Krausnick, Einsatzgruppen, S. 223-232; Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat, Hamburg 1969, S. 412 ff.

heißt: "Der fanatische Wille der Angehörigen der Kommunistischen Partei und der Juden, um jeden Preis die deutsche Wehrmacht aufzuhalten, muß unter allen Umständen gebrochen werden. Es ist daher notwendig, daß im Interesse der Sicherheit des rückwärtigen Armeegebietes scharf durchgegriffen wird. Mit dieser Aufgabe sind Sonderkommandos beauftragt. Bei der Durchführung einer derartigen Aktion haben sich jedoch in einem Orte Truppenangehörige in unerfreulicher Weise beteiligt ... An derartigen Aktionen dürfen sich nur solche Soldaten beteiligen, die ausdrücklich hierzu befohlen werden... Soweit Truppenangehörige zu derartigen Aktionen befohlen werden, müssen sie unter Führung von Offizieren stehen. Diese Offiziere sind verantwortlich, daß jede unerfreuliche Ausschreitung unterbleibt."200 Damit wird die Ermordung der jüdischen Bevölkerung grundsätzlich den Einsatzgruppen überantwortet und eine Mitwirkung von Wehrmachteinheiten doch nicht generell ausgeschlossen, wohl aber sollten willkürliche Erschießungen von Juden oder Beteiligung einzelner Soldaten verhindert werden.

Wie die erhaltenen Befehle zeigen, waren viele Kommandeure durch Meldungen von Übergriffen und Gewalttaten von Soldaten gegen die Zivilbevölkerung im rückwärtigen Gebiet alarmiert und suchten sie zu steuern, sie zu verhindern. Denn es zeigte sich, daß die kriegsimmanente partielle Außerkraftsetzung ethischer Grundforderungen ("Du sollst nicht töten") mit fortschreitender Kriegsdauer das gesamte System sozialer Normen gefährdete und damit auch die Disziplin der Truppe bedrohte – und ihre Kampfkraft. Und es war evident, daß die Kampfführung in der Sowjetunion gemäß den Richtlinien des "Weltanschauungskrieges" mit seiner ideologischen "Legitimierung durch die NS-Rassenlehre", wie ihn die Einsatzgruppen exemplifizierten, diese Tendenzen noch verstärken mußte. So hat es nicht an Versuchen gefehlt, den Morden der Einsatzgruppen entgegenzuwirken²⁰¹ oder wenigstens eine Beteiligung von Wehrmachtangehörigen an den "Aktionen" der Einsatzgruppen zu verhindern²⁰², doch führte dies rasch zum Konflikt mit der "Legitimierung" dieses Krieges und damit in das Dilemma des deutschen Widerstandes zwischen Treueid und ethischem Postulat.

Ein Großteil der Kommandeure hat daher resignierend versucht, wenigstens den Schaden für das Heer gering zu halten und den "Weltanschauungskrieg" der "Weltanschauungstruppe" zu überlassen, d.h. Einsatzgruppen und SS-Einheiten. Die Entscheidung im konkreten Falle lag ohnehin beim Truppenführer vor Ort und wurde von dessen Einstellung bestimmt.²⁰³ Eine generelle Aussage über die Unterstützung "der" Wehrmacht für die Einsatzgruppen kann nicht getroffen werden²⁰⁴, beider Zu-

²⁰⁰ Nbg. Dok. NOKW-2963.

Vgl. Befehl des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet Süd vom 1.9.1941 (Nbg. Dok. NOKW-2594): "In letzter Zeit sind auch Fälle vorgekommen, daß Soldaten und Offiziere selbständig Erschießungen von Juden vorgenommen oder sich daran beteiligt haben ... Jedes eigenmächtige Erschießen von Landeseinwohnern, auch von Juden, durch einzelne Soldaten sowie jede Beteiligung an Exekutivmaßnahmen der SS-und Polizeikräfte sind daher als Ungehorsam mindestens disziplinarisch zu ahnden, sofern nicht gerichtliches Einschreiten erforderlich ist." Noch schärfer die Weisung der 454. Sicherungsdivision an ihre Ortskommandanturen vom 8.9.1941 (Nbg. Dok. NOKW-2628): "Lynchjustiz gegenüber Juden und andere Terrorakte sind mit allen Mitteln zu verhindern. Die Wehrmacht duldet nicht die Ablösung des einen Terrors durch einen anderen."

²⁰² Streit, Keine Kameraden, S. 119 ff.; Krausnick, Einsatzgruppen, S. 255 ff.

²⁰³ Krausnick, Einsatzgruppen, S. 227 ff.; Streit, Keine Kameraden, S. 123 ff.

²⁰⁴ Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat, S. 366, 422.

sammenwirken bestand in einer "großen Zahl von Einzelentscheidungen"²⁰⁵, die vor allem auf den unteren Entscheidungsebenen getroffen wurden und in die die höhere Truppenführung nur durch normative Weisungen eingreifen konnte.²⁰⁶

Die Zeugnisse der Bereitwilligkeit von Wehrmachtsstellen und -angehörigen, die Einsatzgruppen auch bei ihren "Judenaktionen" zu unterstützen, und zwar über das zwischen OKW und Reichssicherheitshauptamt Vereinbarte hinaus²⁰⁷, sollten den Blick nicht dafür verstellen, daß große Teile der Wehrmacht sich davon fernzuhalten suchten, ja daß die Tätigkeit der Einsatzgruppen auf scharfe Ablehnung und Kritik stieß. Sie ist offenbar als zu stark empfunden worden²⁰⁸, denn das OKH hielt es für notwendig, mit Reichenaus Befehl vom 10. Oktober 1941 die "vielfach noch unklaren Vorstellungen" bei der Truppe zurechtzurücken. Gefordert wurde, daß "der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis" aufzubringen habe, denn dies sei auch eine Präventivmaßnahme: "Erhebungen im Rücken der Wehrmacht" würden "erfahrungsgemäß stets von luden angezettelt". 209 Das aber war ein Argument, das überzeugen konnte, denn das Sicherheitsbedürfnis der Truppe im sowjetischen Raum war durch die Partisanengefahr besonders ausgeprägt. "Der" Jude – bereits synonym für "Kommunist", "Bolschewik" - wurde nun zum eigentlichen Initiator und Träger der Partisanenbewegung erklärt, um die Akceptanz der Einsatzgruppen-Aktionen zu fördern. Dabei war es just die Tätigkeit der Einsatzgruppen, die der Partisanenbewegung Kämpfer zuführte und Unterstützung bei der Bevölkerung finden ließ. Im Falle der Juden aber boten die Partisanengruppen den wenigen, die sich dem Zugriff der Einsatzgruppen-Kommandos zu entziehen vermochten, letztlich den einzigen Schutz, so daß viele von diesen wenigen dort Zuflucht suchten. Wurden sie bei Operationen gegen Partisanen ergriffen, so erhielt die Folge den Anschein der Ursache: Sie bewiesen die Behauptung, daß "die" Juden die eigentlichen Verursacher der Partisanengefahr seien. Reichenaus Befehl aber hat offenkundig seine Wirkung nicht verfehlt: Helmut Krausnick²¹⁰ vermerkt, daß ab Herbst 1941 Wehrmachtseinheiten sich in "wesentlich stärkerem Maße" an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion beteiligten als zuvor.

In den ersten Wochen und Monaten des deutsch-sowjetischen Krieges waren es aber primär die Einsatzgruppen, die das Schicksal der jüdischen Bevölkerung bestimmten. Ihr Vorgehen weist bestimmte Unterschiede auf, die durch die spezifischen

206 Dies gegen Streit (Keine Kameraden, S. 118). Infolge der ideologischen "Legitimierung" war ein Verstoß gegen relevante Befehle nur schwer zu ahnden.

Vgl. dazu Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat, S. 378 ff.; Krausnick, Einsatzgruppen, S. 223 ff. Zu den Protesten von Offizieren der Wehrmacht siehe Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982, S. 230 ff.

²⁰⁵ Streit, Keine Kameraden, S. 118. Vgl. die Belege bei Krausnick, Einsatzgruppen, S. 232 ff.

gegen relevante Befehle nur schwer zu ahnden.

207 Die in der einschlägigen Literatur beschriebene akribische Auflistung von Wehrmacht-Beteiligungen mag ein einseitiges Bild erwecken, sie ist indes durch die konsequente Leugnung einer auch nur partiellen Hilfeleistung seitens der Betroffenen verursacht, die in einer umfangreichen apologetischen Literatur verbreitet wurde.

Text des Befehls: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. 35, S. 84ff. (Nbg. Dok. 411-D), hier S. 85. Siehe dazu Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat, S. 412ff.; Krausnick, Einsatzgruppen, S. 243-247; Streit, Keine Kameraden, S. 114-117 mit Hinweisen auf korrespondierende Befehle. – Zu jüdischen Partisanen siehe A. Zwi Bar-On, The Jews in the Soviet partisan movement, in: Yad Vashem Studies 4 (1960), S. 167-189.

²¹⁰ Krausnick, Einsatzgruppen, S. 274.

Gegebenheiten ihres Einsatzgebietes bedingt waren oder ihnen Rechnung trugen. So begann die Einsatzgruppe A bereits bei Beginn ihres Einsatzes in Litauen mit Erschießungen großen Umfangs, dabei von den nationalistischen litauischen Partisanen und der rasch aufgestellten Hilfspolizei sekundiert. Sie konnte sich dabei auf ausführliche Informationen durch die Kollaborateure über jüdische Mitbürger stützen.²¹¹ Hier ließ man lediglich jene Juden (vorerst) am Leben, die für die Fortführung der gewerblichen und industriellen Produktion, insbesondere der für die Versorgung der Truppe wichtigen, erforderlich waren.²¹² Die Einsatzgruppe B dagegen fand im weißrussischen Raum ganz andere Bedingungen vor. Ihr fehlte die Unterstützung durch einheimische Hilfskräfte, und da sie in ihrem Operationsgebiet eine besonders zahlreiche jüdische Gruppe vorfand, waren ihrer Tätigkeit Grenzen gesetzt. So bemühte sie sich vorrangig, die jüdische Bevölkerung zu erfassen, und Nebe hat denn auch in sehr viel stärkerem Ausmaß als sein Nachbar Stahlecker in den großen Städten Ghettos einrichten lassen und in ihnen auch die jüdische Bevölkerung der Umgebung konzentriert. Ein "Judenrat" war nach dem Vorbild des Generalgouvernements für die innere Verwaltung der Ghettos zuständig und für die Durchführung der deutschen Weisungen verantwortlich, die Einwohner mußten als Kennzeichen weiße Armbinden mit dem Davidstern tragen.²¹³ Die schwache Unterstützung durch die weißrussische Bevölkerung erschwerte zudem die Informationsbeschaffung, der Aufbau eines Agentennetzes erforderte Zeit. Die Einsatzkommandos haben allerdings schon von Anfang an blutige Spuren hinterlassen, Sonderkommando 7a und das ablösende Einsatzkommando 9 haben in Wilna Ende Juni/Anfang Juli jüdische Einwohner getötet²¹⁴, im Verlauf des August kam es zu größeren "Aktionen", u.a. in Janowitschi (Janoviči)²¹⁵, doch erst ab September kam es zu umfangreichen Massenerschießungen.²¹⁶ Die Einsatzkommandos haben von ihren jeweiligen Standorten aus Trupps in die weitere Umgebung entsandt, um kleinere Städte und Dörfer zu "überholen", d.h. ihre jüdische Bevölkerung zu erschießen.²¹⁷ Für die Ghetto-Insassen haben sich häufig die Wirtschafts- und Rüstungsbeauftragten einzusetzen versucht, freilich mit mäßigem Erfolg und letztendlich

²¹¹ Vgl. EM Nr. 17 (9.7.41): "Die dem Einsatzkommando unterstellten litauischen Polizeisparten sind beauftragt worden, laufend Namenslisten der Wilnaer Juden, zuerst der Intelligenzschicht, politische Aktivisten und wohlhabende Juden aufzustellen."

²¹² Zur Rekrutierung EM Nr. 14 (6.7.41), 21 (13.7.41), 24 (16.7.41); zum Einsatz EM Nr. 88 (18.9.41), 111 (12.10.41); Gesamtbericht Jägers (EK 3/KdS Litauen) vom 1.12.41 (IfZ, Fb 101/29, veröffentlicht bei Rükkerl, NS-Prozesse, Anhang); Bericht (Fragment) Langes (KdS Lettland) vom Januar 1942 (IfZ, Fb 101/29). Vgl. Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 534-537 (Auszüge).

²¹³ Siehe die "vorläufigen Richtlinien für die Behandlung der Juden des Reichskommissariats Ostland" vom 13.8.1941 (Nbg. Dok. 1138-PS), in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. 27, S. 18-25; EM Nr. 21 (13.7.41), 34 (26.7.41); Proklamation der AOK 9 und 11 bei Streit, Keine Kameraden, S. 113. Vgl. Isaiah Trunk, The organizational structure of the Jewish Councils in Eastern Europe, in: Yad Vashem Studies 7 (1968), S. 147-164.

²¹⁴ EM Nr. 11 (3.7.41), 17 (9.7.41), 21 (13.7.41).

²¹⁵ EM Nr. 73 (4.9.41), 90 (21.9.41), 92 (23.9.41).

Nach Angaben der EM Nr. 73 (4.9.41) hatte die Einsatzgruppe B mit Stand vom 20.8.1941 insgesamt 16.964 Personen ermordet, EM Nr. 133 (14.11.41) meldete 45.467 Opfer ohne Angaben des SK 7b und EK 9. Für sie werden in EM Nr. 125 (26.10.41) 1822 (SK 7b) und 11.449 "bisher liquidierte Personen" genannt. Diese Daten zeigen nicht nur, daß die Opferzahlen sich nach August bei der EGr B beträchtlich erhöhten, sondern auch, daß der Schwerpunkt der Morde im rückwärtigen Heeresgebiet, d.h. bei den EK lag.

²¹⁷ EM Nr. 43 (5.8.41), 50 (12.8.41) mit ausführlichen Angaben, ferner EM Nr. 73 (4.9.41), 92 (23.9.41), 108 (9.10.41), 124 (25.10.41), 125 (26.10.41).

vergebens: die "Endlösung" verschonte auch die dringend benötigten jüdischen Facharbeiter und Spezialisten nicht.

Umfangreiche eigene Erschießungen jüdischer Zivilbevölkerung meldete die Einsatzgruppe C erstmals Mitte Juli 1941218, bis dahin hatte man sich sehr stark der ukrainischen nationalistischen Hilfskräfte bedienen können, so etwa in Lemberg. Deren ungezügelte Aktivitäten stießen freilich auf Widerstand, insbesondere bei den im Einsatzgebiet der Einsatzgruppe kämpfenden ungarischen Verbänden. Die Ungarn zeigten sich, wie die Ereignismeldungen befremdet vermerkten, nicht nur polen-, sondern sogar judenfreundlich, und selbst "vereinzelt(e)" "Aktionen gegen Juden" der ukrainischen Miliz wurden strikt unterbunden: "Sofortiges Eingreifen des ungarischen Militärs war die Folge."219 Allerdings war nicht zu verhindern, daß die ukrainischen Milizen unter Leitung und zusammen mit Einsatzgruppen-Personal sich an den Morden beteiligten.²²⁰ Da - zumindest in der Westukraine - eine große Zahl jüdischer Einwohner unter deutsche Besatzung geriet, wurden auch hier, wie in Weißrußland, in größerer Zahl Ghettos in den ukrainischen Städten mit hohem jüdischen Bevölkerungsanteil eingerichtet.²²¹ In der Verfolgung und Ermordung der Juden tat sich besonders das Sonderkommando 4a unter Führung von Paul Blobel (bis Januar 1942) hervor: Schon am 25. September meldete es eine Gesamtzahl von 15 000 Opfern²²², zum allergrößten Teil Juden, und an dem grauenvollen Massaker von Babi Jar (29., 30. September 1941 mit 33 771 Opfern) war das Kommando führend beteiligt²²³; am 12. Oktober berichtete Blobel: "Das Sonderkommando 4a hat nunmehr die Gesamtzahl von über 51 000 Exekutionen erreicht" 224 - eine Zahl, die jene anderer Sonderkommandos weit übersteigt.²²⁵ Hier ist es schon im rückwärtigen Armeegebiet zu Massenmorden an jüdischer Zivilbevölkerung gekommen, allerdings weisen auch die Einsatzkommandos 7 und 8 ab September steigende Zahlen von Opfern auf. Die Einsatzgruppe D war, wie erwähnt, bei Beginn des Krieges in Bessarabien und der Bukowina eingesetzt, dem Rumanien zugestandenen "Transnistrien", wo die rumanischen Soldaten selbst die jüdische Bevölkerung terrorisierten²²⁶, aber auch Ukrainern und Volksdeutschen als unwillkommenen Minderheiten keineswegs freundlich begegneten.

²¹⁸ EM Nr. 24 (16.7.41). – Die erste Meldung aus Lemberg (EK 5), EK 6 meldete gleichzeitig "am 2.7.1941 Erschießung von 133 Juden" (EM Nr. 11 [3.7.41]).

²¹⁹ EM Nr. 23 (15.7.41).

EM Nr. 88 (19.9.41), 106 (7.10.41), 119 (20.10.41). – Auch an den "Sühnemaßnahmen" für die Ermordung ukrainischer Nationalisten haben sich ukrainische Hilfskräfte beteiligt, vgl. EM Nr. 14 (6.7.41), 19 (11.7.41), 23 (15.7.41), 24 (16.7.41), 28 (20.7.41), 38 (30.7.41).

²²¹ In den EM erscheinen die Ghettos zumeist nur, wenn in ihnen "Aktionen" wie etwa in Minsk (EM Nr. 172 [23.2.42], 175 [2.3.42]) durchgeführt wurden oder wenn die Ghettos nach der Ermordung ihrer Insassen aufgelöst wurden, so EM Nr. 148 (19.12.41, Vitebsk), 149 (22.12.41, Gorodok), 168 (13.2.42, Rakov). EM Nr. 164 (4.2.42) meldet die Errichtung eines Ghettos in Charkow.

²²² EM Nr. 94 (25.9.41).

²²³ EM Nr. 101 (2.10.41), 106 (7.10.41).

²²⁴ EM Nr. 111 (12.10.41).

²²⁵ Am 26. Oktober 1941 (EM Nr. 125) meldete dagegen SK 7a 1344, SK 7b 1822 Erschießungen insgesamt.
226 Siehe EM Nr. 25 (17.7.41), Meldung EK 10a aus Belzy: "Es haben in den vergangenen Tagen und Nächten wiederholt erhebliche Ausschreitungen rumänischer Soldaten gegen Juden stattgefunden. Die Zahl der dabei getöteten Juden ist nicht feststellbar, dürfte aber mehrere Hundert erreichen." Vgl. auch den Tätigkeitsbericht der EGr D aus Anan'ev in: EM Nr. 67 (29.8.41); Julius F. Fisher, How many Jews died in Transnistria? in: Jewish Social Studies 20 (1958), S. 95-101; Mendelsohn, Jews of East Central Europe, S. 210ff.; Hilberg, Vernichtung, S. 220f.; Nicolas Sylvain, Rumania, in: Meyer, Jews in the Soviet satellites, S. 505-510.

Die Einsatzgruppe hat daher anfangs auch Übergriffe auf diese beiden Gruppen abzuwehren gesucht.²²⁷ Erst im August konnte die Einsatzgruppe in die Südukraine vorrücken, im Raum Nikolajew/Cherson wurden im September die ersten großen "Aktionen" gemeldet.²²⁸ Nach dem Fall von Odessa²²⁹ und dem Vorstoß auf die Krim fiel dann erneut eine große Zahl von jüdischen Sowietbürgern in die Hände der Einsatzgruppe. Auf der Krim ergab sich für das Sonderkommando 10b eine Irritation durch die Frage, ob die Karaim als Juden zu betrachten seien²³⁰, doch verschaffte sie dieser Gruppe nur einen kurzen Aufschub: Im April 1942 war die jüdische Bevölkerung der Krim einschließlich der Karaim bis auf kleine Reste ermordet.²³¹ Die übrigen Kommandos der Einsatzgruppe D gingen seit Anfang Oktober im Dnepr-Bogen vor, den sie "säuberten", doch liegen hier keine Angaben über die Zahlen der Opfer in den einzelnen "überholten" Orten vor. Auch Sonderkommando 10a, das im östlichen Schwarzmeergebiet vorrückte und bis ins Kaukasusvorland gelangte, gab entgegen seinen bisherigen Gepflogenheiten nur noch die pauschale Zahl der Opfer, ohne sie zu lokalisieren²³², lediglich bei Rostow (Rostov-na-Donu) wurde eine Ausnahme gemacht: "Durch das in Rostow eingesetzte Sonderkommando (10a) wurde am 1.8.42 ein jüdischer Ältestenrat konstituiert und bisher 2000 Juden festgestellt. Die weiteren erforderlichen Maßnahmen sind in Angriff genommen worden "233 - d.h., das Morden hatte begonnen. Dieses Vermeiden konkreter Angaben setzt sich in der Folgezeit fort

228 EM Nr. 85 (26.9.41), 101 (2.10.41): "Insbesondere wurden in der Berichtszeit die Städte Nikolajew und Cherson von Juden freigemacht ...", Nr. 107 (8.10.41), 129 (5.11.41).

²²⁹ Zur Erschießung jüdischer Einwohner Odessas durch Rumanen EM Nr. 125 (26.10.41); siehe auch Dora Litani, The destruction of the Jews of Odessa in the light of Rumanian documents, in: Yad Vashern Studies 6 (1967), S. 135-154.

- 230 EM Nr. 145 (12.12.41): "Die Judenarbeit wird wesentlich durch das Karaimen-, Krimtschaken und Zigeunerproblem erschwert." - Karaimen (Karäer, Karaiten), auch Ananiten (nach dem Gründer), antirabbinische jüdische Gruppe, die nur die Bücher des Alten Testaments anerkennt und das rabbinische Traditionsgut in Mischna und Talmud ablehnt. Seit dem 11. Jahrhundert auf der südlichen Krim bezeugt. Unter russischer Herrschaft 1795 rechtlich dem Christentum gleichgestellt (im Gegensatz zum rabbinischen Judentum). In der Zwischenkriegszeit ca. 12000 Personen, davon 10000 in der UdSSR. 1959 lebten in der Sowjetunion noch 5727 Karaim (Itogi Vsesojuznoj perepisi naselenija 1959 g. SSSR. [Svodnyj tom], Moskva 1962, S. 188). - Zu den Karaim siehe Encyclopédie de l'Islam. Nouv. éd. Tome 4, Paris 1978, S. 627-633; Evrejskaja enciklopedija. Tom 9, S.-Peterburg (1911), Sp. 268-297; Encyclopedia Judaica. Bd. 10, Jerusalem 1971, Sp. 761-785 ("Karaites"). Bei den Krimtschaken handelte es sich um eine rabbinische jüdische Sondergruppe auf der Krim, deren Herkunft als nicht mittel- oder westeuropäisch angegeben wird, z. T. wird sie auf das Chazarenreich zurückgeführt.
 - Es ist nicht feststellbar, ob die bei der Volkszählung des Jahres 1897 noch starken Karaim-Gruppen in den Gouvernements nördlich der Krim (Cherson, Nikolajew, siehe Evrejskaja enciklopedija, Sp. 296f.) 1941 existierten. Für EGr D stellte sich die Frage offensichtlich erst mit Erreichen der Krim.
- ²³¹ Bereits EM Nr. 150 (2.1.42) meldete: "Vom 16.11. bis 15.12. wurden 17.645 Juden, 2504 Krimtschaken, 824 Zigeuner und 212 Kommunisten erschossen", und EM Nr. 190 (8.4.42) berichtet: "Juden, Krimtschaken und Zigeuner sind außer wenigen kleinen, gelegentlich im Norden der Krim auftauchenden Truppen [] nicht mehr vorhanden."

 232 Detaillierte Angaben nur noch in EM Nr. 136 (21.11.41): "Im Bereich der in Richtung Nordkaukasus vor-
- gehenden Kommandos SK 10a, EK 11 ist die Judenfrage gelöst. Die Städte Mariupol und Taganrog sind judenfrei." Am 29. Oktober meldete der Ortskommandant von Mariupol' an Korück: "8000 Juden sind durch den SD exekutiert worden" (Nbg. Dok. NOKW-1529), und aus Melitopol' wurde am 3. September gemeldet: "Sämtliche Juden (2000) durch den S.D. exekutiert" (Nbg. Dok. NOKW-1632).

Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 16 (14.8.42).

²²⁷ EM Nr. 22 (14.7.41). Vgl. Martin Broszat, Das Dritte Reich und die rumänische Judenpolitik, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. Bd. 1, München 1958, S. 160 ff. - Noch im September befanden sich Truppen der EGr zur Sicherung volksdeutscher Siedlungen im rumänischen Besatzungsgebiet, siehe EM Nr. 89 (20.9.41), 108 (9.10.41). - Ausführliche Berichte über die Lage der Volksdeutschen in der Südukraine: EM Nr. 103 (4.10.41), 105 (6.10.41), 108 (9.10.41), in Bessarabien: EM Nr. 104 (5.10.41).

und verstärkt sich. So berichten die "Meldungen aus den besetzten Ostgebieten" Ende August zwar: "In den neu besetzten Gebieten wurden die Orte Woroschilowgrad, Millerowo, Nikolajewska, Konstantinowka und Martinowskoje sicherheitspolizeilich überholt"234, doch wird über jüdische Opfer nichts gesagt. Allerdings gehörte dieses Gebiet schon nicht mehr zum ursprünglichen Siedlungsraum der ostjüdischen Bevölkerung, sodaß hier nur eine schwache, verstreute jüdische Minderheit, zumeist in den Industriezentren, gelebt hatte. Anfang September 1942 werden dann für den Raum Tschernigow neun und für Ratno sieben jüdische Opfer genannt, danach folgte erst im November wieder eine Erwähnung: Ein Jude, "der deutsche Wehrmachtsuniform trug", wurde festgenommen (und erschossen).²³⁵ Die weiteren "Meldungen aus den besetzten Ostgebieten" – die letzte verfügbare (Nr. 55) trägt das Datum des 23. Mai 1943²³⁶ – enthalten keine Mitteilungen über jüdische Opfer mehr. Offenkundig hatte sich der größte Teil der jüdischen Streubevölkerung der Ostukraine mit Ausnahme der Schwarzmeerstädte vor dem deutschen Angriff des Jahres 1942 in Sicherheit bringen können.

Um die Mitte des Jahres 1942 war ein großer Teil der in deutsche Hand gefallenen jüdischen Bürger der Sowjetunion bereits ermordet, insbesondere in den baltischen Ländern, wo nur noch die für die Kriegsführung benötigten jüdischen Spezialisten in den Ghettos lebten.²³⁷ In Weißrußland und der Ukraine aber wurden die Ghettos laufend "überholt", um die nicht für wirtschaftliche Zwecke Benötigten auszusondern. In Wolhynien wurden bereits ab Juni 1942 Ghettos aufgelöst²³⁸, den generellen Auflösungsbefehl gab Himmler am 21. Juni 1943 für das Reichskommissariat Ostland.²³⁹ Die kleine Zahl von Spezialisten für bestimmte wichtige Arbeiten, die überleben durfte, wurde in Konzentrationslager gebracht.²⁴⁰

Verbindliche Anweisungen über die Durchführung der Erschießungen sind nicht belegt, sie waren auch überflüssig. Denn die Aufgabe, eine möglichst rasche Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, war gegeben, im übrigen galt die von Himmler geforderte "größte Beweglichkeit in der taktischen Einsatzgestaltung".²⁴¹ Ein allgemeines Muster für den Ablauf der Mordaktionen läßt sich aber dennoch erkennen.²⁴² Die Identifizierung der künftigen Opfer als Juden erfolgte, sofern die jüdischen Einwohner des betroffenen Ortes nicht, der Proklamation der Armeebefehlshaber Folge leistend, sich bereits selbst durch das Anlegen der seit 13. August 1941 vorgeschriebenen Armbinde mit Davidstern gekennzeichnet hatten²⁴³, zumeist durch einheimische Hilfs-

²³⁴ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 18 (28.8.42).

²³⁵ Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 19 (4.9.42).

²³⁶ Übersicht über die Meldungen aus den besetzten Ostgebieten bei Krausnick/Wilhelm, Truppe des Weltanschauungskrieges, S. 652 f.

²³⁷ Kaufmann, Churbn Lettland, S. 77ff.; Arad, "Final Solution", S. 238 ff.

²³⁸ Shmuel Spector, The Jews of Volynia and their reaction to extermination, in: Yad Vashem Studies 15 (1983), S. 159-186. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 12 (17.7.42) gibt die Zahl der Juden im Ghetto Vladimir-Volynsk mit "etwa 15 000".

²³⁹ Nbg. Dok. 2403-PS; vgl. Arad, "Final Solution", S. 263.

²⁴⁰ Kaufmann, Churbn Lettland, S. 317; Arad, "Final Solution", S. 247.

²⁴¹ Krausnick, Einsatzgruppen, S. 150 f.; Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 534.

²⁴² Eine allgemeine Darstellung gibt Jäger in seinem Bericht vom 1.12.1941 (Text bei Rückerl, NS-Prozesse, Anhang; Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 537).

²⁴³ Streit, Keine Kameraden, S. 113. Vgl. Anm. 213. – Die "Vorläufigen Richtlinien für die Behandlung der Juden im Gebiet des Reichskommissariats Ost" vom 13.8.1941 sahen unter IV c vor, daß "stets sichtbare gelbe sechszackige Sterne von mindestens 10 cm Durchmesser auf der linken Brustseite und auf der Mitte des Rückens" zu tragen waren (Nbg. Dok. 1138-PS).

kräfte: Agenten, Hilfspolizei und Denunzianten. So wurden in Wilna schon Anfang Juli die litauischen Hilfspolizisten beauftragt, Namenslisten der jüdischen Einwohner aufzustellen.²⁴⁴

Daß dabei der Willkür Tür und Tor geöffnet war, auch persönliche Dinge, Mißgunst und Neid, Abrechnung mit Widersachern etc. eine beträchtliche Rolle spielten, versteht sich von selbst, zumal Prüfungen dieser Einstufungen als Jude etwa durch die "Beschneidungsprobe" nur höchst selten vorgenommen worden sind (eine Heranziehung von schriftlichen Unterlagen - etwa eines Mitgliederverzeichnisses der kehila ist nirgends bezeugt). Priorität kam dabei neben den "politischen Aktivisten" der jüdischen Intelligenz zu, jener Gruppe also, von der ein jüdischer Widerstand ausgehen konnte. Außerdem waren - bezeichnenderweise - auch die wohlhabenden Juden mit zu registrieren, deren Vermögen einzuziehen war - was freilich nicht immer nur zugunsten der SS oder des Deutschen Reiches erfolgte, sondern auch der persönlichen Bereicherung von Funktionsträgern diente.²⁴⁵ Dieses selektive Verfahren einer vorrangigen Ermordung der jüdischen Führungsschichten und potentieller Widerständler wurde in den Städten mit einem größeren jüdischen Bevölkerungsanteil angewendet. Kleinere Orte sind von den Kommandos zumeist generell "überholt" worden, d.h. die gesamte jüdische Einwohnerschaft wurde in einer "Aktion" ermordet. Der "Erfolg" derartiger "Aktionen", d.h. der prozentuale Anteil der Ermordeten an der jüdischen Gesamtbevölkerung, war bei der Verwendung einheimischer, mit den örtlichen Verhältnissen vertrauter Hilfskräfte beträchtlich höher als bei den allein von Einsatzgruppen-Angehörigen durchgeführten.²⁴⁶

Die zur Ermordung bestimmten jüdischen Einwohner eines Ortes wurden zumeist an einem bestimmten Platz gesammelt, verschiedentlich wurden sie auch, besonders wenn sich die "Aktion" länger hinzog, in Gefängnissen (Riga, Wilna) oder in größeren Gebäuden wie Fabrikhallen, Schulen, in Kaunas in den berüchtigten Forts VII und IX (in Minsk im Turčinskij-Fort) konzentriert. ²⁴⁷ Sie folgten dabei den Aufforderungen deutscher Stellen – neben Befehlen der Einsatzgruppen-Kommandoführer auch Aufforderungen deutscher Ortskommandanten. ²⁴⁸, verschiedentlich ist auch der "Judenrat" als Exekutivorgan beauftragt worden. ²⁴⁹ Häufig aber wurden sie, vor allem wenn es sich um die "Überholung" eines Ortes handelte, d.h. um die ausnahmslose Ermordung aller darin lebenden Juden, mit rohester Gewalt, zumeist mit Unterstützung von Hilfspolizei oder Miliz, zusammengetrieben. Dabei hat man zumindest in den ersten Monaten des Krieges keinerlei Rücksicht auf die nichtjüdische Bevölkerung genommen, der ja eine antisemitische Haltung unterstellt wurde; erst später wurde versucht, die Transporte zu den Erschießungsplätzen zu camouflieren, indem sie als "Umsiedlungsaktion" ausgegeben wurden, ein Verschleierungsversuch, der freilich untauglich

²⁴⁴ EM Nr. 17 (9.7.41). Vgl. etwa auch EM Nr. 119 (20.10.41): "Von einem Vorkommando des Sonderkommandos 10a wurde am 4.10.1941 in Perejaslaw mit Hilfe ukrainischer Vertrauensmänner eine Judenaktion durchgeführt." – Zur Erfassung der jüdischen Bevölkerung: EM Nr. 47 (9.8.41), 107 (8.10.41), 127 (31.10.41), 128 (3.11.41), 142 (5.12.41), 191 (10.4.42).

Fall 9. Das Urteil im Einsatzgruppenprozeß, Berlin 1963, S. 60 ff.; Nbg. Dok. 1104-PS; Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 479, 549, 558, 562; zur Beschlagnahmung jüdischen Vermögens siehe die "Vorläufigen Richtlinien" (s. Anm. 213), IV f (S. 22 f.).

²⁴⁶ Hilberg, Vernichtung, S. 224.

²⁴⁷ So bei der Aktion in Kiew am 29.-30. September 1941.

²⁴⁸ EM Nr. 14 (6.7.41); Arad, "Final Solution", S. 238 ff.

²⁴⁹ Dazu Trunk, Organizational Structure, S. 157ff.

blieb²⁵⁰: die Bevölkerung ließ sich nicht täuschen, denn einerseits ließen sich die Spuren der Morde auch bei weiträumiger Absperrung der Exekutionsstätten nicht verwischen, andererseits war die Bevölkerung bereits über das deutsche Vorgehen gegen die Juden informiert. Auch die Anwesenheit von Wehrmachtsangehörigen oder deutscher Zivilisten hatte keinen Einfluß auf das Verhalten der Kommandos, selbst an den Exekutionsplätzen sind Offiziere und Soldaten erschienen – allerdings wurde es später verboten, die Erschießungen zu photographieren.²⁵¹

Die so zusammengetriebenen Juden wurden dann schubweise zu den Exekutionsplätzen gebracht. Lagen diese in Ortsnähe, so wurden die Opfer auch zu Fuß dorthin getrieben. Zumeist aber wählte man abgelegene Plätze, in Wäldern, Moor- oder Sumpfgebieten, um die Bevölkerung nicht aufmerksam werden zu lassen. Die Transporte wurden dann mit Lkw, auch mit Pferdewagen, im Winter mit Schlitten²⁵² an die vorbereiteten Plätze gebracht. Die Massengräber wurden entweder von jüdischen "Arbeitskommandos" oder von einheimischen Hilfskräften ausgehoben, Einsatzgruppen-Angehörige beteiligten sich daran, soweit ersichtlich, normalerweise nicht.²⁵³ Die Opfer wurden dann gezwungen, ihre Kleidung abzulegen - teilweise durften sie ihre Leibwäsche noch anbehalten, zum größten Teil aber, und dies scheint sehr bald allgemein geworden zu sein, mußten sie sich völlig entkleiden und so, Männer, Frauen und Kinder zusammen, nackt auf ihre Ermordung warten²⁵⁴ - angesichts der religiösen Vorschriften für gläubige Juden eine zusätzliche seelische Grausamkeit. (Die Kleidung wurde dann zur Weiterverwendung eingesammelt, sie ist z.T. an Volksdeutsche ausgegeben worden.)²⁵⁵ Sie wurden dann in kleineren Gruppen zur Grube befohlen, an deren Rande sie sich - meist das Gesicht von ihren Mördern abgewandt - aufstellen (gelegentlich auch niederknien) mußten, sodaß die toten Körper dann in die Grube stürzten, oder sie wurden in die Grube hinabbefohlen, wo sie sich auf die bereits Ermordeten legen mußten. Sie wurden dann mit Handfeuerwaffen - in der Regel Karabiner oder Maschinenpistolen, auch Maschinengewehre sollen eingesetzt worden sein - erschossen. Pistolen sind im allgemeinen wohl nur verwendet worden, um diejenigen zu töten, die verwundet niederstürzten. Die Mitglieder des Kommandos prüften dann, ob auch alle in der Grube Liegenden tot seien, und töteten alle, die noch ein Lebenszeichen erkennen ließen. Nach Beendigung der "Aktion" wurde über die Leichen eine Schicht Erde geworfen. Hierfür wurden entsprechende jüdische "Arbeitskommandos" (die schließlich als Mitwisser selbst "liquidiert" wurden) oder Einwohner der umliegenden Ortschaften, mit großer Wahrscheinlichkeit Angehörige des "Selbstschutzes" herangezogen. Als 1943 mit dem Vormarsch der Roten Armee immer mehr von den Einsatzgruppen "überholte" Gebiete wieder unter sowjetische Kontrolle ka-

Siehe dazu Nbg. Dok. 1104-PS, ferner die Zeugenaussagen bei Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 563 ff., 576 f.
 Befehl Oberst Wöhlers (Stabschef AOK 11) vom 22. Juli 1941 (Nbg. Dok. NOKW-2523); Befehl von Rei-

chenaus (AOK 6) vom 10. August 1941 (Nbg. Dok. NOKW-1654); Nbg. Dok. USSR-2, USSR-297, 2992-PS.

²⁵² Gerald Reitlinger (Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945, Berlin 1957, S. 229) erwähnt auch Eisenbahntransporte.

²⁵³ Ausnahmen bei Erschießungen einzelner aufgegriffener Juden außerhalb der "Aktionen".

²⁵⁴ Vgl. die Zeugnisse bei Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 563-583. – Das folgende als Resümee der verschiedenen Dokumente und Berichte.

²⁵⁵ Nbg. Dok. NOKW-1529, NOKW-3147; EM Nr. 104 (4.10.41), 108 (9.10.41).

men und dort die ersten Untersuchungen über die Verbrechen an der sowjetischen Bevölkerung in Gang kamen, wurde Paul Blobel, der Führer des Sonderkommandos 4a, beauftragt, die Spuren der Morde zu beseitigen. Die Leichen mußten exhumiert und verbrannt werden. 256 Der rasche sowjetische Vormarsch führte allerdings dazu, daß er diese Aufgabe nur unzureichend erledigen konnte.

Ungeachtet der Kontrollen der Kommandoangehörigen gelang es einzelnen Opfern, sich, oftmals verwundet, nach Beendigung der "Aktion" und im Schutze der Nacht, aus den Leichen und der darüber geworfenen Erdschicht herauszuwühlen und zu entkommen. Vereinzelt sind auch Fluchtversuche bereits auf dem Transport geglückt, doch blieb dies die Ausnahme. Im allgemeinen sind größere Flucht- oder gar Widerstandsaktionen unterblieben, sicher auch deshalb, weil die meisten Männer, die dazu in der Lage gewesen waren und auch die psychischen Voraussetzungen besaßen, als Soldaten in der Roten Armee kämpften. Zumeist waren es ja ältere Männer, Frauen und Kinder, die in deutsche Hand fielen, und diese waren nur in Ausnahmefällen bereit, ihre Familienangehörigen allein in deutscher Gewalt zu lassen. Der tief ausgeprägte jüdische Familiensinn, gewachsen in Jahrhunderten, da der Familienverband der sicherste Schutz des Individuums und Voraussetzung seines Überlebens war, ließ denn auch die Familien gemeinsam in den Tod gehen. Die Berichte der Augenzeugen über das Verhalten der Opfer im Angesicht des gewissen Todes sind voller Beispiele einer kaum faßbaren menschlichen Größe, die um so erschreckender mit der Aufführung ihrer Mörder kontrastiert. Nicht nur, daß diese oftmals unter schwerem Alkoholeinfluß standen: sie beraubten auch die Toten ihrer wenigen Habseligkeiten, ja sie vergingen sich sogar an ihren Opfern.²⁵⁷ Die permanente Ausübung des Terrors führte zu einer Verrohung, die kaum mehr menschliche Züge erkennen läßt.

Diese totale Depravation einer Truppe, die ihrem Namen nach sicherheitspolizeiliche und -dienstliche Aufgaben wahrzunehmen gehabt hätte, wurde um so mehr gefördert, als offenbar der größte Teil der blutigen "Arbeit" von kleinen Spezialkommandos ausgeführt wurde, deren Angehörige sich dafür – wohl auf freiwilliger Basis – zusammenfanden. Jäger schreibt in seinem Bericht vom 1. Dezember 1941²⁵⁸: "Das Ziel, Litauen judenfrei zu machen, konnte nur erreicht werden, durch die Aufstellung eines Rollkommandos unter Führung des SS-Obersturmführers²⁵⁹ [Joachim] Hamann, der sich meine Ziele voll und ganz aneignete und es verstand, die Zusammenarbeit mit den litauischen Partisanen und den zuständigen zivilen Stellen zu gewährleisten." Diese litauischen Partisaneneinheiten operierten fast völlig selbständig, ebenso wie das überwiegend aus Letten rekrutierte "Jagdkommando" des Viktor Arajs in Lettland, das auch auf weißrussischem Gebiet tätig war. In Minsk existierte längere Zeit ein ukraini-

²⁵⁶ Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 566, 569.

²⁵⁷ Ebenda, S. 557f., 560ff., 576, 579; Krausnick, Einsatzgruppen, S. 169.

²⁵⁸ IfZ, Fb 101/29; Rückerl, NS-Prozesse, Anhang; Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 536f.; Reitlinger, Endlösung, S. 235f.

²⁵⁹ Hamanns Kommando bestand nach Jäger aus "8-10 bewährten Männern" und etwa 80 zugeteilten litauischen "Partisanen". Vom 22. Juni bis 2. Oktober 1941 habe es mindestens 60 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder getötet. Nicht weniger berüchtigt war das Kommando des SS-Untersturmführers und KOS Amelung des Einsatzkommandos 1. Daneben bestanden weitere, nicht den Einsatzgruppen unterstehende Sonderkommandos wie das in der Ukraine tätige "Sonderkommando Platz" (freundlicher Hinweis von Alfred Streim).

sches "Exekutionskommando", ein litauisches ist bei den Morden in Panierai (Ponery) bei Wilna bezeugt. 260 Es ist wahrscheinlich, daß auch bei den anderen Einsatzgruppen, für die aufgrund der schlechten Quellenlage keine Belege vorhanden sind, ähnliche Mordkommandos bestanden haben. Denn die Mehrzahl der Einsatzgruppen-Angehörigen empfand, ungeachtet aller ideologischen Indoktrination und aller Appelle aus Berlin an das "Pflichtbewußtsein", die Exekutionen bald als seelische Belastung und versuchte sich – z.T. durch Ansuchen um Versetzung – dieser Aufgabe zu entziehen. Damit erfolgte eine negative Auslese, es blieb ein Rest, der Bodensatz, ausgestattet mit einer Söldnermentalität, der sich seine "Dienste" honorieren ließ: Die "Aktionen" verliefen gleichsam in einem rechtsfreien Raum, ganz nach der Willkür der Kommandoangehörigen. 261 Die rasch wachsenden Beanspruchungen der Einsatzgruppen durch den Partisanenkrieg lieferten im übrigen ein überzeugendes Argument, die "Judenaktionen" zu delegieren – auch an die dem HSSPF und BdS unterstehenden Polizeiregimenter und -bataillone.

Diese Auswirkungen sind "höheren Orts" nicht unbemerkt geblieben, und als gar Himmler auf "einer eigens für ihn arrangierten "Musterexekution" in der Nähe von Minsk" mit der grausigen Wirklichkeit konfrontiert wurde und zugeben mußte, "daß Massenerschießungen offenbar nicht die rationellste und, so angeblich wörtlich, "humanste' Vernichtungsmethode für die in die Hunderttausende gehende Zahl von Juden sei"262, suchte man nach anderen Tötungsarten. Unter den verschiedenen Alternativen wurde schließlich die "Gaswagen"-Methode ausgewählt. Dabei wurden die Opfer in einen zu diesem Zweck umgebauten Lastkraftwagen gepfercht und starben an Kohlenmonoxyd-Vergiftung durch die Motorabgase, die in das Innere des fest verschlossenen Wagens geleitet wurden. Die ersten dieser Wagen, über deren Existenz und Arbeitsweise die Weltöffentlichkeit erstmals durch den Prozeß von Krasnodar informiert wurde²⁶³, befanden sich schon gegen Ende 1941 im Einsatz, im Frühsommer 1942 war ihre Zahl erhöht. Doch auch hier tauchten unerwartete Schwierigkeiten auf, die nicht zu beheben waren: Die Opfer starben qualvoll langsam und das SS-Bedienungspersonal hörte ihre verzweifelten Hilferufe, auch waren die Wagen schwer von den ineinander verkrampften Leichen zu entleeren und zu säubern. Wieviele Menschen auf diese Weise getötet worden sind, bleibt unklar: Wenn das überlebende SS-Personal der im Generalbezirk Weißruthenien eingesetzten vier Wagen bei seiner Vernehmung durch NKVD-Offiziere die Zahl ihrer Opfer innerhalb eines Jahres mit 8000 bis 10 000 angibt, war dies mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Schutzbehauptung: diese Zahl war, Überschlagsrechnungen zufolge, von einem einzi-

Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 556. – EM Nr. 14 (6.7.41) berichtet, daß einer Kompanie litauischer Hilfspolizei die Bewachung des Forts VII übertragen sei und: sie "führt die Exekutionen durch".

Ausführlich bei Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 556 ff.

²⁶² Ebenda, S. 543.

²⁶³ Der Prozeß von Krasnodar, S. 3 ff. Neben Minsk und Krasnodar ist der Gaswageneinsatz für Charkow belegt (Krausnick, Einsatzgruppen, S. 193). Matthias Beer (Die Entwicklung der Gaswagen beim Mord an den Juden, in: VjZ 35 [1987], S. 403-417) nennt als ersten Einsatz auf sowjetischem Territorium den Einsatz durch SK 4a im November 1941 bei Poltawa, er bestätigt damit diesen bei Krausnick (Einsatzgruppen) als wahrscheinlich bezeichneten Einsatzort.

gen Wagen theoretisch im Zeitraum von sechs bis acht Wochen zu erreichen.²⁶⁴ (Allerdings handelte es sich hierbei um eine rein theoretische Berechnung, deren Realisierung unter den konkreten Einsatzbedingungen utopisch bleiben mußte.)

Aber auch eine Verifizierung der oben genannten Zahl von Gaswagen-Opfern ist nicht möglich, denn hierüber schweigen die Quellen. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß die Einsatzgruppen-Kommandos die Zahl ihrer Opfer in ihren Meldungen nach Tötungsart - Erschießen oder Gasvergiftung - differenziert haben.²⁶⁵ Die uns allein vorliegenden zusammenfassenden Berichte aus dem RSHA enthalten dazu nichts. Von ihnen ist besonders ergiebig die Serie "Ereignismeldung UdSSR", die erstmals am 23. Juni 1941 erstellt wurde und bis zum 26. Oktober des gleichen Jahres täglich, danach bis zu ihrer Einstellung am 24. April 1942 dreimal wöchentlich erschien²⁶⁶, insgesamt 195 Nummern. Sie wurde im Amt IV (Gestapo), Referat A 1 (Kommunismus) aus den eingehenden Einzelmeldungen der Einsatzgruppen und Sonderkommandos/Einsatzkommandos verfertigt, wobei wichtige Meldungen teilweise ganz übernommen wurden; Heinrich Müller ("Gestapo-Müller"), der Leiter des Amtes, behielt sich die Endredaktion vor. Müller hatte auch - in Anlehnung an die "Berichte zur innenpolitischen Lage" bzw. "Meldungen aus dem Reich"267 - die Systematik der Ereignismeldungen entworfen, "allgemeine Stimmung", "Gegner", "Kulturelle Gebiete", "Recht und Verwaltung", "Wirtschaft" sowie "Volkstum und Volksgesundheit" waren die Bereiche, die nach Provenienzen - hier für jede Einsatzgruppe - bei vorhandenem Material abzuhandeln waren. Auch Anlagen wurden beigegeben, so zur Nr. 28 (20. Juli 1941) eine auszugsweise Übersetzung der "Instruktionen zur Durchführung der Aussiedlung der antisowjetischen Elemente aus Litauen, Lettland und Estland" des Stellvertretenden Volkskommissars für Staatssicherheit (NKGB), Serov²⁶⁸, zu Nr. 32 (24. Juli 1941) "Die Judenfrage im weißrussischen Siedlungsraum".

Die Meldungen über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung sind unter "Exekutive Tätigkeit" (o.ä.) aufgeführt, wobei zu bemerken ist, daß die Terminologie hier – wie in den Meldungen überhaupt – variiert. Die ursprüngliche Konzeption einer präzisen chronologischen und umfassenden Informationsgebung ist allerdings nie realisiert worden – sie scheiterte primär an den Schwierigkeiten der Nachrichtenübermittlung, aber auch organisatorische Fragen und institutionspolitische Erwägungen wirkten hier ein. Die Authentizität der Meldungen steht jedoch außer jedem Zweifel²⁶⁹,

²⁶⁹ Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 335.

²⁶⁴ Siehe dazu Rückerl, NS-Prozesse, S. 267 f.; Hilberg, Vernichtung, S. 360 ff.; Krausnick, Einsatzgruppen, S. 193; Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 543 ff. Vgl. auch den bei Wilhelm (Einsatzgruppe A, S. 548-552) wiedergegebenen Auszug aus der Vernehmung des HSSPF Friedrich Jeckeln durch NKVD-Angehörige am 21.12.1945.

²⁶⁵ Tagesmeldungen einzelner EGr oder SK/EK sind bisher nicht aufgetaucht, auch nicht in alliierten, sowjetischen oder deutschen Kriegsverbrecher-Prozessen. Dies legt die Annahme nahe, daß sie nicht erhalten sind.

EM Nr. 1 und 2 sind vom 23.6.1941 datiert; zwischen Weihnacht und Neujahr setzt die Serie aus: EM Nr. 149 ist vom 22. Dezember 1941, EM Nr. 150 vom 2. Januar 1942. – Zum folgenden Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 333 ff.

²⁶⁷ Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944, Neuwied 1984.

²⁶⁸ Vollständige englische Übersetzung in John Alexander Swettenham, The tragedy of the Baltic states. A report compiled from official documents and eyewitnesses' stories, London 1952, S. 201-209.

und inhaltlich werden sie durch ein reiches Quellenmaterial verschiedenster Provenienz immer wieder bestätigt. Die redaktionellen Probleme führten allerdings dazu, daß sich die Angaben manchmal wiederholen, auch sind einzelne Daten gelegentlich in späteren Meldungen korrigiert worden. Generell sind dem Bearbeiter wichtig oder exemplarisch erscheinende Ereignisse – wie das Massaker von Babi Jar – in die Ereignismeldungen aufgenommen worden, auch die zumeist ausführlicheren Berichte zu einzelnen Punkten der Systematik und natürlich die Angaben über die jeweils erreichte Gesamtzahl der Opfer. Wilhelm²⁷⁰ spricht daher von einer repräsentativen Berichterstattung, die an die Stelle der intendierten regelmäßigen Information trat. So sind zwar bestimmte Fakten anhand der Ereignismeldungen fixierbar – räumlich und zeitlich –, doch eine kontinuierliche vollständige Abfolge der Einsatzgruppen-Tätigkeit geben sie nicht. Ihr Wert liegt denn auch mehr im Bereich einer allgemeinen Berichterstattung, wie dies auch für die Überblicke der elf, die Zeit bis zum 31. März 1942 umfassenden "Tätigkeits- und Lageberichte der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD in der UdSSR" gilt.

Auch die "Meldungen aus den besetzten Ostgebieten", die ab 1. Mai 1942 in der Nachfolge der Ereignismeldungen – wöchentlich – bis zum 23. Mai 1943 erschienen, sind für die Ermittlung der Gesamtzahl jüdischer Opfer keine verläßliche Quelle. Die Problematik der in den Ereignismeldungen gemachten Angaben wird durch einen Vergleich der hier gemeldeten Zahlen mit jenen des Gesamtberichtes Stahleckers vom 15. Oktober 1941 deutlich, wobei sich für die Ereignismeldung-Daten ein erhebliches Defizit ergibt: Addiert man die in ihnen bis zur Nummer 114 (vom 15.10.1941) enthaltenen Zahlen der Opfer, so ergibt sich eine Gesamtzahl (Juden, Kommunisten, Partisanen, Saboteure etc.) von 45 430, während Stahlecker für die Zeit bis zum 15. Oktober allein 128 432 jüdische Opfer angibt, zu denen noch der jüdische Anteil an den 2000 im "altruss. Raum exekut. Juden, Kommunisten und Partisanen" und den 748 Geisteskranken hinzuzufügen ist.²⁷¹

Die bloße Addition der in den Ereignismeldungen aufgeführten Einzeldaten für:

Einsatzgruppe A: 46135 Einsatzgruppe B: 55661 Einsatzgruppe C: 108239 Einsatzgruppe D: 60728

gibt also auch nicht annähernd die Zahl der jüdischen Opfer im relevanten Zeitraum (22.6.1941 bis Mitte April 1942) wieder, die die Einsatzgruppen selbst registriert hatten. So bleibt der Rückgriff auf die in den Ereignismeldungen enthaltenen Sammelmeldungen der Einsatzgruppen oder auf ihre Gesamtberichte. Die Gesamtzahl der "bis zum 1.2.1942 durchgeführten Exekutionen" wird im "Gesamtbericht der Einsatzgruppe A vom 16. Oktober 1941 bis zum 31. Januar 1942"272 mit 240 410 angegeben,

²⁷⁰ Ebenda, S. 336.

²⁷¹ EM Nr. 1-114 geben für die EGr A insgesamt 16 187 als "Juden" ausgewiesene Opfer sowie weitere 29 243 unter der Sammelbezeichnung "Juden, Kommunisten, Partisanen" u.ä., von denen jedoch der allergrößte Teil Juden waren. Selbst wenn man, unter Annahme einer 14-tägigen Laufzeit der Meldungen bis zum RSHA, die Daten bis EM Nr. 127 (31.10.41) einbezieht, erhöht sich diese Zahl nur um die in EM Nr. 116 (17.10.41) gemeldeten 260 "unzuverlässigen Elemente", die "in der Zeit vom 2. bis 12.10. ... exekutiert werden (mußten)."

Stahleckers Gesamtbericht (S. 702 f.) nennt für das Gebiet des RK Ostland 118 430 jüdische Opfer, dazu jene 5502 des SD-Abschnittes Tilsit im Grenzgebiet sowie 5500 Pogromopfer in Litauen und Lettland.

272 IfZ, Fb 101/35, wiedergegeben bei Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 607.

darunter 229 052 Juden (Litauen: 136 421, Lettland: 35 238, Estland: 963, Weißruthenien: 41 828, altsowjetisches Gebiet: 3600, durch Pogrome: 5500, im "Grenzstreifen Litauen"²⁷³ 5502). In den Ereignismeldungen für die folgende Zeit lassen sich noch weitere 8058 Ermordete ermitteln²⁷⁴ – doch ist dies die Mindestzahl bis Mitte April. Die Einsatzgruppe B meldet in einer Zusammenfassung bis zum 31. Oktober 1941 45 467 Erschießungen²⁷⁵, weitere Opfer werden in den Ereignismeldungen Nr. 146-149 (zusammen 18 522) und – für die Zeit vom 6.-30. März – in Nr. 194 (7466) genannt.²⁷⁶ Die Einsatzgruppe C hatte nach einem Sammelbericht bis zum 20. Oktober 1941²⁷⁷ "etwa 80 000 Personen liquidiert", bis Dezember stieg die Zahl um weitere 25 988, und in den Meldungen vom 3. und 8. April sind 1749 neuerliche Opfer erwähnt.²⁷⁸ Einsatzgruppe D schließlich berichtet am 8. April 1942 "Gesamtzahl bisher 91678"²⁷⁹, und unter dem 17. April 1942 werden weitere 50 Erschießungen gemeldet.²⁸⁰

Die Gesamtzahl der in den Sammelberichten erfaßten Opfer beträgt also bis Mitte April 1942 für:

Einsatzgruppe A: 248 468 Einsatzgruppe B: 71 455²⁸¹ Einsatzgruppe C: 106 737 Einsatzgruppe D: 91 728.

Dies sind Mindestzahlen, und die Opfer der "Milizen" u.a. Hilfskräften, aber auch bei den "Partisanenaktionen" oder bei Exzessen von nicht den Einsatzgruppen unterstehenden Einheiten sind darin nicht erfaßt.

Der Rückschluß von dieser Gesamtzahl auf den Anteil der jüdischen Opfer ist schwierig. Zwar zeigt der "Gesamtbericht" der Einsatzgruppe A einen Anteil der Nichtjuden von unter fünf Prozent, doch bezieht er sich vorwiegend auf die baltischen Länder, also auf einen Raum mit sehr geringer Partisanentätigkeit. In Weißrußland ist aufgrund der Partisanenkämpfe ein höherer nichtjüdischer Anteil anzunehmen. Man wird für den Zeitraum bis Mitte April also von einem Mindestanteil von fünf und einem Höchstanteil von etwa zehn Prozent Nichtjuden auszugehen haben, d.h. bei der oben ermittelten (Mindest-)Gesamtzahl von 480 000-490 000 jüdischen Opfern der Einsatzgruppen bis Mitte April 1942, wobei die Zahl der halben Million eher näher sein dürfte. Denn es zeigt sich in den Ereignismeldungen, daß die Angaben über "gemischte" Opfergruppen wegen der Versuche der sprachlichen Verschleierung zumeist jüdische Opfer meinen. Wenn etwa Einsatzgruppe C meldet: "In Dubno, wo die Ak-

²⁷³ Erschießungen durch Angehörige der Stapo-Leitstelle Tilsit.

EM Nr. 165 (6.2.42), 166 (9.2.42), 168 (13.2.42), 170 (18.2.42), 175 (2.3.42), 178 (9.3.42), 181 (16.3.42), 182 (18.3.42), 183 (20.3.42), 184 (23.3.42), 186 (27.3.42), 190 (8.4.42), 191 (10.4.42), und 195 (24.4.42). EM Nr. 176 (4.3.42) meldet die Verhaftung eines j\u00fcdischen Bildhauers und zweier weiterer j\u00fcdischer Zivilisten – sie d\u00fcrften mit gro\u00dfer Wahrscheinlichkeit erschossen worden sein, zumal ein Bildhauer zur "Intelligenz" z\u00e4hlte.

²⁷⁵ EM Nr. 133 (14.11.41).

²⁷⁶ EM Nr. 146 (15.12.41), 147 (17.12.41), 148 (19.12.41), 149 (22.12.41), 194 (21.4.42).

²⁷⁷ EM Nr. 128 (3.11.41).

²⁷⁸ EM Nr. 135 (19.11.41), 143 (8.12.41), 187 (30.3.42), 189 (3.4.42), 190 (8.4.42). – EM 189 und 190 nicht bei Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 618.

²⁷⁹ EM Nr. 190 (8.4.42).

²⁸⁰ EM Nr. 193 (17.4.42). – Wilhelm (Einsatzgruppe A, S. 618) hat die sieben Opfer der vierten "Razzia" in Fedodosija nicht einbezogen.

²⁸¹ Bei Wilhelm (Einsatzgruppe A, S. 618) dürfte es sich um einen Druckfehler handeln.

tionen im wesentlichen beendet sind, erfolgten insgesamt 100 Exekutionen "282, so ergibt sich aus dem Kontext, daß es sich um 100 jüdische Opfer handelt, und auch die Angabe, daß in Slonim bei einer "Großaktion gegen Juden und andere kommunistisch belastete Elemente ... 1075 Personen liquidiert wurden", erhält durch den Zusatz, daß "noch weitere 94 Personen in Slonim liquidiert worden" seien²⁸³, eine klare Zuordnung. Nicht ganz stringent scheinen Formulierungen wie: Es "wurden insgesamt 276 jüdische, kommunistische Funktionäre, Saboteure, Komsomol-Angehörige und kommunistische Agitatoren erledigt"284, oder: "161 Personen... exekutiert. Bei ihnen handelt es sich um Juden, Kommunisten, Plünderer, Saboteure. "285 Eingehendes Quellenstudium zeigt aber, daß es sich bei den verschiedenen Begriffen, wenn auch nicht in allen, so doch in den allermeisten Fällen um Synonyme für Juden handelt – ebenso wie bei "Agenten", "Partisanenhelfer" etc. Auch bei der Meldung: "166 Personen erfaßt und liquidiert "286 handelt es sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit um jüdische Opfer, denn eine "Erfassung" galt nur für diese Gruppe. Unklar bleiben allerdings die seltenen Angaben: "In der Berichtzeit 173 Liquidierungen"287 u.ä. Ihre Zuordnung muß offen bleiben, wenn auch ein großer Prozentsatz jüdischer Einwohner darunter inbegriffen sein dürfte.

Berücksichtigt man den gesamten Raum der Sowjetunion in den Grenzen vom 21. Juni 1941, so ist neben den Einsatzgruppen A bis D auch die Einsatzgruppe "z.b.V." zu berücksichtigen, die dem BdS Generalgouvernement Krakau unterstand und Anfang August Einsatzkommandos in Bialystok, Brest-Litowsk und Lemberg stationiert hatte.²88 Die Mindestanzahl der von dieser Einsatzgruppe bis Anfang September 1941 Ermordeten betrug 17092 Personen, fast nur Juden.²89 Damit erhöht sich die Zahl der jüdischen Opfer der Einsatzgruppen bis Mitte April 1942 insgesamt auf mindestens eine halbe Million, wobei zu berücksichtigen ist, daß nach dem 9. September 1941 die Einsatzgruppe z.b.V. nicht mehr in den Ereignismeldungen UdSSR erscheint. Wie stark gerade in den dem Generalgouvernement zugeschlagenen – und damit dem BdS Krakau unterstellten – ehemaligen ostpolnischen Gebieten die jüdische Bevölkerung war, die unter deutsche Besatzung geriet, zeigt eine Meldung der Einsatzgruppe z.b.V. von Anfang August 1941, wonach bei einer Volkszählung in Lemberg 160000, in Pinsk 20000 und in Grodno 18500 jüdische Einwohner regi-

²⁸² EM Nr. 27 (19.7.41), EGr C.

²⁸³ EM Nr. 32 (24.7.41), EGr C.

²⁸⁴ EM Nr. 59 (21.8.41).

²⁸⁵ EM Nr. 60 (22.8.41), EGr C.

²⁸⁶ EM Nr. 119 (20.10.41), SK 4a.

²⁸⁷ EM Nr. 133 (14.11.41).

²⁸⁸ EM Nr. 66 (28.8.41).

²⁸⁹ EM Nr. 38 (30.7.41): 416, Nr. 43 (5.8.41): 3947, Nr. 47 (9.8.41): 806, Nr. 56 (18.8.41): 2888, Nr. 58 (20.8.41): 4988, Nr. 66 (28.8.41): 2117, Nr. 67 (29.8.41): 2739, Nr. 78 (9.9.41): 1308. – EM Nr. 47 meldet zusätzlich: "1500 Personen festgenommen" (ohne Angaben über deren weiteres Schicksal), und auch EM Nr. 58 berichtet von 6000 Festnahmen. Nicht sicher ist bei den in der gleichen EM als "erschossen" gemeldeten 4500 ermordeten jüdischen Einwohnern von Pinsk, ob diese in der für den Zeitraum vom 12.-15.8.1941 gemeldeten Zahl von 4988 Getöteten inbegriffen sind.

striert worden waren.²⁹⁰ Sie alle hatten in der Folgezeit das Schicksal der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements zu teilen.²⁹¹

Schon in den Ereignismeldungen zeigt sich, daß die großen "Aktionen" von den stationaren Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD unter dem Kommando eines BdS oder KdS geleitet wurden.²⁹² Nach Einführung der Zivilverwaltung sind sie im Reichskommissariat Ostland und Reichskomissariat Ukraine, soweit erkennbar, fast gänzlich von den "Formationen des Höheren SS- und Polizeiführers" (BdS) unternommen worden, d.h. von den Polizeiregimentern und -bataillonen, teilweise auch mit Unterstützung von SS-Verbänden. Auch die Sicherungsdivisionen des Heeres sind im Rahmen der Partisanenbekämpfung teilweise involviert gewesen. Zwar galten die Operationen, an denen sie beteiligt waren, nicht der "Sonderbehandlung" oder "Umsiedlung" der Juden, wie man die Mordaktionen gegen die jüdische Bevölkerung ab Herbst 1941 verharmlosend-verschleiernd zu benennen pflegte, sondern der "Bandenbekämpfung", doch fielen ihr auch Juden zum Opfer. Deren Einbeziehung beruhte auf der Identitätssetzung "Jude" - "Partisanenhelfer" (o.ä.), ihre Erschießung wurde als Präventivmaßnahme zum Schutz der kämpfenden Truppe ausgegeben vielleicht auch geglaubt.²⁹³ Dabei sind auch "Bandenkämpfe" durchgeführt worden, die überwiegend jüdische Opfer fanden, so meldete der Kommandant Weißruthenien beim Wehrmachtsbefehlshaber Ostland in seinem Bericht für den Monat Oktober 1941 10431 erschossene Partisanen, darunter 5900 Juden²⁹⁴, und die Einsatzgruppe A gab in einem undatierten Bericht²⁹⁵: "Nach schätzungsweisen Angaben sind von der Wehrmacht bis Dezember 1941 ungefähr 19000 Partisanen und Verbrecher, d.h. in der Mehrzahl Juden, erschossen worden" - eine Angabe, die sich auf das Gebiet des Reichskommissariat Ostland als Einsatzraum der Einsatzgruppe beziehen dürfte.

²⁹⁰ EM Nr. 50 (12.8.41). – Für Lemberg wird eine Gesamteinwohnerzahl von 370 000 gegeben. Bei der Volkszählung des Jahres 1920 hatte die Stadt bei 197 000 Einwohnern insgesamt 76854 Bürger mosaischen Glaubens, 60 431 jüdischen Volkstumsbekenntnisses (Skorowidz miejscowośći Rzeczypospolitej Polskiej. Tom 13. Województwo Lwowskie, Warszawa 1924, S. 24).

²⁹¹ Siehe dazu den Beitrag von Frank Golczewski in diesem Band.

EM Nr. 94 (25.9.41): "Von den Formationen des Höheren SS- und Polizeiführers [Süd] wurden im Monat August insgesamt 44.125 Personen, meist Juden, erschossen"; EM Nr. 135 (19.11.41): "Von den etwa 30.000 übrigen Juden in Dnepropetrovsk sind ungefähr 10.000 am 13.10.41 von einem Kommando des Höheren SS- und Polizeiführers [Süd] erschossen worden". Vgl. dazu auch den Bericht der Feldkommandantur 240, Abt. VII, vom 19.10.1941 (IfZ, Fa 213/3; Auszug bei Krausnick, Einsatzgruppen, S. 243, Anm 521a); EM Nr. 143 (8.12.41): "Am 6. und 7. November 1941 wurde die schon länger geplante Judenaktion in Rowno durchgeführt, bei der rund 15.000 Juden erschossen werden konnten. Die Organisation lag auf Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers in den Händen der Ordnungspolizei"; EM Nr. 80 (11.9.41): ein Kommando der Stabskompanie des HSSPF Süd habe "in Kamenez-Podolsk in drei Tagen 23.600 Juden erschossen"; EM Nr. 155 (14.1.42) "Die Zahl der in Riga verbliebenen Juden – 29.500 – wurde durch eine vom Höheren SS- und Polizeiführer durchgeführte Aktion auf 2500 verringert" (siehe Reitlinger, Endlösung, S. 239ff.).

²⁹³ Vgl. Krausnick, Einsatzgruppen, S. 275 (Sicherungs-Rgt. 727). – Sowjetischerseits wurden die Angehörigen der 203., 207., 213., 281. und 325. Sicherungsdivision der Teilnahme an Kriegsverbrechen verdächtigt, siehe Kurt W. Böhme, Liste der von den Sowjets 1948-1950 "gesperten Einheiten", in: ders., Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz, München 1966, S. 319-336. (Zur Problematik Reinhart Maurach, Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Gefangene in der Sowjetunion, Hamburg 1950).

²⁹⁴ IfZ, Fb 104/2.

²⁹⁵ Nbg. Dok. 2273-PS.

Zahlenmäßig sehr viel höher aber waren die jüdischen Opfer der "Partisanenbekämpfung" durch die HSSPF und ihre Einheiten. Himmler meldete am 29. Dezember 1942 an Hitler²⁹⁶, daß in vier Monaten scharfen "Bandenkampfes" im Raum Bialystok und "Süd" 1337 Partisanen im Kampf gefallen und weitere 22822 Partisanen und Partisanenverdächtige erschossen und 363 211 Juden "vernichtet" worden seien. Im September 1942 fielen der Operation "Sumpffieber" des HSSPF Ostland (Jeckeln) 8350 jüdische Einwohner zum Opfer²⁹⁷, im Dezember 1942 fand im Raum Slonim die Aktion "Hamburg" statt, bei der 2658 Juden erschossen wurden²⁹⁸, am 1. März 1943 wurden bei der Partisanenaktion "Hornung" im Raum Sluzk 3300 Juden ermordet.²⁹⁹ Curt von Gottberg, Kommandeur einer Kampfgruppe zur Partisanenbekämpfung, berichtete auf einem Vortrag in Minsk am 10. April 1943, daß innerhalb von fünf Monaten (November 1941 - März 1942) bei elf Operationen über 11 000 Juden von seinem Verband erschossen worden seien.³⁰⁰ Wieviele jüdische Opfer die anderen "Bandenaktionen", etwa das ob des hohen Anteils der getöteten Frauen und Kinder sogar von Kube und Lohse gerügte Unternehmen "Cottbus" forderten, ist nicht ausgewiesen.301

Unklar ist, ob die Meldungen der SS- und Polizeieinheiten in die Ereignismeldungen UdSSR Aufnahme gefunden haben³⁰², wenn sie "Aktionen" ohne Beteiligung der Einsatzgruppen durchführten.³⁰³ So meldete etwa die 1. SS-Infanteriebrigade dem AOK 6 am 8. August 1941, daß das SS-Inf.-Rgt. 10 in Tschernjachow (Černjachov) 232 Juden erschossen habe³⁰⁴, eine "Säuberungsaktion" im Raum Zwiahel dieser SS-Inf.-Brigade forderte 1658 jüdische Opfer³⁰⁵, und bei der "Befriedung" des Pripjet-Gebietes durch die 1. SS-Kavallerie-Brigade wurden "13 788 Plünderer" erschossen³⁰⁶ –

²⁹⁶ Nbg. Dok. NO-511.

²⁹⁷ Abschlußbericht Jeckelns vom 6.11.1941 (IfZ, MA 707/2).

²⁹⁸ Meldung aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 (21.1.43) (IfZ, MA-440). Vgl. auch Himmlers Meldung Nr. 48 an Hitler vom 12.12.1942 (IfZ, MA-326).

²⁹⁹ Wehrmachtsbefehlshaber Ostland, Brämer, an Gen.-Lt. Warlimont (Wehrmachtführungsstab) am 1.3.1943 (IfZ, MA-707/1).

³⁰⁰ Das Referat v. Gottbergs: IfZ, Fb 85/1, im Auszug bei Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 524f. Vgl. Nbg. Dok. NO-1732.

³⁰¹ Die Einsatzbesehle: IfZ, Fb 101/13; Berichte über die Aktion ebenda Fb 101/35; Kubes und Lohses Bericht an den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete vom 5.6.1943 bzw. 18.6.1943 in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. 38, S. 371-375. Das Dokument (R-135) gibt (S. 374) als Zahl der "Feindtoten" – d.h. Partisanen – 4500, dazu werden 5000 "bandenverdächtige Tote" ausgeführt, bei denen es sich, dem Sprachgebrauch zusolge, mit hoher Wahrscheinlichkeit zum allergrößten Teil um jüdische Einwohner handeln dürste.

³⁰² Einsätze mit Beteiligung von EGr-Kommandos verzeichnet etwa EM Nr. 133 (14.11.41): EK 8 und Polizei-Regiment Mitte, Nr. 148 (19.12.41): EK 8 und Reserve-Polizei-Bataillon 316. Die hier genannten Zahlen ("3726 Juden beiderlei Geschlechts und jeglichen Alters liquidiert"; "insgesamt 5281 Juden beiderlei Geschlechts erschossen") dürften in die EM-Zahlen aufgenommen worden sein.

³⁰³ Nbg. Dok. NOKW-1169. In die EM aufgenommen wurden die Aktionen in Minsk unter Beteiligung von Ordnungspolizei des HSSPF Mitte, die 2278 (EM Nr. 92 [23.9.41]) und 3726 (EM Nr. 133 [14.11.41]) jüdischen Einwohnern das Leben kosteten, auch die von Jeckeln (Reitlinger, Endlösung, S. 213, gibt irrigerweise Prützmann) durchgeführte Aktion in Riga, der am 30. November 1941 10600 Juden zum Opfer fielen (EM Nr. 156 [16.1.42]). Auch die Beteiligung der SS-Division "Das Reich" an der Ermordung von 920 Juden in der Stadt Logojsk ("Lageisk") wurde in EM Nr. 92 (23.9.41) gemeldet.

³⁰⁴ Nbg. Dok. NOKW-1612.

³⁰⁵ Nbg. Dok. NOKW-1165.

³⁰⁶ Abschlußmeldung der 1. SS.-Kav.-Brig. vom 13.8.1941 an HSSPF Süd (Unsere Ehre heißt Treue. Kriegstagebuch des Kommandostabes RFSS. Tätigkeitsberichte der 1. und 2. SS-Inf.-Brigade und von Sonderkommandos der SS. (Hrsg. v. Fritz Baade u.a.), Wien, S. 214ff.).

eine Formel, die gemeinhin die Ermordung jüdischer Einwohner kaschieren sollte. Das Reserve-Polizei-Bataillon 11, das in Kaunas stationiert war, ermordete bei einer "Säuberungsaktion im Raum Sluzk-Kleck" am 27.-28. September 1941 5900 Juden³⁰⁷, in Borisow am 18. Oktober des gleichen Jahres 6500 jüdische Einwohner.³⁰⁸

Der Verlauf dieser "zweiten Tötungsphase", wie sie Hilberg³⁰⁹ genannt hat, ist noch lückenhafter belegt als jener der ersten, die von den Einsatzgruppen direkt ausgeführt wurde und für die in den "Ereignismeldungen UdSSR" wenigstens eine homogene Quelle vorhanden ist, die, durch Dokumente anderer Provenienz bestätigt, eine annähernde Rekonstruktion des Handlungsverlaufs für die Einsatzgruppen und zu einem (geringen) Teil sogar der Verbände der HSSPF erlaubt. Eine vergleichsweise aussagekräftige Quelle fehlt für die zweite Phase ganz. Was hierzu vorliegt, sind mehr oder weniger zufällig und äußerst bruchstückhaft erhaltene Bestände verschiedener Provenienz, die ein höchst heterogenes Material bilden, ergänzt durch Zeugenaussagen, die hinsichtlich der Zahl der Opfer nur Schätzungen geben und mit der für die Oral History verbindlichen kritischen Methode zu benutzen sind. Diese Heterogenität der Quellen, die dem von Reitlinger treffend als "Labyrinth der Kompetenzen"310 charakterisierten Überschneidungen von Zuständigkeiten von teilweise konkurrierenden Machtapparaten entspricht, läßt oftmals keine präzise Aussage darüber zu, ob die in einer Quelle genannte Opferzahl Teilsumme einer in einer anderen Quelle aufgeführten Gesamtsumme ist oder ob sie eine eigenständige Zahl darstellt. So ist in dem oben genannten Bericht Himmlers an Hitler vom 29. Dezember 1942 - nach einer Meldung des HSSPF Prützmann - fraglich, was in ihn eingegangen ist. Sein Erfassungsgebiet wird mit dem Einsatzgebiet des HSSPF Süd (Prützmann) und "Bialystok" angegeben, so daß fraglich bleibt, ob hier nicht auch der Bereich des HSSPF Mitte (von dem

³⁰⁷ Kommandant in Weißruthenien an Wehrmachtsbefehlshaber Ostland am 10.11.1941, Anlage 4 (IfZ, Fb 104/2). – Über den Verlauf der Aktion liegt eines der seltenen Zeugnisse eines Beobachters vor, der keiner antideutschen Einstellung verdächtig ist: Der Gebietskommissar von Sluzk, Heinrich Carl, berichtete am 30. Oktober 1941 seinem Vorgesetzten Kube in Minsk mit allen Zeichen stammelnden Entsetzens, am 27. morgens habe ihn der Adjutant des Polizeibataillons informiert, daß seine Einheit in Stärke von vier Kompanien, davon zwei litauischer "Partisanen", im Anmarsch sei und den Auftrag habe, "hier in der Stadt Sluzk in zwei Tagen die Liquidierung sämtlicher Juden vorzunehmen". Die Aktion begann dann auch weisungsgemäß unverzüglich nach Eintreffen des Bataillons.

[&]quot;Was im übrigen die Durchführung der Aktion anbelangt, muß ich zu meinem tiefsten Bedauern sagen, daß letztere bereits an Sadismus grenzte. Die Stadt bot während der Aktion ein schreckenerregendes Bild. Mit unbeschreiblicher Brutalität sowohl von Seiten der deutschen Polizeibeamten wie insbesondere von den litauischen Partisanen, wurde das jüdische Volk, darunter aber auch Weißruthenen aus den Wohnungen geholt und zusammengetrieben. Überall in der Stadt knallte es und in den einzelnen Straßen häuften sich die Leichen der erschossenen Juden … Bei Erschießungen vor der Stadt bin ich nicht selbst zugegen gewesen. Über die Brutalität kann ich daher nichts sagen. Es dürfte aber genügen, wenn ich hervorhebe, daß Erschossene längere Zeit nach Zuwerfen der Gräben sich wieder herausgearbeitet haben… Anschließend sehe ich mich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß von dem Polizeibataillon während der Aktion in unerhörter Weise geplündert worden ist, und zwar nicht nur in jüdischen Häusern, sondern genau so in den Häusern der Weißruthenen. Alles Brauchbare wie Stiefel, Leder, Stoffe, Gold und sonstige Wertsachen haben sie mitgenommen. Nach Angaben von Wehrmachtsangehörigen wurden den Juden öffentlich auf der Straße die Uhren von den Armen gerissen, die Ringe in brutalster Weise von den Fingern gezogen." (Nbg. Dok. 1104-PS).

³⁰⁸ Bericht des Dolmetschers der Abwehr, HGr Mitte, Soennecken, vom 24.10.1941 (Nbg. Dok. 3047-PS, wiedergegeben bei Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 578 ff.).

³⁰⁹ Hilberg, Vernichtung, S. 249, 262, passim.

³¹⁰ Reitlinger, Endlösung, S. 235. Ein Überblick über die konkurrierenden Apparate bei Dallin, Deutsche Herrschaft, S. 32 ff., 95 ff.

Bach-Zelewski) in Teilen einbezogen ist. Ferner ist die genaue zeitliche Begrenzung unsicher, der Bericht spricht von den vergangenen vier Monaten.

Es ist unwahrscheinlich, daß die Aktion vom 28./29. Juli 1942 in Minsk³¹¹, die 10000 jüdischen Ghettobewohnern das Leben kostete, in Himmlers Zahl enthalten ist. Anders verhält es sich mit der im Affidavit von Metzner³¹² genannten Aktion vom August 1942 in "Schirowitz", der 1400 Juden zum Opfer fielen, den von Gräbe berichteten Morden in Dubno am 5.-7. Oktober 1942 mit 12 000 Opfern.³¹³ Die Ermordung von 6000 Juden in Mineralnyje wody (Mineral'nye vody) durch Sonderkommando 10a im September 1942³¹⁴ ist wahrscheinlich, da nicht in Prützmanns Einsatzraum erfolgt, nicht in dessen Angabe enthalten. Aber die Erschießung von etwa 500 jüdischen Einwohnern in Gomel' im Oktober 1942315 könnte in Himmlers Zahl enthalten sein. Mit größter Wahrscheinlichkeit trifft dies für die 611 Ermordeten zu, die das Polizei-Regiment 15 für den Zeitraum vom 6. September bis 31. Oktober 1942 meldete³¹⁶, ein Gleiches gilt für die Meldung über die Morde im Ghetto Pinsk, die die 10. Kompanie des 15. Polizei-Regiments mit der 11. Kompanie des 11. Polizei-Regiments am 28. Oktober 1942 verübte, sie forderten mindestens 26 200 Opfer.³¹⁷ Wahrscheinlich inbegriffen sind jene 1942 in Poltawa ermordeten Juden, von denen Augenzeugen berichten³¹⁸, auch die in der Sammelmeldung des 15. Polizei-Regiments für Herbst 1942 genannte Zahl von "41848 Juden, Jüdinnen und jüdischen Kindern", die in der Nordwest-Ukraine ermordet wurden³¹⁹, sind wahrscheinlich in Himmlers Angabe enthalten. Unklar bleibt, ob die in Kobryn gemeldeten 5000 und die für Brest-Litowsk genannten 20000 jüdischen Opfer³²⁰ des Jahres 1942 zu dieser Zwischensumme - und ggf. in welcher Größenordnung - zu addieren sind. Die 18 000 Juden, die der zweiten Okkupation Rostows im Juli 1942 zum Opfer fielen³²¹, dürfte Prützmann nicht an Himmler gemeldet haben, sie wurden vom Sonderkommando 10a ermordet.

Vergrößert werden diese quellenbedingten Unsicherheiten noch dadurch, daß eine Reihe von Operationen der Einsatzgruppen und der HSSPF-Einheiten zwar bezeugt sind, aber keine Angaben über die Zahl ihrer Opfer vorhanden sind. Dies gilt etwa für die "Aktion" des Sonderkommandos 10a in Naltschik im Juli 1942³²² wie für die Erschießungen in Zagrodsk³²³ während des August des gleichen Jahres und für die Morde in Bobrujsk im Frühjahr 1943.³²⁴

³¹¹ Nbg. Dok. 3428-PS, vgl. Reitlinger, Endlösung, S. 264-268; Luck (Use and Abuse of Holocaust Documents. Reitlinger and "How Many?", in: Jewish Social Studies 41 (1979), S. 95-122, S. 103) schließt aus, daß andere Bereiche als das Einsatzgebiet HSSPF Süd inbegriffen sind.

³¹² Nbg. Dok. NO-558.

³¹³ Nbg. Dok. 2992-PS.

Reitlinger, Endlösung, S. 272, nach Prawda vom 3.8.1943.

³¹⁵ Nbg. Dok. NO-5520.

³¹⁶ Luck, Use, S. 103.

³¹⁷ Ebenda, S. 101.

³¹⁸ Reuben Ainszstein, Jewish resistance in Nazi occupied Eastern Europe, New York 1974, S. 227, 274.

³¹⁹ Dokumenty obvinjajut. Sbornik dokumentov o čudoviščnych zverstvach germanskich vlastej na vremenno zachvačennych imi sovetskich territorijach. Vyp. 1, Moskva 1945, S. 38.

³²⁰ Luck, Use, \$.105, 116, Anm. 68.

³²¹ Ebenda, S. 105.

³²² Der Oberländer-Prozeß, Berlin (Ost) 1960, S. 149f. – Die hier wiedergegebene Zeugenaussage ist übrigens ein warnendes Beispiel für den Mißbrauch dieser Quellengattung.

³²³ Raul Hilberg, Documents of destruction, Chicago 1971, S. 59 ff.

³²⁴ Luck, Use, S. 105.

Als gesicherte und nicht in Himmlers Angaben inbegriffene Zahlen dürften dagegen die von Mitte Mai bis Ende Juli in Minsk ermordeten 55 000 Juden gelten³²⁵, ferner sind im Gebiet Lida, Baranowitschi, Slonim, Bytin und Berecin im Frühjahr 1943 weitere 20 000 Opfer zu verzeichnen.³²⁶ Im Februar des gleichen Jahres sind bei Sluzk (Sluck) noch 1200 Juden ermordet worden.³²⁷ Und einer Meldung der Gefängnisverwaltung Minsk zufolge starben vom 13. April bis 31. Mai 1943 in der dortigen Haftanstalt 516 deutsche und russische Juden, wobei offen bleiben muß, wieviele sowjetische Bürger in dieser Angabe enthalten sind.³²⁸

Diese Mordaktionen, die sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 verdichteten, sind durch die "Aktion Reinhard" eingeleitet worden, jenes pervertierte Sühneopfer der SS für den toten Reinhard Heydrich, das in Minsk mit der Aktion vom 28./29. Juli praktiziert wurde.³²⁹ Bis zum Frühjahr 1943 sind die offenen Ghettos, in denen die jüdischen Einwohner der Marktflecken und kleinen Städte - zumeist auch ihrer näheren Umgebung – vorwiegend zusammengefaßt waren, liquidiert worden: Die Welt der ostjüdischen "schtetl", eines Scholem Alejchem und Marc Chagall, war tot, ausgelöscht. In Wolhynien begann die neuerliche Vernichtungswelle schon Ende Juni mit der "Liquidierung" der Ghettos Korez (Korec), Dubno und Kowel (Kovel), im Juli folgte das Ghetto in Rowno und jenes in Olynka.330 Aber auch vor den großen Ghettos der volkreichen Städte machte die "Endlösung" nicht Halt, ihre Bewohner wurden bei immer neuen "Aktionen" schrittweise dezimiert, nur diejenigen durften ihre befristete Existenz fortsetzen, auf Zeit überleben, die als "Arbeitsjuden" für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft, soweit sie der Besatzungsmacht diente, unentbehrlich waren ganz besonders, wenn sie für den Bedarf der Wehrmacht und Waffen-SS arbeiteten. Doch verschlechterte sich die Position der Wirtschaftsinspektoren und anderer Vertreter der Zivilverwaltung³³¹, die sich, und dies zum Teil mit Nachdruck³³², für ihre jüdischen Arbeitskräfte einsetzten und deren Leben zu erhalten suchten, gegenüber den auf die "Lösung des Judenproblems" drängenden SS-Funktionären mehr und mehr, auch die zaghaften Versuche des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete und des Wirtschaftsführungstabes Ost, dem Göring vorstand, auf Himmler und das RSHA einzuwirken, blieben letztlich fruchtlos: Die "Rassenpolitik" gewann Priorität selbst gegenüber Erfordernissen der Kriegswirtschaft.³³³ So konnte nur eine geringe Zahl (geschlossener?) Ghettos noch eine kurze Zeit fortbestehen. Für den ukrainischen Raum ist nur die Existenz eines Ghettos in dem Kiewer Stadtteil Syrezk (Syreck) bezeugt, in dem jüdische Arbeitskräfte bis Ende Oktober 1943 überleben konnten.334 Dagegen gab es in Weißrußland, wo, anders als in der Ukraine, die jüdi-

³²⁵ Fall 9. Das Urteil im Einsatzgruppenprozeß, S. 222.

³²⁶ Nbg. Dok. NO-5558.

³²⁷ Fall 9. Das Urteil im Einsatzgruppenprozeß, S. 224.

Nbg. Dok. R-135. – Die aus westlichen Gebieten auf sowjetisches Territorium deportierten Juden werden, da in den Berichten über die einzelnen Länder abgehandelt, hier nicht berücksichtigt.

³²⁹ Nbg. Dok. 3428-PS.

³³⁰ Shmuel Spector, The Jews of Volynia and their reaction to extermination, in: Yad Vashem Studies 15 (1983), S. 159-186, hier S. 161 ff.

³³¹ Einen Überblick über die beteiligten Behörden bei Dallin, Deutsche Herrschaft, S. 32ff., 95ff.

 ³³² Vgl. den Bericht des Gebietskommissars von Sluck, Carl, an Kube vom 30.9.1941 (Nbg. Dok. 1104-PS).
 ³³³ Hilberg, Vernichtung, S. 253 ff.; Dallin, Deutsche Herrschaft, S. 317 ff.; Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 348.

³³⁴ The Jewish Black Book Committee (ed.), The Black Book. The Nazi crime against the Jewish people, New York 1946, S. 362.

sche Bevölkerung den größten Teil der Handwerker und Facharbeiter stellte, nach Kubes Schreiben an Leibbrandt vom 23. November 1942 noch zehn Ghettos mit insgesamt 30 000 Bewohnern³³⁵, von denen allerdings in Minsk nur 8600 und in den anderen 7000 fortleben sollten, deren Arbeit in den Rüstungsbetrieben und im Eisenbahnwesen unverzichtbar war – allerdings hatte Kube schon am 31. Juli einen Vorbehalt eingebracht: "Vorläufig werden die notwendigen Ansprüche der Wehrmacht, die in der Hauptsache Arbeitgeber des Judentums ist, berücksichtigt."³³⁶

Diese Ghettos - bekannt sind die von Minsk, Nowogródek (Novogrudok), Wilejka, Baranowitschi, Slonim, Hancewicze (Gančeviči) und Lida³³⁷ - haben bis in den September, vereinzelt bis November 1943 fortbestanden.³³⁸ Ihre Belegschaft ist offenbar stärker gewesen, als Kube in seinem Schreiben an Lohse angab, denn der Gebietskommissar von Lida, Hanweg, nannte für seinen Amtsbereich auf einer Tagung der Gebietskommissare in Minsk am 8.-10. April 1943 die Zahl ("ein Rest") von 4419 Juden. Haase, der für Wilejka zuständig war, sprach von 3000 Überlebenden, von denen 2850 auf der großen Heeresbaustelle in Krasnoje ("Krasne") eingesetzt seien. Da diese - bis auf einige Fachleute - entbehrlich seien, habe er "mit meinem SS-Obersturmführer" Übereinkunft erzielt, "wonach Krasne so schnell wie möglich bereinigt werden soll. Demnach dürfte die Judenfrage in meinem Gebiet in Kürze endgültig erledigt sein."339 Man wird also für Lida mit einer "Umsiedlungsaktion" im April/Mai zu rechnen haben, nach deren Abschluß von den 3000 Juden des Gebietes noch 150 am Leben waren. Strauch, der KdS Weißruthenien, nannte auf der gleichen Konferenz die Zahl von "etwa 20000 im Bereich des Generalkommissariats" noch lebenden Juden³⁴⁰, eine Angabe, die nicht notwendig im Gegensatz zu Kubes Daten vom Juli 1942 stehen muß, da sie wahrscheinlich die aus dem Reich nach Minsk deportierten Juden einschließt.

Im Gebiet von Białystok, das Erich Koch in Königsberg unterstand, gab es große Ghettos in Białystok selbst, in Grodno und Lomża, sowie eine größere Zahl kleinerer Ghettos. Sie haben bis Ende 1942 eine Sonderstellung innegehabt und sind von der "Aktion Reinhard" verschont geblieben; erst als im Dezember 1942 die Weisung erging, das Reichsgebiet "judenfrei" zu machen, wurden auch sie von der Vernichtungswelle erfaßt. Ihre Insassen wurden nach Treblinka und Auschwitz deportiert und dort bis auf einige wenige ermordet. In Grodno bestand das Ghetto mit einer schrumpfenden Bevölkerung noch bis zum 12. März 1943, und aus Białystok, dessen Arbeiter die kriegswichtige Produktion der Textilindustrie des Ortes aufrechterhielten, wurden Ende August 1943 25 000 Juden nach Treblinka deportiert³⁴¹, einige jüdische Widerstandskämpfer vermochten sich im Ghetto noch über den 15. September hinaus zu behaupten.³⁴² Im Ghetto Minsk, das gegen Ende des Jahres 1942 noch 8800 Insassen

³³⁵ Reitlinger, Endlösung, S. 255. – Das von Reitlinger als Beleg gegebene Nürnberger Dokument 3428-PS enthält allerdings Kubes Schreiben an Lohse vom 31.7.1942.

³³⁶ Nbg. Dok. 3428-PS.

³³⁷ Ebenda.

³³⁸ Reitlinger, Endlösung, S. 255.

³³⁹ Tagung der Gebietskommissare, Hauptabteilungsleiter und Abteilungsleiter in Minsk, 8.-10.4.1943 (IfZ, Fb-85, S. 72ff.).

³⁴⁰ Ebenda, S. 165.

³⁴¹ Reitlinger, Endlösung, S. 322 f.

³⁴² Josef Tenenbaum, In search of a lost people, New York 1949, S. 100.

zählte³⁴³ – 6200 sowjetische und 2600 deutsche Juden, die man dorthin deportiert hatte –, wurden immer wieder, auch gegen die Vorstellungen Kubes, kleinere Gruppen mittels des dort stationierten "Gaswagens" ermordet, seit Juli 1943 verstärkte der KdS Strauch die Bemühungen um die Liquidierung des Ghettos, und kurz vor Kubes Ermordung wurden am 14. September 1943 die letzten Ghettobewohner in polnische Lager abtransportiert. Im gleichen Monat wurden auch die Ghettos Lida und Nowogrodek auf eben diese Weise aufgelöst. Bis Ende November waren die letzten Ghettos in Weißrußland verschwunden, ihre Insassen entweder im Lande ermordet oder in die polnischen Vernichtungslager abtransportiert.³⁴⁴

In den baltischen Ländern hatten die Ghettos in den Hauptstädten Litauens und Lettlands sowie in einigen wenigen ländlichen Zentren die Massaker der Monate Juli bis November 1941, denen der größte Teil der jüdischen Bevölkerung des Baltikums zum Opfer fiel, überdauern können; allerdings boten auch sie keinen sicheren Schutz vor den Mordkommandos und wurden verschiedenen "Durchkämmungs"- oder "Säuberungs"-Aktionen unterworfen.³45 Dabei wurden die in Kaunas und Wilna anfänglich bestehenden zwei "jüdischen Wohnbezirke" in je ein Ghetto umgewandelt. In Kaunas, dessen Ghetto im Stadtteil Viliampol lag, lebten am 15. August 1941 30 000 Juden, Ende Dezember betrug ihre Zahl noch 17 412.³46 In Wilna, wo nach der Aktion vom 1. September nach den Daten vom 6. dieses Monats noch 40 000 Juden am Leben waren, wurden viele nichtarbeitsfähige Juden zur Mordstätte Paneriai transportiert, so während des 21.-24. Oktober. Bis Jahresende 1941 war die Zahl der Ghettobewohner auf 20 000 gesunken.³47

Die 5000 für Ende August genannten Bewohner des Ghettos Schaulen (Šiauliai) blieben bis Jahresende von "Aktionen" verschont, 500 weitere Juden lebten noch in Svenciony.³⁴⁸ Jäger, nunmehr KdS Litauen, bemerkte dazu: "Diese Arbeitsjuden incl. ihrer Familien wollte ich ebenfalls umlegen, was mir jedoch scharfe Kampfansage der Zivilverwaltung [des Reichskommissars] und der Wehrmacht eintrug und das Verbot auslöste: Diese Juden und ihre Familien dürfen nicht erschossen werden."³⁴⁹ In Lettland bestanden seit dem 12. Juli in Libau und seit dem 25. Juli in Daugavpils (Dünaburg) kleinere Ghettos³⁵⁰; in Riga, wo sich die lettische Bevölkerung der Moskauer Vorstadt gegen die Aussiedlung ihrer jüdischen Mitbürger sträubte, konnte das "große" Ghetto erst am 25. Oktober geschlossen werden. Der größte Teil der anfangs 29 602 Bewohner wurde in den "Aktionen" vom 29./30. November und vom 8./9. Dezember 1941 ermordet, in dem bis 1943 fortbestehenden "kleinen" Ghetto lebten

³⁴³ Nach Reitlinger, Endlösung, S. 323. Dies würde bedeuten, daß es Kube gelang, 200 Juden mehr am Leben zu erhalten als dies nach seinem Schreiben an Lohse vom 31.7.1942 (siehe oben, Anm. 335) zu erwarten war.

³⁴⁴ Reitlinger, Endlösung, S. 323.

³⁴⁵ Zu Litauen siehe neben Arad ("Final Solution") für das Ghetto Wilna Dvorjetski (Ghetto de Vilna), für Lettland neben Kaufmann (Churbn Lettland) die Beiträge in Bobe (Jews in Latvia).

³⁴⁶ Im Gesamtbericht vom 15.10.1941 gibt auch Stahlecker diese Zahl (Nbg. Dok. L-180).

³⁴⁷ In seinem Bericht (Rückerl, NS-Prozesse, Anhang) gab Jäger für Kaunas und Wilna je "ca. 15000", für Schaulen "ca. 4500".

³⁴⁸ Arad, "Final Solution", S. 247.

³⁴⁹ Jäger in seinem Bericht vom 1.12.1941 (Text bei Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 536, Auszug).

³⁵⁰ Bobe, Jews in Latvia, S. 361 f.

etwa 4500 Juden, ferner noch einige außerhalb, insgesamt etwa 5000.³⁵¹ In Libau überlebten die "Aktionen" vom 23. Juli und vom Dezember 850 Ghettobewohner³⁵², aufgelöst wurde das Ghetto am 8. Oktober 1943, die Überlebenden wurden an diesem Tage in das Konzentrationslager Kaiserwald gebracht.³⁵³ Dorthin wurden auch die arbeitsfähigen Überlebenden des Rigaer Ghettos gebracht, die arbeitsunfähigen wurden bei der Auflösung am 2./3. November 1943 per Bahn abtransportiert, zumindest ein Teil von ihnen nach Auschwitz, wo der größte Teil in den Gaskammern sterben mußte.³⁵⁴

In Estland haben keine Ghettos bestanden, denn obwohl das Sonderkommando 1a Mitte Oktober 1941 meldete, man werde für die "etwa 500 bis 600 Jüdinnen und Kinder" in Estland ein Lager in Harku bei Reval errichten und die Frauen beim Torfstich einsetzen³⁵⁵, verzeichnete Ende Januar der Gesamtbericht der Einsatzgruppe A kurz: "Heute gibt es in Estland keine Juden mehr."356 Die jüdischen Insassen der für die Ölschieferproduktion erbauten Konzentrationslager Kiviöli, Raasiku und Vaivara mußten daher von außerhalb des Landes herangeholt werden, zum Teil waren es litauische und lettische Juden. Auch in den Vaivara unterstehenden Teillagern Klooga und Lagedi bestand ein Teil der Häftlinge - etwa die Hälfte - aus Juden. Sie sind bei der Räumung des Lagers im Herbst 1944 erschossen worden.³⁵⁷ In Lettland waren Juden in die Konzentrationslager von Salaspils, Kaiserwald und Jungfernhof (Jumpravmuiza) gebracht, die Ghettobewohner Rigas wurden, soweit arbeitsfähig, nach Kaiserwald gebracht und bei Raumung des Lagers über See nach Stutthof transportiert, von wo sie zum Teil in andere Konzentrationslager im Reich weitergeschickt wurden. Reitlinger beziffert die Zahl der im November 1943 in baltischen Konzentrationslagern lebenden Juden mit 50000, von denen etwa ein Fünftel den Zusammenbruch überlebt habe. 358 Darin sind auch die Überlebenden der in Konzentrationslager umgewandelten Ghettos Wilna und Kaunas inbegriffen. Aus Wilna waren im August und September Transporte nach Kaiserwald abgegangen, auch aus Kaunas wurden Arbeitskräfte dorthin deportiert. Die restlichen Insassen des Lagers Kaunas wurden vor dem Herannahen der Roten Armee im Juli/August 1944 abtransportiert, die Frauen nach Stutthof, die Manner ins Konzentrationslager Dachau. 359

³⁵¹ Die Zahlen nach Arad, "Final Solution", S. 244, 247, vgl. Kaufmann, Churbn Lettland, S. 119. Vgl. auch IfZ, Gh 02.79/1, S. 105 f. (LG Hamburg. Verfahren gegen Viktor Bernard Arajs). Die Angabe über die Zahl der Bewohner des großen Ghettos im Bericht des Generalkommissars Lettland an den Reichskommissar Ostland vom 20.11.1941 (ebenda, S. 30). – Das "deutsche" Ghetto wird hier nicht berücksichtigt, siehe dazu Jeanette Wolff, Sadismus oder Wahnsinn, Greiz 1946.

³⁵² Kaufmann, Churbn Lettland, S. 302; Bobe, Jews in Latvia, S. 362. Lange (KdS Lettland) gab in seinem Bericht vom Januar 1942 (IfZ, Fb 101/29, im Auszug bei Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 5341.) für Riga 2500, Daugavpils 950 und Libau 300 "restliche Juden", doch spricht er von Arbeitskräften, bezieht also u.U. die Familienangehörigen nicht ein. Zu Libau vgl. die Auszüge aus dem Kriegstagebuch Nr. 1 des SS- u. Pol.-Standortführers Libau bei Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 571 ff.

Bobe, Jews in Latvia, S. 361.

Reitlinger, Endlösung, S. 327 f.; Bobe, Jews in Latvia, S. 363 f.; Kaufmann, Churbn Lettland, S. 196 f.

³⁵⁵ EM Nr. 111 (12.10.41).

³⁵⁶ Gesamtbericht der Einsatzgruppe A vom 16. Oktober 1941 bis 31. Januar 1942 (IfZ, Fb 101/35).

³⁵⁷ Aktenvermerk für den Herrn Reichskommissar über Besprechung bei Gauleiter Meyer in Berlin am 5.7.1944 (IfZ, MA 793, S. 34); Aussage Jeckelns in: Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 569; ebenda, S. 612 ff.

Reitlinger, Endlösung, S. 329. Nach Kaufmann (Churbn Lettland, S. 358) wurde Kaiserwald am 6.8.1944 geräumt. Dachau nennt Kaufmann nicht, jedoch Buchenwald, Sachsenhausen u.a. Lager. Er berichtet auch, daß 1500 Lagerinsassen in Kaiserwald zurückgeblieben seien. Die Zahl der jüdischen Häftlinge in Kaiserwald soll 15000 betragen haben.

³⁵⁹ Reitlinger, Endlösung, S. 328. Zu Wilna und Kaunas siehe Arad, "Final Solution", S. 259 f.

Vom Schicksal der unter die deutsche Besatzungsmacht geratenen jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion zu unterscheiden ist das jener jüdischen Gruppe, deren Siedlungsraum unter rumänische Herrschaft kam. Das waren vor allem die Juden Bessarabiens und der Nordbukowina, die Rumanien aufgrund des sowjetischen Ultimatums vom 26. Juni im Juli 1941 an die Sowjetunion hatte abtreten müssen, und die des Transnistrien genannten Gebietes zwischen Dnestr und (östlichem) Bug, das im Abkommen von Tighina am 30. August 1941 rumänischer Verwaltung unterstellt worden war. Die Juden der Südbukowina - einschließlich des 1938 inkorporierten altrumänischen Distrikts von Dorohoi – hatten das Los dieser Gruppe zu teilen.³⁶⁰ Dieser Raum aber war Einsatzgebiet der Einsatzgruppe D gewesen, die am 6./7. Juli in Czernowitz, der alten Bukowiner Hauptstadt mit einer reichen jüdischen Tradition und (1930) über 41 000 jüdischen Einwohnern, Standort genommen hatte. Anhand vorbereiteter Namenslisten führte sie schon am 8./9. Juli "in Zusammenarbeit mit der rumänischen Polizei" eine "Großaktion" durch, der 682 führende jüdische Persönlichkeiten der Stadt zum Opfer fielen.³⁶¹ Mit der Vorverlegung der Einsatzgruppen-Einheiten wurden auch in Chotin, Kischinew, Tighina und Belzy sowie in Jampol', Kodyma und im Gebiet von Ananjew jüdische Einwohner ermordet.³⁶² Erst nach dem Abkommen von Tighina räumte die Einsatzgruppe das nunmehr rumänische Gebiet weitgehend, allerdings hielt sich das Sonderkommando 11b bei Odessa bereit, um nach der Einnahme der Stadt (16. Oktober 1941) "sicherheitspolizeiliche Aufgaben" durchführen zu können.363

Die rumänische Judenpolitik in den "neurumänischen" Territorien Bukowina, Bessarabien und Transnistrien unterschied sich grundlegend von jener im altrumänischen Gebiet, in dem die alteingesessene jüdische Bevölkerung einen gewissen Schutz und Sicherheit besaß. 364 In den neurumänischen Gebieten aber verfolgte die rumänische Politik zumindest in der Anfangsphase des Krieges das Ziel, das Land "judenfrei" zu machen. Allerdings nicht durch die systematische Ermordung der Juden durch Erschießen oder im Gaswagen, wie dies die deutschen Verbündeten praktizierten, sondern durch Deportation in jüdische Siedlungsbereiche in Transnistrien, und zwar in dessen östlichen Teil. Sowohl Bukowina und Bessarabien als zurückeroberte Gebiete wie auch das neugewonnene Transnistrien wiesen eine starke jüdische Bevölkerung auf, nach der Volkszählung von 1930 lebten in den beiden östlichen Provinzen Rumäniens rund 314 000 Juden 365, und Odessa war die Stadt mit der größten jüdischen Einwohnerzahl in der Sowjetunion, aber auch Nikolajew und Cherson hatten starke jüdische Gemeinden. 366 Die Anzahl der Juden, die in den rückeroberten Gebieten

361 EM Nr. 40 (1.8.41); Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 2, 27.7.-14.8.1941 (Nbg. Dok. NO-2652).

³⁶⁰ Hilberg, Vernichtung, S. 221 ff.

³⁶² EM Nr. 37 (29.7.41): Belzy (Erschießung des 45 Personen umfassenden j\u00fcdischen \u00e4ltestenrates), 40 (1.8.41): Chotin ("150 Juden und Kommunisten"), 45 (7.8.41): Tighina (155 Opfer), Kischinew (551 Opfer), Jampol' (9 Ermordete), Kodyma (97 Ermordete sowie Geiselnahme von 1756 j\u00fcdischen Einwohnern, die mit gr\u00f6\u00dfter Wahrscheinlichkeit ebenfalls ermordet wurden). Zu Chotin siehe auch EM Nr. 89 (20.9.41). Danach wurden im Raum Ananjew bis Ende August 4425 Juden ermordet. In Kischinew wurde ein Ghetto mit 9000 Bewohnern errichtet (EM Nr. 63 [25.8.41]).

³⁶³ EM Nr. 89 (20.9.41); siehe Krausnick, Einsatzgruppen, S. 201.

Hilberg, Vernichtung, S. 515 ff.; Reitlinger, Endlösung, S. 448 ff.

³⁶⁵ Die Angaben nach dem Standardwerk Matatias Carp, Cartea Neagra. Suferintele evreilor din Rômania 1940-1944. Bd. 3, Bucuresti 1948, hier S. 42.

³⁶⁶ Im Jahre 1926 hatte Odessa 153 000 jüdische Einwohner, Nikolajew (1923) 31 000, Cherson (1920) 27 000.

wieder unter rumänische Herrschaft kamen, war allerdings geringer als die aufgrund der Volkszählung von 1930 errechnete Zahl von 277 949.³⁶⁷ Denn eine (geringe) Anzahl hatte sich vor den einrückenden Sowjets auf altrumänisches Gebiet zu retten gewußt, einige Tausend (?) wurden von der Deportierungswelle, die im Juni 1941 einsetzte, in die Lager Nordostrußlands, Sibiriens und Mittelasiens verschlagen, und schließlich wurde ein beträchtlicher Teil, der für Nordbukowina und Bessarabien auf über Hunderttausend beziffert wird, von den Sowjets evakuiert oder ergriff vor den heranrückenden deutschen und rumänischen Truppen die Flucht.³⁶⁸ Wie groß ihre Zahl ist und wieviele von ihnen auf ihrer Flucht vom Vormarsch der verbündeten Armeen überrollt wurden, ist nicht feststellbar – wem dies bittere Los zuteil ward, der versuchte entweder an seinen alten Wohnsitz zurückzukehren oder wurde ein Opfer der Einsatzgruppen bzw. der Aktionen der HSSPF.³⁶⁹ Aber auch in den rumänisch besetzten Teilen kam es zu Erschießungen durch rumänische Polizei, deren Opfer bis Mitte Juli allein auf 6000 geschätzt werden.³⁷⁰ Nicht erfaßt ist die Zahl der Opfer, die die Tätigkeit der ukrainischen "Partisanen" in der Bukowina forderte.³⁷¹

Rumanischerseits versuchte man anfangs, die jüdische Bevölkerung ostwarts über den Dnestr abzuschieben, in das (damals noch) deutsche Besatzungsgebiet, doch wurde seitens der Wehrmacht an der Dnestrlinie - unter Einsatz von Teilen der Einsatzgruppe D - eine Sperre errichtet und die Abschiebung unterbunden. In der zweiten Augusthälfte wurden "etwa 27 500 Juden" wieder auf rumänisches Gebiet zurückgetrieben, weitere 1265 wurden dabei von Einsatzgruppe D erschossen.³⁷² Mit dem Abkommen von Tighina wurde diese Sperrgrenze weiter nach Osten, an den Bug verlegt. Die Deportationen aus den beiden zurückeroberten Provinzen wurden nach Transnistrien geleitet, wohin der größte Teil der jüdischen Bevölkerung der Bukowina und Bessarabiens ausgewiesen wurde. Auch die jüdische Bevölkerung der großen Zentren Transnistriens mußte ihre Wohnsitze verlassen. Die Deportierten wurden in Lager und in alte jüdische Siedlungen des östlichen Transnistrien eingewiesen; ein deutscher Beobachter vermerkte Mitte Januar 1942 nicht ohne Sorge³⁷³, daß "35 km südlich von Winniza ... 60 000 Juden zusammengezogen" seien (im Februar wurden dann auch 10000 über den Bug auf deutsches Besatzungsgebiet getrieben)³⁷⁴ und daß die rumänische Regierung sie dort "dem Hungertod preisgibt, da sie vor einer Erschießung nach deutschem Muster zurückschreckt ...". In Bessarabien und der Bukowina waren am 1. September 1941 noch etwa 156 000 Juden registriert (gegenüber ca. 185 000 Anfang Juli), von ihnen wurden zwischen September und Ende Dezember 118847 deportiert, denen im Juni 1942 weitere etwa 5000 nachfolgten. Die 14000 Juden, die von den Deportationen verschont blieben, lebten bis auf wenige Ausnahmen

³⁶⁷ Fisher, How many Jews, S. 96, Anm. 6; Schwarz, Jews in the Soviet Union, S. 224.

³⁶⁸ Hilberg, Vernichtung, S. 522.

³⁶⁹ So wurden in Czernowitz (Cernauţi) anfangs 4000 Juden registriert, doch wuchs ihre Zahl durch Rückkehrer bald auf über 10000. Vgl. EM Nr. 63 (25.8.41). Carp, Cartea Neagră, S. 61 ff. gibt eine rumanische Zahl von 11 252 im Dezember 1941.

³⁷⁰ Carp, Cartea Neagra, S. 29 ff.

³⁷¹ Vgl. Reitlinger, Endlösung, S. 452, der Morde in Radautz und Czudin nennt.

³⁷² Vgl. EM Nr. 45 (7.8.41), 64 (26.8.41), 67 (29.8.41); Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 3, 15.-31.8.1941 (Nbg. Dok. NO-2653).

³⁷³ Schreiben des Leiters der Geheimen Feldpolizei/ OT-Einsatz Eichenhain vom 13.1.1942 an Leiter Sipo und SD Vinnica, zitiert nach Krausnick, Einsatzgruppen, S. 276, Anm. 703.

³⁷⁴ Siehe Nbg. Dok. NG-4817.

in der Bukowina, der größte Teil von ihnen im Ghetto Czernowitz, wo er auch die Befreiung erlebte.³⁷⁵

Von den Deportierten überstand ein Teil die Strapazen des Transportes nicht, und in den Bestimmungsorten war für ihre Aufnahme ebensowenig Vorsorge getroffen wie in den Durchgangslagern. Hunger und Fleckfieber forderten viele Opfer, erst als es im Verlauf der zweiten Hälfte des Jahres 1942 den Juden Altrumaniens gelang, mit Erlaubnis Antonescus Geld, Kleidung und Medikamente zu schicken, besserte sich ihre Lage etwas.³⁷⁶ Die von einer Kommission durchgeführte Zählung, die am 1. September 1943 abgeschlossen wurde, ermittelte 50 741 überlebende Deportierte aus Bessarabien und der Bukowina in den 101 jüdischen "Kolonien" Transnistriens.³⁷⁷ Hinzu kamen "einige Hundert" im Konzentrationslager Vapniarka – in einer Besprechung über Evakuierungsmaßnahmen mit Antonescu am 17. November 1943 bezifferte General Vasiliu ihre Zahl auf 435.378 Insgesamt überlebten also etwa 51 000 Juden aus den 1940 von der Sowietunion annektierten rumänischen Gebieten die Deportation. Wieviel von ihnen tatsächlich in ihre alten Wohnsitze zurückgeführt wurden, wie groß die Zahl derer ist, die den Krieg überleben konnten, ist unklar.³⁷⁹ Unklar ist aber auch, wieviele der Juden Transnistriens die Verfolgungen und Entbehrungen überstanden. Einen kleinen Teil (ca. 18000) der zurückgebliebenen jüdischen Bevölkerung hat die Einsatzgruppe D während ihrer Tätigkeit in diesem Gebiet ermordet, eine weitere große jüdische Gruppe befand sich in dem am 6. August eingeschlossenen Odessa. Als nach der Einnahme der Stadt am 22. Oktober sowietische Partisanen das Hauptquartier der Rumänen in die Luft sprengten, wurden noch in der Nacht zahlreiche Juden und Kommunisten als Vergeltung erhängt oder erschossen. Am folgenden Tage wurden 19 000 jüdische Einwohner erschossen, und danach bis zum 25. Oktober weitere 30 000 in Dalnic ermordet.380 Die restlichen jüdischen Einwohner der Stadt - ihre Zahl wird mit 30 000 angegeben³⁸¹ - wurden in den folgenden Monaten getötet. Das Schicksal der anderen jüdischen Einwohner Transnistriens, die unter rumänische Herrschaft kamen, ist nicht mit letzter Sicherheit zu klären, nach Fisher³⁸² fielen insgesamt 130 000 jüdische Einwohner Transnistriens den Verfolgungen zum Opfer.383

Das rumänische Besatzungsgebiet ist jener Teil des sowjetischen Territoriums (in den Grenzen vom 1. Juni 1941), für das die Gesamtzahl der Opfer am genauesten zu ermitteln ist und zwar aufgrund der Daten der rumänischen Volkszählungen in den

³⁷⁵ Daten bei Hilberg, Vernichtung, S. 524; Wolf Rosenstock, Die Chronik von Dschurin. Aufzeichnungen aus einem rumanisch-deutschen Lager, in: Dachauer Hefte 5 (1989), S. 40-86.

³⁷⁶ Hilberg, Vernichtung, S. 537.

³⁷⁷ Carp, Cartea Neagra, S. 438 ff., 447 ff.

³⁷⁸ Hilberg, Vernichtung, S. 530, 538.

³⁷⁹ Reitlinger (Endlösung, S. 464) gibt 14 000 Zurückgeführte.

Jora Litvani, The destruction of the Jews of Odessa in the light of Romanian documents, in: Yad Vashem Studies 6 (1967), S. 135-154; Hilberg, Vernichtung, S. 220 (erwähnt die Angabe eines deutschen Abwehroffiziers, der von 40 000 nach Dalnic getriebenen Juden spricht).

³⁸¹ Carp, Cartea Neagra, S. 201.

³⁸² Fisher, How many Jews, S. 99. Die Zahl der Opfer unter den Deportierten gibt Fisher mit 87 575.

³⁸³ Alfred Streim führt in seinem Bericht "Das Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C und die mit diesem Kommando eingesetzten Einheiten. Abschlußbericht" (IfZ, Gy 10, S. 84 ff.) eine beträchtliche Zahl in den EM nicht erwähnter Erschießungsaktionen an, doch ist damit nur ein kleiner Teilbereich erfaßt. Dies zeigt aber, daß die Quellenlage zur Zahl der Opfer höchst fragmentarisch ist. – Zum Komplex Rumänien siehe auch Martin Broszat, Das Dritte Reich und die rumänische Judenpolitik, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. Bd. 1, München 1958, S. 102-183.

rückeroberten Gebieten. Legt man die 185 000 für Bessarabien und Bukowina Anfang Juli 1941 registrierten jüdischen Einwohner zugrunde – wobei unklar ist, wieviele bereits vor der Registrierung ermordet worden waren –, von denen etwa 14000 im Ghetto Czernowitz und rund 9000 im Ghetto Kischinew überlebten und ca. 50 000 die Deportation überstanden, so beträgt der Verlust in diesen beiden Gebieten – einschließlich des altrumänischen Distrikts von Dorohoi – etwa 110-115 000. Hinzu kommen die etwa 130 000 jüdischen Opfer aus der Bevölkerung Transnistriens, so daß für das gesamte sowjetische Gebiet unter rumänischer Verwaltung mit etwa 240 000 bis 245 000 Toten zu rechnen ist.

Relativ sicher sind auch die Daten für das nördliche Randgebiet der UdSSR, die baltischen Republiken. Der "Gesamtbericht der Einsatzgruppe A vom 16. Oktober 1941 bis 31. Januar 1942"384 gibt für Litauen 136 421, Lettland 35 238, Estland 963 ermordete Juden, dazu als Opfer der Pogrome 5500 und im "Grenzstreifen" weitere 5502 von den Kommando-Trupps der Gestapo-Leitstelle Tilsit Getötete, insgesamt also 183 624 Opfer. Hierin sind jedoch territoriale "Ausgriffe" der Einsatzkommandos bzw. KdS-Einheiten auf altsowjetisches Gebiet inbegriffen, Wilhelm reduziert daher die Zahl der jüdischen Opfer in Litauen zu diesem Zeitpunkt auf "maximal 120 000°385, für Lettland und Estland ist eine derartige Korrektur nicht durchführbar. Allerdings sind in der obigen Zahl nicht die Opfer der Aktionen des HSSPF Nord enthalten, auch sind die von den Einsatzkommandos der Einsatzgruppe B in der Anfangsphase in Wilna und anderorts ermordeten litauischen Juden nicht mitgezählt. Wilhelm nennt für das gesamte Einsatzgebiet der Einsatzgruppe A, d.h. das gesamte Reichskommissariat Ostland (mit dem Generalbezirk Weißruthenien) für die Zeit vom 22. Juni 1941 bis 31. Januar 1942 230 000 Opfer der Einsatzgruppe und ihrer indigenen Hilfskräfte sowie weitere ca. 100000 Opfer der Aktionen der HSSPF, Einsatzgruppe B, der Einsatzgruppe z.b.V. und anderer SS- und Wehrmachtseinheiten. Da im Generalbezirk Weißruthenien ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung noch in Ghettos lebte, wird man zu diesem Zeitraum für die baltischen Republiken mit ca. 180 000 Opfern rechnen müssen. Hierzu kommen noch die in Ghettos und Lagern Inhaftierten, deren Zahl (ohne Wilna) für Juni 1942 mit 38 000 angegeben wird, wobei allerdings die aus Mitteleuropa Deportierten (bis Februar 1942 25 000 in die baltischen Gebiete)386 inbegriffen sind. Ihnen sind die 15 000 Ghettobewohner Wilnas hinzuzurechnen, so daß man, die Deportierten ausgegrenzt, für Mitte 1942 von etwa 30 000 überlebenden "sowjetischen" Juden ausgehen muß. Von ihnen überstanden das Kriegsende 2000 bis maximal 3000.387 Insgesamt sind also in den baltischen Republiken rund 210 000 Juden durch deutsche Organisationen oder ihre Helfershelfer umgebracht worden.

³⁸⁴ Anlage 7 (IfZ, Fb 101/35).

³⁸⁵ Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 585 f.

³⁸⁶ Angaben über die Verluste der Deportierten bis zu diesem Zeitpunkt liegen nicht vor. – Die Zahl der Überlebenden nach Arad, "Final Solution"; Kaufmann, Churbn Lettland.

³⁸⁷ Arad, "Final Solution", S. 273 f.

Für das Gebiet der Belorussischen und Ukrainischen SSR (in den Grenzen vom 1. Juni 1941) lassen sich derartige Berechnungen anhand der vorliegenden Daten nicht durchführen: Die Datenbasis ist zu gering, weil lückenhaft. Hier sind zwar für die erste Tötungsphase Angaben der Einsatzgruppen vorhanden, doch sind diese Quellen, wie schon bemerkt, in der Datenerfassung sehr unvollständig. Der Hauptteil der jüdischen Bevölkerung dieses Raumes aber fiel der zweiten Tötungsphase zum Opfer. Während sich diese in den baltischen Gebieten fast direkt an die erste anschloß, lag in diesen Teilen der Sowjetunion zwischen der Mordwelle der Einsatzgruppen-Tätigkeit und der "Liquidierung" der Ghettos ein zeitlicher Abstand, auch wechselte hier die Zuständigkeit für die "Lösung der Judenfrage" institutionell: Im Baltikum blieb sie faktisch in den Handen der Einsatzgruppe A, deren Einsatzkommando-Leiter nun als KdS der Generalbezirke amtierten, im zivilverwalteten Gebiet Weißrußlands und der Ukraine ging sie in die Hande der HSSPF über. Auch hat die Phasenverschiebung offensichtlich dazu beigetragen, daß sich die Berichterstattung anderte: es wurde bereits oben darauf hingewiesen, daß die "Mitteilungen aus den besetzten Ostgebieten", die an die Stelle der "Ereignismeldungen UdSSR" traten und den Zeitraum vom 1. Mai 1942 bis 23. Mai 1943 umfassen, keine Angaben über die Zahlen der jüdischen Opfer enthalten.

Auch von sowjetischer Seite sind keine exakten Angaben über die Gesamtverluste der jüdischen Bevölkerung vorgelegt worden³⁸⁸, selbst jüngere Untersuchungen regionaler oder lokaler Art über Kriegsverluste geben keine Aufschlüsse über die ethnische Verteilung der Opfer. Was in den Materialien der Kommissionen zur Untersuchung der Kriegsverbrechen enthalten ist, sind Schätzungen von Augenzeugen, doch auch sie sind nur von lokaler, allenfalls regionaler Bedeutung. Und auch hier fehlen generell ethnische Quantifizierungen. Sie dürften wohl auch kaum existieren. Derartige amtliche Erhebungen überforderten die sowjetischen Möglichkeiten nach der Befreiung des Landes oder Kriegsende angesichts der enormen Migrationen bei weitem, zumal die riesigen Verluste des Landes – sowohl die demographischen wie die wirtschaftlichen – zur Optimierung der ohnehin unzureichenden Zahl qualifizierter Kader zwangen: Die Sicherung der Existenz der überlebenden Bevölkerung wie der sowjetischen Machtansprüche verlangte für den Wiederaufbau der befreiten Gebiete und die Rekonstruktion der Volkswirtschaft absolute Priorität.

So bleibt man für dieses zentrale Siedlungsgebiet der ostjüdischen Bevölkerung, in dem die größte Anzahl der unter deutsche Herrschaft geratenen jüdischen Bevölkerung lebte, auf Schätzungen angewiesen. Diese differieren naturgemäß, wobei Beteiligte, wie die Erfahrung zeigt, dazu neigen, die Zahlen zu hoch einzuschätzen, ohne das im einzelnen überprüfbare Kriterien gegeben werden können. Die Unterschiede in den Angaben über die Gesamtzahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus,

³⁸⁸ Die während des Krieges, zumeist durch das Jüdische Antifaschistische Komitee (siehe dazu Baron, Russian Jews, S. 304ff.; Schwarz, Jews in the Soviet Union, S. 202ff.) verbreiteten Daten, auf die sich eine Reihe von Darstellungen stützt (u.a. Joseph B. Schechtman, European population transfers, 1939-1945, New York 1946), sind propagandistisch verfälscht, um in den USA die sowjetischen Bemühungen um Rettung der jüdischen Bevölkerung in ein (unzutreffend) gutes Licht zu setzen.

die in seriösen Untersuchungen zwischen 4,5 und 6 Millionen schwanken³⁸⁹, beruhen aber fast völlig auf den erheblich differierenden Daten über die Zahl der Opfer im ostpolnisch-sowietischen Raum.³⁹⁰ Problematisch werden diese Angaben auch dadurch, daß vielfach die an die Sowjetunion cedierten ostpolnischen Gebiete zu Polen gerechnet werden. Für das sowietische Gebiet nach den Grenzen von 1941 - also einschließlich des ostpolnischen Territoriums - gibt Schwarz die Verluste mit 3 Millionen an, wobei er von einer jüdischen Gesamtbevölkerung von fast 5 Millionen bei Kriegsausbruch und einer Überlebendenzahl von 1850000 ausgeht, wovon eine Million - von vier Millionen bei Kriegsausbruch - im deutschen Okkupationsgebiet überleben konnten.³⁹¹ Tenenbaum beziffert die jüdischen Opfer in "Soviet Russia" auf 1,5 Millionen³⁹², offenkundig in den Grenzen von 1939, während Reitlinger für den gleichen Raum eine Zahl von 700000 bis 750000 errechnet.³⁹³ Hilberg³⁹⁴ nennt für die UdSSR in den Grenzen von 1939 700 000, für die baltischen Länder weitere 200 000 Opfer, die Yad-Vashem-Statistik vom Dezember 1989³⁹⁵ gibt für das altsowjetische Gebiet die Verluste mit 1 000 000 bis 1 100 000 an, dazu kommen noch etwa 1 100 000 Opfer aus der Zahl von 2 100 000 jüdischen Bürgern Polens, die sich 1941 auf dem Territorium der UdSSR befanden. Angesichts dieser divergierenden Zahlen scheint der methodische Zugriff Georges Wellers' hilfreich³⁹⁶, dessen Berechnungen sich auf die statistischen Daten der sowjetischen Volkszählung stützen.³⁹⁷

Wellers ermittelte die Größe der jüdischen Verluste durch Extrapolationen, die auf den veröffentlichten sowjetischen demographischen Daten beruhen. Er berechnet die jährliche Wachstumsrate der jüdischen Bevölkerung anhand der jüdischen Einwohnerzahlen der Sowjetunion aus den Jahren 1926 und 1939 und errechnet anhand dieses Faktors die Sollzahl der jüdischen Bevölkerung für das Jahr der nächsten statistischen Erhebung (1959) – die Differenz zwischen Soll- und Istzahlen bringt dann die

390 Reitlinger, Endlösung, S. 558, spricht dieses Problem an.

391 Schwarz, Jews in the Soviet Union, S. 220.

³⁹² Joseph Tenenbaum, Race and Reich. The story of an epoch, New York 1956, S. 339.

393 Reitlinger, Endlösung, S. 573.

394 Raul Hilberg, The destruction of the European Jews. With a new postscript by the author, New York 1978, S. 670.

395 Yad Vashem, Estimated Jewish losses in the Holocaust. Statistics - Appendix (masch.), Dec. 1989, S. 13.

- Georges Wellers, La "solution finale de la question juive" et la mythomanie néo-nazi, in: Le Monde Juif 33 (1977) No. 86, S. 41-84, deutsch: Die Zahl der Opfer der "Endlösung" und der Korherr-Bericht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 30/78 (29. Juli 1978), S. 22-39. Dort auch die fundierte Kritik an Raissinier u.ä. Mit gleicher Tendenz wie Rassinier jüngst Walter N. Sanning, Die Auflösung des osteuropäischen Judentums. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Arthur R. Butz (Aus dem Amerikanischen v. Eberhard Weber), Tübingen 1983. Der Verf. glänzt durch methodisch unzulässigen Umgang mit dem statistischen Material und ebenso kühne wie nachweislich irrige Kombinationen und Schlüsse.
- 397 Zweifel an der Zuverlässigkeit der sowjetischen Volkszählungen über das Maß der bei statistischen Erhebungen allgemein angebrachten Skepsis hinaus sind wenig berechtigt. Diese Daten dienten u.a. der sowjetischen Volkswirtschaft als Grundlage.

Reitlinger (Endlösung, S. 573), der sich bemüht, nur quellengestützte Daten zu verwenden und Schätzungen zu vermeiden, beziffert die Gesamtverluste auf 4194200 bis 4581000 Menschen, das Anglo-American Committee of Inquiring regarding the Problem of European Jewry and Palestine kam in seinem Report (London 1946) auf 5721800 Opfer (darunter Flucht- und Deportationsverluste, siehe Reitlinger, Endlösung, S. 557); Léon Poliakov (Six millions, in: Evidence 21 [1951], S. 10) gibt die Zahl der Ermordeten mit insgesamt 6 Millionen, die sich auch bei Martin Gilbert (The Holocaust. The Jewish tragedy, London 1986, S. 824) findet. H. Monneray (La persécution des Juifs dans les pays de l'Est, Paris 1949) führt zwei Zahlenangaben Eichmanns von 1944 (gegenüber Hoettl) und von Ende Februar 1945 (gegenüber Wisliceny) an, nach denen 5 (Wislicency) bzw. 6 (Hoettl) Millionen Juden ermordet worden seien. Hilberg (Vernichtung, S. 670) kommt nach sorgfältiger Prüfung auf 5 100 000 Opfer.

Verluste während des Krieges, die er für das altsowjetische Gebiet mit 1843 000 errechnet³⁹⁸, wobei die ehemals polnischen Juden nicht inbegriffen sind³⁹⁹, jedoch die jüdischen Einwohner der baltischen Staaten, der Nordbukowina und Bessarabiens (zusammen 662 079 Personen).

Wellers' Wachstumskoeffizient ist jedoch grundsätzlich etwas zu korrigieren, da eine lineare statt einer geometrischen Wachstumsfunktion verwendet wurde. Dementsprechend ist die Wachstumsrate von 1% auf 0,95% herabzusetzen. 400 Doch ist in hohem Maße fraglich, ob dieser Koeffizient dem Wachstum der Jahre 1939-1959 entspricht. Die Geburtenrate dürfte zumindest während der Kriegsjahre beträchtlich abgesunken sein, und auch für die Nachkriegsjahre ist ein Rückgang der demographischen Wachstumsrate aufgrund der Veränderungen der sowietischen Bevölkerung im städtischen Milieu (dem die jüdischen Einwohner fast gänzlich zugehörten) mit der zunehmenden Urbanisierung und der Übernahme typischer Verhaltensweisen einer Industriegesellschaft anzusetzen. Die Trendveränderung der Nachkriegszeit wird besonders anhand der Entwicklung zwischen 1959 und 1970 deutlich, die eine Abnahme der jüdischen Bevölkerung von 2267814 im Jahre 1959 auf 2150707401 verzeichnet. Selbst wenn man die (geringe) Emigration dieser Jahre berücksichtigt, bleibt dennoch ein negatives Wachstum der jüdischen Gruppe. Für die Periode 1939 bis 1959 dürfte dieser Trend bereits gültig sein, der Wachstumskoeffizient also deutlich unter Wellers' Ansatz liegen. Das aber bedeutet, daß von einer höheren Zahl Überlebender auszugehen ist als bei Wellers. In die gleiche Richtung wirken die Assimilationsversuche, die angesichts der Verfolgung jüdischer Bürger im Zeichen des "Kampfes gegen Zionismus und Kosmopolitismus" der letzten Stalin-Jahre nicht unbeträchtlich gewesen sein dürften, über die aber ebensowenig verläßliche Daten vorliegen wie über die Verluste, die die jüdische Bevölkerung durch die stalinistischen Deportationen erlitt. Auch sie müßten in die Berechnungen einbezogen werden, um die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in der Sowjetunion genauer zu bestimmen.

Um angesichts dieser Unsicherheiten⁴⁰² überhaupt zu einer Annäherungszahl zu gelangen, wird man, Wellers folgend, versuchen müssen, die Zahl der bei Kriegsende auf dem Territorium der UdSSR noch lebenden Juden zu ermitteln. Ausgangspunkt ist dabei die Volkszählung von 1959, die 2 268 000 jüdische Einwohner der Sowjet-

399 Ihre Gesamtzahl wird mit 2600 000 angegeben (ebenda, S. 38).

$$x_{1926} (1 + W) = x_{1939}$$

$$x_{1926} (1 + W)^{13} = x_{1939}$$

$$(1 + W)^{13} = \frac{x_{1939}}{x_{1926}}$$

$$1 + W = \left(\frac{x_{1939}}{x_{1926}}\right)^{13} = \sqrt[13]{\frac{x_{1939}}{x_{1926}}} = 1 + 0,0094621$$

³⁹⁸ Wellers, Zahl der Opfer, S. 32 f. Die französische Fassung (S. 76) gibt 1842 061.

⁴⁰⁰ Folgende Berechnung, für die ich meinem Kollegen Wolfram Schrettl danke, liegt zugrunde (W – Wachstumsrate):

Nacional'nyj sostav naselenija SSSR sojuznych i avtonomnych respublik, kraev, oblastej i nacional'nych okrugov. (= Itogi vsesojuznoj perepisi naselenija 1970 goda. Tom 4), Moskva 1973, S. 20.
 Zur Problematik siehe Yad Vashem, Estimated Jewish losses, S. 3 ff.

union aufweist, d.h. Personen, die sich zur jüdischen Nationalität bekannten. Korrigiert man Wellers' zu hoch angesetzten Wachstumskoeffizienten auf 0,8% (statt 1%), so ergibt sich ein Zuwachs von 254000 Personen. Die Zahl der Überlebenden berechnet sich dann (2268000 – 254000) auf 2100000. Ihnen sind die 200000 jüdischen Repatrianten nach Polen hinzuzuzählen, so daß sich 2,3 Millionen Überlebende ergeben.

Da die Daten der Volkszählung von 1959 auch die 1939 zu Polen und Rumänien gehörenden Gebiete sowie die baltischen Staaten erfassen, ist als Bezugszahl die Gesamtzahl der bei Kriegsausbruch auf sowjetischem Territorium sich befindenden Juden – einschließlich der Annexionsgewinne und Flüchtlinge – heranzuziehen, die oben mit 5,1 Millionen ermittelt wurde⁴⁰³ und die mit anderen Angaben übereinstimmt.⁴⁰⁴ Die Zahl der ermordeten Juden auf dem Territorium der UdSSR in den Grenzen vom Juni 1941 beläuft sich also auf rund 2,8 Millionen.⁴⁰⁵

Diese Zahl geht über das weit hinaus, was bisher angeführt wurde. Es ist hierbei jedoch zu beachten, daß die meisten Daten die Annexionsgewinne der UdSSR 1939/40 nicht miteinbeziehen, die baltischen Staaten werden zumeist gesondert ausgewiesen, Ostpolen unter Polen, Nordbukowina und Bessarabien unter Rumanien angeführt. Auch in dem vorliegenden Werk wird das Gebiet von Białystok und Ostgalizien, die dem Generalgouvernement eingegliedert wurden, unter Polen, Bessarabien und die Nordbukowina unter Rumanien angeführt. Für die Ermittlung der Gesamtzahl jüdischer Opfer des Nationalsozialismus sind also diese Daten von der für die Sowjetunion errechneten Zahl abzuziehen, so daß sich eine Zahl von rund 2,1 Millionen ermordeter jüdischer Bürger ergibt. Die oben erwähnten Unsicherheiten, die eine Minderung dieser "sowjetischen" Zahl ergeben können (Assimilation der Nachkriegszeit, Emigration, stalinistische Deportationen), bewegen sich im Bereich der Zehntausende, ihnen gegenüber steht die Zahl der jüdischen Assimilanten, die ebenfalls Opfer der Politik der "Endlösung" wurden. Ihre Zahl lag mit Sicherheit erheblich höher, ohne daß sie prazise zu bestimmen ist. Insgesamt wird man daher die Zahl der jüdischen Opfer auf dem Territorium der UdSSR in den Grenzen vom Juni 1941 rund auf 2,9 Millionen ansetzen müssen, was eine "bereinigte sowjetische" Verlustzahl (ohne die oben erwähnten, an anderer Stelle aufgeführten Gebiete von Białystok und der rumänischen Okkupationszone) von ca. 2,1 Millionen Opfern ergibt. 406 In ihr sind auch die Verluste durch Kampfhandlungen unter jüdischen Soldaten und Zivilisten enthalten sowie diejenigen, die den Strapazen der Flucht und dem Hunger zum Opfer fielen.

Das ist berechtigt. Auch sie waren Opfer nationalsozialistischer Gewaltpolitik.

⁴⁰³ Sofern Wellers (Zahl der Opfer, S. 32ff.) nicht davon ausgeht, daß die 200 000 j\u00fcdischen Repatrianten aus der Sowjetunion die Gesamtzahl der Überlebenden des ehemaligen Ostpolens ausmachen – eine Annahme, die wohl kaum gerechtfertigt ist – , m\u00fcssen seine Daten korrigiert werden.

⁴⁰⁴ Die Yad Vashem Studie (S. 13) gibt zusätzlich zu den 3 020 000 "altsowjetischen" Juden 2 100 000 aus Ostpolen, Wilhelm (Einsatzgruppe A, S. 621) ermittelt eine Gesamtzahl von 4,7 Millionen. Schwarz (Jews in the Soviet Union, S. 220) nennt 5 Millionen Juden in der UdSSR 1941 und beziffert die Opfer auf 3 Millionen

^{405 5,1} Millionen Juden im Jahre 1940/41 – 2,3 Millionen Überlebende.

Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 628. Yad Vashem, Estimated Jewish losses, S. 13. Zu den dort unter Sowjetunion aufgeführten Daten (1-1,1 Millionen altsowjetischer Juden und 1-1,1 Millionen aus Polen stammende) sind die separat ausgewiesenen Verluste in den baltischen Staaten (ca. 210-215 000) zu addieren.